



Landtag von Baden-Württemberg

91. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 19. Februar 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 8:59 Uhr

Schluss: 12:36 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5435	Beschlusempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/4750	5462
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Andrea Lindlohr	5435	Abg. Thomas Blenke CDU	5462
Nachwahl einer Vertreterin des Landtags für die Entsendung in den Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH	5435, 5476	Abg. Alexander Salomon GRÜNE	5463
		Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	5463
		Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	5464
		Minister Reinhold Gall	5464
		Beschluss	5464
1. Aktuelle Debatte – Weil Schulden auf Dauer keine Lösung sind: Grün-rote Konzeption gegen den CDU-Schuldenberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE	5435	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz – 3. HRÄG) – Drucksache 15/4684	5465
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5435, 5444	Ministerin Theresia Bauer	5465
Abg. Winfried Mack CDU	5436, 5446	Abg. Sabine Kurtz CDU	5467
Abg. Claus Schmiedel SPD	5438, 5447	Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE	5469
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5441, 5448	Abg. Martin Rivoir SPD	5472
Minister Dr. Nils Schmid	5442, 5450	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	5473
		Beschluss	5476
2. Aktuelle Debatte – Qualifizierte Zuwanderung als Chance verstehen – bei Integration punkten – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	5452	5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit – Drucksache 15/4661	5476
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	5452, 5459	Beschluss	5476
Abg. Peter Hauk CDU	5453	Nächste Sitzung	5476
Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	5456, 5460	Anlage	
Abg. Peter Hofelich SPD	5456	Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE – Nachwahl einer Vertreterin des Landtags für die Entsendung in den Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH	5476
Ministerin Bilkay Öney	5459		
Minister Peter Friedrich	5461		
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes – Drucksache 15/4421			

Protokoll

über die 91. Sitzung vom 19. Februar 2014

Beginn: 8:59 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 91. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Kollegen Willi Stächele erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Minister Franz Untersteller, Herr Kollege Karl-Wolfgang Jägel und Herr Kollege Dr. Stefan Scheffold.

Meine Damen und Herren, es ist unschwer erkennbar, dass wir in unseren Reihen heute ein Geburtstagskind haben, welches gerade die Glückwünsche des Hohen Hauses entgegennimmt. Frau Kollegin Andrea Lindlohr hat heute Geburtstag. Wir gratulieren ihr sehr herzlich.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, kommen wir zu einer Nachwahl beim Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH, für die die Fraktion GRÜNE das Vorschlagsrecht besitzt.

Wie mir die Fraktion GRÜNE mit Schreiben vom 30. Januar 2014 mitgeteilt hat, hat Herr Kollege Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr zum 21. Januar 2014 sein Amt als Mitglied des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung aufgegeben. Entsprechend dem Vorschlag der Fraktion GRÜNE soll Frau Abg. Bärbl Mielich mit sofortiger Wirkung als Vertreterin des Landtags nach § 6 Absatz 3 Buchstabe a des Gesellschaftsvertrags der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH zum neuen Aufsichtsratsmitglied gewählt werden.

Der Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE liegt Ihnen vor (*Anlage*). Ich schlage vor, die Nachwahl entsprechend der bisherigen Praxis offen durchzuführen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer der Wahl von Frau Kollegin Bärbl Mielich als Vertreterin des Landtags in den Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Frau Abg. Bärbl Mielich einstimmig in den Aufsichtsrat gewählt. Herzlichen Glückwunsch, Frau Kollegin Mielich.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Weil Schulden auf Dauer keine Lösung sind: Grün-rote Konzepte gegen den CDU-Schuldenberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Das Präsidium hat eine Gesamtredezeit von 40 Minuten mit der üblichen Abfolge festgelegt. Auch die Mitglieder der Lan-

desregierung werden gebeten, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

§ 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung empfiehlt und legt uns nahe, die Aktuelle Debatte in freier Rede zu führen.

Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Guten Morgen, Herr Präsident, guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Besucher hier im Landtag von Baden-Württemberg! Ich habe heute Morgen einmal mein Portemonnaie herausgeholt und geschaut, wie viel Geld darin ist.

(Die Rednerin hält ihr Portemonnaie hoch. – Zuruf von der CDU: Angeber!)

Es sind 80 € und ein paar Cent darin,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das waren zwei Braune! Das sind mehr als 80 €!)

80 € und, sagen wir einmal, 40 Cent. Wenn jetzt Sie alle auch in Ihren Portemonnaies nachschauen würden, wie viel Geld Sie gerade darin haben – Kollege Schmiedel schaut schon –,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der hat nichts! Der muss zurückzahlen! Das ist eine arme Sau! Für den sammeln wir! – Abg. Thomas Blenke CDU: Der muss abliefern!)

dann könnten wir eine Rangfolge danach erstellen, wer wie viel hat. Diese Rangfolge wäre selbstverständlich eine Momentaufnahme. Denn wir wissen nicht,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

was Kollege Schmiedel heute Mittag von seinem Geld noch ausgibt oder was ich ausgabe, ob sich Kollege Hauk – wenn er meinetwegen 300 € darin hat – heute noch eine grüne Kravatte kauft oder nicht. Es ist also eine Momentaufnahme.

Diese Momentaufnahme, meine Damen und Herren, sagt auch überhaupt nichts darüber aus, ob jemand sparsam oder verschwenderisch ist. Ist man, wenn man 300 € im Portemonnaie hat, sparsam oder verschwenderisch? Man weiß es nicht. Wenn nur 5 € darin sind, hat er oder sie entweder viel ausgegeben oder nimmt immer nur wenig mit, um wenig auszugeben.

Genauso ist es, meine Damen und Herren, mit der Kassenstatistik des Bundesfinanzministeriums. Sie ist eine Momentaufnahme und berücksichtigt nicht, kann nicht dokumentieren, ob Länder ihren Haushalt konsolidieren, ob sie sparsam sind oder eben nicht.

(Edith Sitzmann)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist diese Kassenstatistik kein Beleg dafür – wie manche in den letzten Wochen darzustellen versucht haben –, dass die grün-rote Landesregierung nicht gut wirtschaften würde. Im Gegenteil: Baden-Württemberg und die grün-rote Landesregierung sind auf einem soliden und erfolgreichen Konsolidierungspfad.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das glaubt bloß ihr! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn man keinen Anspruch an sich selbst hat!)

Dass wir auf einem soliden, erfolgreichen Konsolidierungspfad sind, zeigt sich z. B. daran, dass wir wieder ein AAA-Rating haben,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das haben wir schon lange!)

das unter der CDU-geführten Landesregierung verloren gegangen war. Es zeigt sich aber auch dann, wenn wir andere seriöse Berichte anschauen, andere Berichte, die in die Tiefe gehen, wie z. B. die neueste Studie zu den Länderfinanzen von der Beratungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers, PwC. Sie hat die Länderfinanzen intensiv untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass sich lediglich sechs Bundesländer wirklich auf den Weg zur Nullneuerschuldung 2020 gemacht haben, nämlich Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Hamburg. Alle anderen Länder müssen noch deutlich mehr sparen, so PwC.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hat das auch Herr Ballwieser ausgerechnet? – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Das, meine Damen und Herren, bestätigt: Wir sind auf einem guten Kurs.

Wir landen beim Nachhaltigkeitsindex von PwC nach Bayern auf Platz 2. Wie kommt es, dass wir auf Platz 2 landen? Das ist ganz einfach: Sie bewerten nämlich nicht momentane Zustände oder Augenblickszahlen. Vielmehr bewerten sie auch, welche strukturellen Entscheidungen bereits getroffen worden sind. Da kommen wir bei PwC gut weg, weil wir uns auf einen Konsolidierungspfad begeben haben, weil wir das strukturelle Defizit, die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben, bezogen auf 2020, schon deutlich reduziert haben

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb macht ihr auch die höchsten Schulden!)

und weil wir mit den Orientierungsplänen – bundesweit einmalig, meine Damen und Herren – auch für die kommenden Jahre einen verlässlichen Pfad beschreiben, wie wir zur Nullneuerschuldung 2020 kommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb kann ich nicht nur sagen, dass wir schon in den ersten Jahren unserer Regierungszeit viel für die Konsolidierung des Haushalts getan haben, sondern kann auch sagen, dass wir es auch für die kommenden Jahre machen. Wir sind auf einem

guten Weg. Wir können uns vorbildlich nennen – denken Sie noch einmal an die PwC-Studie.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Mehr dazu in der zweiten Runde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schwach gestartet und dann steil abgefallen!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Mack.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr guter Mann! – Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt Qualität!)

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Tagesordnung steht – beantragt von den Grünen –: „Grün-rote Konzepte gegen den Schuldenberg“.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Abg. Muhterem Aras GRÜNE: CDU-Schuldenberg!)

Darüber wollen wir nach dieser etwas flauen Rede von Frau Sitzmann einmal sprechen.

Schuldenberg.

(Zuruf von den Grünen: CDU-Schuldenberg!)

Wer ist deutscher Schuldenkönig im Jahr 2013? Es ist Grün-Rot in Baden-Württemberg

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

mit einer Neuverschuldung in Höhe von 1,77 Milliarden €.

(Staatssekretär Ingo Rust: Das ist falsch, Herr Kollege!)

Diesen Titel bekommen Sie auch 2014 – Sie haben es schon beantragt – mit einer Neuverschuldung in Höhe von 1,228 Milliarden €. Kein Land in Deutschland nimmt so hohe Schulden auf wie Baden-Württemberg unter Grün-Rot.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD: Falsch! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie so laut schreien.

(Staatssekretär Ingo Rust: Weil es falsch ist!)

– Herr Rust, zu Ihnen komme ich noch.

Zehn Länder in Deutschland haben im vergangenen Jahr Schulden abgebaut. Schulden aufgebaut haben Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bremen, das Saarland, Hamburg und – als Meister – Baden-Württemberg.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Überall SPD-regiert!)

Das ist keine tolle Statistik für das Land Baden-Württemberg, sondern das ist das Gegenteil, wenn man bedenkt, dass wir

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

(Winfried Mack)

in diesem Jahr, im vergangenen Jahr und im Jahr davor immer Rekordsteuereinnahmen hatten. Noch nie hatte eine Regierung des Landes Baden-Württemberg so hohe Steuereinnahmen wie diese grün-rote Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und warum?)

Heute ist ein Artikel in der „Südwest Presse“ erschienen, den ich mit Vergnügen gelesen habe, Herr Rust. Darin wird nach folgender Logik argumentiert: Es komme nicht auf die absolute Höhe der Schulden an –

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

ob 1 Milliarde, 2 Milliarden oder 3 Milliarden € Schulden aufgenommen werden, sei völlig egal –, sondern es komme auf das Verhältnis der Schulden zu den Ausgaben an.

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

Wenn aber die Ausgaben erhöht werden, wie Sie es gemacht haben,

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

dann ist natürlich der Prozentsatz der Neuverschuldung, auch wenn diese 2 Milliarden € beträgt, geringer. Welche Ausgabensteigerungen haben Sie vorgenommen? Bis zum heutigen Tag haben Sie die Ausgaben um plus 15,43 % gesteigert. Plus 15,43 %! Bis zum Ende der Legislaturperiode wollen Sie die Erhöhung auf 22 % ausweiten. Noch nie gab es in Baden-Württemberg eine Regierung, die so massiv die Ausgaben gesteigert hat.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Staatssekretär Ingo Rust: Das ist falsch!)

Wir hatten in den Neunzigerjahren und in den Zweitausenderjahren eine Ausgabensteigerung um durchschnittlich 1,5 %, 1,5 %!

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Hört, hört!)

Sie haben es geschafft, im zweiten Quartal 2011 und im Jahr 2012 die Ausgaben um 10 % zu steigern. Sie haben ein Ausgabenproblem. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Vergleichen wir einmal Bayern und Baden-Württemberg. Baden-Württemberg gibt 100 € pro Einwohner mehr aus als Bayern. Das war vor dem Regierungswechsel anders.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Deswegen müssen Sie Ihr Ausgabenproblem in den Griff bekommen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da gab es auch keine Kinderbetreuung!)

– Ja, Kinderbetreuung. – Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, wie viel Nettosteureinnahmen Sie mehr haben. Nach Abzug aller Zahlungen in die Finanzausgleiche – Länderfinanzaus-

gleich, kommunaler Finanzausgleich – haben Sie pro Jahr 2,5 Milliarden € mehr in der Kasse. 2,5 Milliarden € mehr!

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wahnsinn! Da könnte man richtig sparen!)

Da fragt man sich: Wo kommt dieses Geld hin?

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Mehr als wann?)

– Mehr Nettosteureinnahmen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Im Vergleich zu was?)

– Gegenüber der letzten Steuerschätzung der früheren Landesregierung haben Sie jetzt 2,5 Milliarden € mehr.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr im Trüben gefischt, Herr Kollege!)

Sie haben 180 neue Stellen in den Ministerien geschaffen. Sie haben in den Besoldungsgruppen A 15 und höher die Stellenzahl um 10 % aufgebläht. Sie haben in jedem Nachtrag neue Stellen geschaffen, allein im letzten Nachtrag 130 neue Stellen. Durch das Personalvertretungsgesetz verbrauchen Sie weitere 500 Stellen.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Wenn Sie den Bildungsurlaub einführen, steigern Sie die Personalkosten um 2 %.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

So haben Sie es geschafft, in allen Bereichen die Ausgaben zu steigern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Steigerung in der Steuerverwaltung ist doch okay!)

Nur in einem Bereich haben Sie die Ausgaben gesenkt: Das ist im Bereich der Lehrerstellen. 2 242 Lehrerstellen werden bis zum Ende dieses Jahres abgebaut.

Jetzt kommt der Ministerpräsident – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Mack, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schwarz?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gern, bitte schön.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Mack, Sie haben das Thema Stellenmehrung angesprochen. Ist Ihnen bewusst, dass ein Teil dieser Stellen in der Steuerverwaltung geschaffen worden sind

(Zuruf)

– ja, mit Zustimmung der CDU –, damit Steuereinnahmen generiert werden können, die das Land Baden-Württemberg braucht, um beispielsweise Infrastrukturprojekte zu finanzieren?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: So viele Leute können Sie gar nicht einstellen!)

Abg. Winfried Mack CDU: Lieber Herr Kollege Schwarz, Sie sind leider auf dem falschen Dampfer. Die 180 neuen Stellen wurden im politischen Bereich, in den Ministerien geschaffen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Lenken Sie nicht einfach davon ab.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Von den anderen haben wir gar nicht gesprochen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was ist das Problem Ihrer Regierung? Das Problem Ihrer Regierung sind die massiven Ausgabensteigerungen in Höhe von 22 %. Wie nennt das unser früherer Kollege Ralf Dahrendorf? Ralf Dahrendorf hat diese Art und Weise, Politik zu machen, etwas augenzwinkernd als „Pumpkapitalismus“ bezeichnet. Man pumpt die Ausgaben nach oben. Das ist das, was Grün und Rot überall dort machen, wo sie regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ausgaben nach oben, Verschuldung nach oben, Steuern nach oben. Für dieses Konzept haben Sie bei der Bundestagswahl einen Stimmenanteil von 32 % erhalten. Aber Sie betreiben trotzdem weiter Pumpkapitalismus.

Woher kommt das? Was für ein Verständnis haben die Grünen von der Wirtschaftspolitik?

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Auf jeden Fall deutlich mehr als Sie!)

Winfried Kretschmann wurde am 16. Mai 2011, also kurz nach dem Regierungswechsel, vom SPIEGEL interviewt. Frage an Winfried Kretschmann:

Um 5,5 % ist die Wirtschaft in Baden-Württemberg im Jahr 2010 gewachsen. Ist das eine gute oder eine schlechte Zahl?

Antwort Kretschmann:

Dieser Wachstumsbegriff ist überholt ...

Nachfrage des SPIEGEL:

Welche neue Maßeinheit schlagen Sie vor?

Antwort Kretschmann:

Ich kenne noch keine.

(Lachen bei der CDU)

Damit hat er in die Debatte der Siebzigerjahre zum Thema „Grenzen des Wachstums“ eingegriffen. Aber selbst Ernst Ulrich von Weizsäcker schrieb in seinem Bericht an den Club of Rome im Jahr 2010:

Wachstum ist nicht der unausweichliche Grund für ökologische Zerstörung.

Wir brauchen Wachstum für Veränderung, für neue Chancen, für Innovation, für Effizienz.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Die Grünen sind wachstumskritisch, aber auf die Segnungen des Wohlstands wollen sie dann doch nicht ganz verzichten. Deswegen sagen sie: „Wir brauchen ein möglichst staatlich gelenktes Wachstum.“ Da treffen sie sich mit der SPD von Nils Schmid. Die sagt: „Wir brauchen staatliche Lenkungsmaßnahmen, aufgeblähte Budgets, Forderungen nach Steuererhöhungen.“ So regiert die Regierung dahin. Der eine darf einmal Schlecker retten, und der andere fährt zur Rettung bayrischer Biogasanlagen mit blauer Krawatte zu Herrn Seehofer.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist die Politik dieser grün-roten Landesregierung. Aber das ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Das ist Pumpkapitalismus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir, die CDU in Baden-Württemberg, stehen für soziale Marktwirtschaft, wir stehen für Ordnungspolitik, weil wir wissen, dass wir mit Ordnungspolitik und mit der sozialen Marktwirtschaft eine nachhaltige Wirtschaftspolitik betreiben können. Aber dazu gehört an erster Stelle, dass wir nachhaltige Finanzen haben. Wenn man auf solch einen massiven Verschuldungskurs geht wie diese Regierung, macht man nichts anderes als die grün-roten bzw. rot-grünen Landesregierungen andernorts. Nordrhein-Westfalen haben sie schon kaputtgewirtschaftet,

(Zuruf von der SPD: Was?)

Rheinland-Pfalz haben sie schon kaputtgewirtschaftet, und jetzt sind Sie drauf und dran, auch Baden-Württemberg kaputtzuwirtschaften.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Claus Schmiedel.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt gibt es eine gute Rede! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Geldbeutel heraus! – Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt kommt wieder Slapstick!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Jetzt müssen wir einmal ein bisschen Ordnung in die Debatte bringen, Herr Mack.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ihre Rede war ein bisschen durcheinander und starker Tobak, vor allem Ihre Aussagen zum Pumpkapitalismus.

(Abg. Peter Schneider CDU: Steuererklärung!)

Ich greife einmal auf, was Edith Sitzmann gesagt hat: keine Momentaufnahme, sondern Betrachtung eines längeren Zeitraums, einer Dekade.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

(Claus Schmiedel)

In zehn Jahren, von 2001 bis 2010,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das wären bloß neun Jahre!)

wurden 13 Milliarden € neue Schulden aufgenommen. Das ist schwarz-gelber Pumpkapitalismus, Herr Mack.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Dann schauen wir auf den Zeitraum 2011 bis 2020. In diesem Zeitraum werden die neuen Schulden halbiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bis 2020? Steht das schon fest?)

– Ja. Wir haben einen verbindlichen Finanzplan, Herr Kollege. Den halten wir ein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja!)

Aber nur wir halten ihn ein. Ihre Haushaltspolitik hingegen würde dazu führen, dass der alte Pumpkapitalismus des letzten Jahrzehnts fortgesetzt würde. Das macht den Unterschied.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Halbe Wahrheit, ganze Lüge!)

Sie haben es doch abgelehnt, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist das Einzige, was euch einfällt: Steuererhöhungen! – Zurufe von der CDU: Steuererhöhungen!)

Gleichzeitig wird aber mehr Geld für die Kommunen bereitgestellt. Ohne eine entsprechende Gegenfinanzierung entstünde eine zusätzliche Lücke von 400 Millionen €. Das ist nur ein Beispiel.

Dann haben Sie von Steuermehreinnahmen gesprochen und uns vorgeworfen: Wie kann man denn in Zeiten von Steuermehreinnahmen mehr Schulden machen?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, wie kann man bloß? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hören Sie doch einmal zu!)

Schauen wir einmal zurück in die Zeit vor der Krise.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Die Jahre 2006 und 2007 sind hier für Sie eingekringelt, damit Sie sehen, welchen Sprung

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

die Nettosteureinnahmen in diesen Jahren gemacht haben. Dieser beträgt nämlich satte 4 Milliarden €, von 16 Milliarden auf knapp 20 Milliarden €.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Was haben Sie zeitgleich gemacht? Sie haben 2,5 Milliarden € an zusätzlichen Schulden aufgenommen. Das ist Pumpkapitalismus hoch drei.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb stimmt, was heute gegen 5:00 Uhr pünktlich zu dieser Debatte über den Ticker ging: „Schuldenbremse 2020 ist unproblematisch für den Südwesten.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht wegen eurer Politik, sondern wegen der Steuereinnahmen!)

Das stellt die Finanzwissenschaftlerin Gisela Färber aus Speyer fest. Da hat sie recht, denn sie beobachtet unsere Finanzpolitik, und diese ist solide.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das, was Sie bringen, sind halbe Wahrheiten. Es ist völlig klar, dass nach einem Regierungswechsel im politischen Bereich der Ministerien neue Stellen geschaffen werden, aber alle k.w., künftig wegfallend, und deshalb fallen sie wieder weg. 2016 sind alle wieder weg. Kein Problem.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wissen Sie das?)

Rufen wir uns jetzt noch einmal Ihre Abschlussbilanz in Erinnerung: Es gab nicht nur 43 Milliarden € Haushaltsverschuldung, sondern 70 Milliarden € Pensionsschulden, Sanierungsstau bei den Landesstraßen, Sanierungsstau im Hochbau, Sanierungsstau beim Hochwasserschutz. Es ist doch völlig klar, dass man nicht so weitermachen kann. Die Momentaufnahme sagt nichts aus. Einmal den Haushalt in Ordnung zu bringen ist überhaupt kein Problem.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Dazu muss man nur beim Sanieren und Investieren sparen. Das haben Sie gemacht. Sie haben die Kassen der Banken geplündert, haben sich auszahlen lassen – sogar aus dem Eigenkapital –,

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

um den Haushalt einmalig auszugleichen. Aber das ist keine strukturelle Leistung,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sondern das sind strukturelle Defizite, und das zeigt doch Ihren Pumpkapitalismus. Es kommt doch nicht von ungefähr, dass Sie 13 Milliarden € aufgenommen hatten, weil der Haushalt strukturell eine Lücke aufweist. Sie haben sich aber nie bemüht, diese Lücke strukturell zu schließen, sondern haben immer nur geschaut: Können wir es jetzt in diesem Jahr schaffen, möglichst natürlich auch vor der Wahl? Können wir da so tun, als seien wir „haushaltsausgleichsleistungsgerecht“?

Präsident Guido Wolf: Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schebesta?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Okay.

(Heiterkeit)

Ich habe geschaut: Ich habe noch 33 Sekunden Redezeit.

Abg. Volker Schebesta CDU: Vielen Dank. – Herr Fraktionsvorsitzender Schmiedel, finden Sie es für ein wirtschaftsstarkes Land wie Baden-Württemberg richtig, dass man sich am Grundgesetz und an allen anderen Bundesländern orientiert,

(Volker Schebesta)

dass man eine Schuldenbremse für 2020, die grundgesetzlich vorgegeben ist, erst dann einhalten will und dass man eine geltende Schuldenbremse der Landeshaushaltsordnung, die vor dem Regierungswechsel seit 2008 eingehalten worden ist, dann seitens der grün-roten Landesregierung aus der Landeshaushaltsordnung erst einmal herausstreicht?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Schuldenbremse der Landeshaushaltsordnung hat halt nicht mehr mit der Schuldenbremse der Verfassung korrespondiert,

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

ganz klar.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir hätten, wenn man das politisch gewollt hätte, auch ausgeglichene Haushalte machen können.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das sagen wir auch!)

Wir hätten dann aber eine Politik fortsetzen müssen, die dazu führt, dass deutlich über die Hälfte der Landesstraßen Straßenschäden aufweist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD zu CDU und FDP/DVP: So ist es! Ihr Vermächtnis!)

Haben Sie eigentlich nicht gelesen, was die Wirtschaft jetzt wieder gesagt hat, Herr Mack?: Vernachlässigung der Infrastruktur, beschädigtes Wirtschaftswachstum.

(Staatssekretär Ingo Rust: So ist es!)

Nicht die Grünen sind schuld, sondern Ihre vernachlässigten Straßen!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben ausgerechnet: 10 Milliarden €, investiert in Verkehrsinfrastruktur, bringen 2 Milliarden € jährliche Mehrleistung, mehr Wertschöpfung in der Wirtschaft.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir haben gewaltig Geld ausgegeben!)

Deshalb ist es natürlich richtig, dass wir sagen: Konsolidieren, Sanieren und Investieren. Das ist der Dreiklang.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich kann natürlich in einem ganz schnellen Schnitt konsolidieren, wenn ich aufhöre zu sanieren und wenn ich aufhöre zu investieren. Das sind doch kommunizierende Röhren. Wenn man aber einen solchen Investitionsbedarf in zusätzliche Betreuung, in Bildung hat, wenn man bei der Infrastruktur einen Sanierungsbedarf hat, dann ist es doch sinnvoll, sich an einem verlässlichen, mit Blick auf die Schuldenbremse 2020 längerfristig angelegten Schuldenabbaupfad zu orientieren.

Dieser äußert sich genau hier.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Warum haben Sie denn so viele Schulden gemacht? Weil Sie sich der strukturellen Frage nie gestellt haben. Wir tun das, und deshalb ist unsere Politik die richtige. Deshalb haben wir 2012 auch das AAA bekommen, das Sie 2003 wegen Ihrer Pumpkapitalismuspolitik verloren hatten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Kollege Schmiedel, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Kollegen Schebesta?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Redezeit ist doch abgelaufen!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, bitte.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Fraktionsvorsitzender Schmiedel, ich habe Sie jetzt nicht ganz verstanden.

(Staatssekretär Ingo Rust: Das liegt aber nicht an Herrn Schmiedel!)

Das war ein bisschen widersprüchlich. Im ersten Teil Ihrer Rede haben Sie gesagt, wir hätten in Regierungsverantwortung zu viel ausgegeben und zu viele Schulden gemacht. In der Antwort auf meine Frage haben Sie dann gesagt, wir hätten zu wenig Geld ausgegeben.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Falsch!)

Sie sind da wieder ein bisschen zurückgefallen in das, was Sie als Oppositionspartei immer gefordert haben. Können Sie sagen, ob jetzt zick stimmt oder zack?

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht verstanden! Claus, erklär es ihm noch mal!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben leider zu viel Geld konsumtiv ausgegeben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Es kommt nicht von ungefähr, dass Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern den höchsten Personalstand hat.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was sind Ihre Schulden?)

Ist Ihnen das während der Zeit Ihrer Regierung eigentlich nie aufgefallen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Hauk hat das nie nachgerechnet!)

wenn man sich mit anderen Ländern vergleicht? Sie haben den Vergleich verlangt. Sie haben den Apparat aufgebläht, haben konsumtiv das Geld verteilt und haben die Investitionen systematisch vernachlässigt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Deshalb müssen wir das jetzt im Interesse der Wirtschaft, im Interesse künftiger Wertschöpfung, im Interesse guter Arbeit in Baden-Württemberg nachholen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die FDP/DVP-Fraktion spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Land Baden-Württemberg hat mit 1,78 Milliarden € im Jahr 2013 die höchste Neuverschuldung unter allen Bundesländern hingelegt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Falsch!)

Frau Kollegin Sitzmann, das ist keine Momentaufnahme, sondern das Jahr 2013 ist abgeschlossen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Nein, falsch!)

Das sagt nicht die FDP, sondern Wolfgang Schäuble, Ihr Koalitionspartner in Berlin. Der hat das festgestellt, meine Damen und Herren.

Wenn ich mir die Champions-League-Plätze dieser Schuldenbundesliga anschau – Baden-Württemberg grün-rot, Nordrhein-Westfalen rot-grün, Rheinland-Pfalz rot-grün –, dann stelle ich fest: Rote und Grüne sind die Schuldenweltmeister der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn wir schon über Statistiken reden, Herr Kollege Schmiedel: Der Bundesfinanzminister erhebt genau diese Daten seit 2009. Schauen wir uns einmal an, wie das Land Baden-Württemberg sich seit 2009 entwickelt hat: 2009 Platz 2, 2010 Platz 10, 2011 Platz 4. Dann kam der Regierungswechsel: 2012 Platz 9 und jetzt 2013 Platz 16.

(Zuruf von der CDU: Nur eine Momentaufnahme! – Heiterkeit bei der CDU)

Sie haben bei Bayer Leverkusen angefangen und sind jetzt mittlerweile bei Eintracht Braunschweig gelandet. Das ist die Realität Ihrer Entwicklung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Wenn wir es umdrehen wollen, wenn wir zum Ergebnis kommen, wer der Champion ist, dann stellen wir fest, dass Rheinland-Pfalz eine halbe Milliarde Euro neue Schulden macht, dass Nordrhein-Westfalen, das deutlich größer ist als Baden-Württemberg, 1 Milliarde € neue Schulden macht, und Sie machen mehr neue Schulden als Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zusammen. Sie sind in der Schuldenbundesliga ähnlich überlegen wie Bayern München beim Fußball. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn man sich die Ausflüchte des Finanzministers anhört, dann kommt immer dieselbe Leier. Es kommen immer drei Argumente. Das erste ist der Schuldendienst, das zweite ist der Länderfinanzausgleich, und das dritte ist die Erblastlegende, das angebliche strukturelle Defizit, das Sie ausgleichen.

Ziehen wir einmal im Lichte Ihrer eigenen Argumentation einen Vergleich mit Bayern. Baden-Württemberg macht fast 2 Milliarden € neue Schulden, Bayern tilgt über 1 Milliarde €. Das heißt, in dieser Hinsicht wirtschaften Sie um 3 Milliar-

den € schlechter als Bayern. Dann kommt der Finanzminister und sagt: „Aber Bayern hat einen geringeren Schuldenberg und muss nur etwa 1 Milliarde € an Schuldendienst leisten.“ Da haben Sie recht.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Aber Bayern zahlt auch 2 Milliarden € mehr in den Länderfinanzausgleich.

Insofern werden, wenn Sie 1 Milliarde € wegnehmen – für den Schuldendienst – und 2 Milliarden € drauflegen – für den Länderfinanzausgleich –, aus brutto 3 Milliarden €, die Sie schlechter wirtschaften, netto 4 Milliarden €, die Sie schlechter wirtschaften. Das ist die Realität, wenn wir uns mit Bayern vergleichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Das dritte Argument ist Ihr schönes berühmtes strukturelles Defizit, bei dem Sie immer wieder behaupten, Sie hätten angefangen mit einem strukturellen Defizit von 2,5 Milliarden €, das Ihnen die alte Landesregierung hinterlassen habe, und behaupten, davon hätten Sie schon 1 Milliarde €, 1,3 Milliarden €, 1,5 Milliarden € – das überschlägt sich – wieder abgebaut. Täuschen, Tricksen, Tarnen, kann man da nur sagen. Sie rechnen beispielsweise 340 Millionen € ein, die Sie den Kommunen wegnehmen; die hatten wir auch, wir hatten sie nur nicht als Einsparungen verkauft. Dann nehmen Sie die 120 Millionen € von der Landesbank Baden-Württemberg; die hatten wir auch, wir haben sie nur nicht als Einsparungen verkauft. Dann nehmen Sie die Windfall-Profits, 100 Millionen € aus gesunkenen Zinssätzen, die wir ohne eigenes Zutun auch gehabt hätten. Das ist schon mehr als die Hälfte Ihrer angeblichen Einsparungen, die keine sind, die Sie aber der Bevölkerung immer als solche verkaufen. Ihre Statistiken weisen eine ähnliche Kreativität auf wie das, was der ADAC vorlegt, Herr Nils Schmid. Sie sind der Gelbe Engel der Haushaltspolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Der Kollege Mack hat es ja schon aufgezählt: Es regnet in Ihr grün-rotes Schlaraffenland Steuereinnahmen ohne Ende. Das sind keine Daten der CDU, auch keine der FDP/DVP, sondern Daten des Bundes der Steuerzahler, der Folgendes festgestellt hat: 24,3 Milliarden € an Steuereinnahmen waren prognostiziert. Und wie viel haben Sie letztlich erhalten? 30,1 Milliarden €! 6 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen als prognostiziert; das stellt der Bund der Steuerzahler fest und nicht wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Trotzdem machen Sie noch 1,8 Milliarden € neue Schulden, meine Damen und Herren. Das ist eine unglaubliche Misswirtschaft. Ich habe alles Verständnis dafür, wenn der Steuerzahler in Richtung dieser Landesregierung frei nach Margaret Thatcher ruft: „Mister Schmid, I want my money back!“ Das ist die Situation in Baden-Württemberg.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie hatten in den Jahren 2012 und 2013 riesige Haushaltsüberschüsse. Trotzdem machen Sie neue Schulden. Die Motivation ist klar: Sie wollen eine Kriegskasse anlegen und sich mit einem Volksbeglückungswahlkampf im Jahr 2016 Ihre Wiederwahl erkaufen, und das zulasten künftiger Generationen. Das ist die Realität in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist der entscheidende Punkt!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Finanzminister Dr. Nils Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab ein bisschen Aufregung im Blätterwald und auch bei den Oppositionsfraktionen über die Übersicht des Bundesfinanzministeriums zur Entwicklung der Länderhaushalte bis einschließlich Dezember 2013. Nach dieser Übersicht liege Baden-Württemberg auf einem angeblichen Spitzenplatz bei der Neuverschuldung;

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

mit 1,78 Milliarden € Neuverschuldung liege Baden-Württemberg sogar noch vor Nordrhein-Westfalen. Wenn das eine Schande wäre, würden Sie jetzt einen zerknirschten Finanzminister vor sich sehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ganz fröhlich sind Sie nicht!)

Die Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist allerdings eine andere. Diese Zahlen taugen nicht für Hysterie, und zwar aus zwei Gründen: Es sind vorläufige Zahlen, und es ist in der Tat eine Momentaufnahme.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Für das Jahr 2013?)

Diese Zahlen haben es in sich, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP.

(Zuruf von der CDU: Das ist das Problem!)

Wer das nicht glaubt, dem lege ich einmal eine Pressemitteilung des Finanzministeriums von Nordrhein-Westfalen vom 17. Januar ans Herz: Entgegen der Aufstellung des Bundesfinanzministeriums, die für NRW eine Neuverschuldung von 979 Millionen € ausweist, vermeldet NRW selbst für das Jahr 2013 eine endgültige Nettokreditaufnahme von knapp 3,2 Milliarden €.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ist das die Messlatte?)

So viel zu der Aussagekraft dieser Statistik. Jetzt nehmen wir Hessen, um ein bisschen Vielfalt hineinzubringen. Nach der ominösen Statistik des Bundesfinanzministeriums haben die Hessen Ende des Jahres 2013 für das Jahr 2013 einen Überschuss von über 1 Milliarde € gemeldet. Die Wahrheit ist laut Pressemitteilung des Kollegen Dr. Schäfer vom 7. Februar dieses Jahres:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu welcher Partei gehört der denn?)

Nach dem Haushaltsabschluss 2013, also dem endgültigen Abschluss 2013, ergibt sich eine Nettokreditaufnahme von über 1 Milliarde €. Das ist eine Bandbreite von über 2 Milliarden € innerhalb weniger Wochen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu welcher Partei gehört er denn?)

In diesem Sinn sage ich nur: Diese Statistik des Bundesministeriums für Finanzen ist wirklich nur eine Momentaufnahme und taugt nicht zur Einschätzung der wirklichen Haushaltsentwicklung. Insofern: à la pouabelle, nichts wert.

Das ist nichts Neues, meine Damen und Herren; im Jahr 2012 war es genauso. Hessen meldete in der Statistik des BMF Ende 2012 eine Nettokreditaufnahme von 980 Millionen €. Tatsächliche Nettokreditaufnahme von Hessen im Jahr 2012: 1,5 Milliarden €. Bei Niedersachsen war ein Überschuss von über 1 Milliarde € gemeldet, tatsächlich haben sie Schulden in Höhe von 300 Millionen € gemacht. Ähnlich war es in NRW: Gemeldet waren 980 Millionen €. Dann haben sie eine Nettokreditaufnahme von 3,8 Milliarden € vorgenommen. Das heißt, diese Statistik des BMF gibt nicht den Endstand der „Bundesliga“ wieder, sondern stellt nur eine Momentaufnahme nach dem 20. Spieltag dar. Insofern ist sie nicht aussagekräftig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Jetzt sage ich Ihnen eines: Ich hätte natürlich wie die Finanzminister der anderen Bundesländer auch irgendwelche Zahlen melden können, um mich in ein glänzendes Licht zu stellen. Aber ich erinnere mich noch an meine Aussagen aus der Zeit der Opposition. Zu Oppositionszeiten habe ich genau diese Statistik des BMF kritisiert, weil sie nicht aussagekräftig ist, und deshalb ist Baden-Württemberg nach meiner Kenntnis das einzige Bundesland, das den tatsächlichen Bedarf, die endgültige Nettokreditaufnahme kalendermäßig meldet – im Unterschied zu den anderen Bundesländern, die noch im Jahr 2014 Kreditaufnahmen tätigen und sie auf das Jahr 2013 zurückbuchen. Da sage ich Ihnen: Wahrheit und Klarheit bei der Haushaltsführung, das ist das Anliegen dieser Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Aus den Niederungen der Statistik jetzt zum Gipfel des Schuldenbergs des Landes Baden-Württemberg: Auch da scheinen es CDU und FDP/DVP mit der Realität nicht so genau zu nehmen. In Ihren Erzählungen wird der Schuldenberg des Landes, den Grün-Rot in zweieinhalb Jahren angeblich von null auf 43 Milliarden € angehäuft hat, zur Eiger-Nordwand.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat kein Mensch behauptet!)

Dieser Schuldenberg – das haben wir 2011 beim Kassensturz festgestellt – ist das Ergebnis der harten und stetigen Anstrengungen von CDU und FDP/DVP, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie haben sich wunderbar darauf verstanden, diesen Schuldenberg über Jahrzehnte hinweg anzuhäufen, und als Sie dann am Gipfel ankamen, wurde Ihnen klar: Die Luft ist dünn, wir kommen hier nicht mehr herunter.

(Minister Dr. Nils Schmid)

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben auch Werte geschaffen!)

Im wahren Leben kommt dann die Bergwacht; hier kam im Jahr 2011 die Abwahl. Ihr Glück.

(Abg. Volker Schebesta CDU: 2008 kam die Schuldenbremse!)

Seitdem sind wir in der Verantwortung und haben einen klaren Konsolidierungskurs eingeschlagen, der Schritt für Schritt den Abbau des strukturellen Defizits sicherstellt. Nachdem Sie wieder im sicheren Tal angekommen sind, reden Sie plötzlich vom Sparen. Aber immer, wenn es konkret wird mit den strukturellen Einsparungen, immer wenn es konkret wird beim Thema Personalkosten, ist auf der rechten Seite des Hauses die Hand beim Nein ganz schnell oben. Insofern: Wir haben es angepackt, Sie haben es jahrelang versäumt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie müssen schon einmal sagen – ich räume Ihnen gern ein: außer bei der Frage der Wiedereinführung von Studiengebühren –, wo Sie bei 40 % Personalkosten sparen wollen. Jeder Vorschlag von uns, sei es bei der Frage der Eingangsbesoldung, seien es Einschnitte bei der Beihilfe, jeder einzelne Punkt wurde von Ihnen mit Nein beantwortet. Wenn Sie meinen, den Haushalt an 40 % Personalausgaben vorbei konsolidieren zu können, dann wünsche ich mir, dass Sie uns das wirklich einmal vorlegen. 40 % machen die Personalkosten aus. Das heißt, Sie müssen einmal herauskommen mit der Wahrheit, wo Sie beim Personal sparen wollen. Ohne Einsparungen bei den Personalkosten werden Sie den Haushalt erst recht nicht konsolidieren können, Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Tatsache ist: 2,5 Milliarden € strukturelles Defizit haben wir vorgefunden. Das ist unbestritten. Das haben Sie beispielsweise auch dadurch angehäuft, dass Sie uns eine nicht durchfinanzierte Qualitätsoffensive Bildung in dreistelliger Millionenhöhe hinterlassen haben – nicht durchfinanziert. Wir mussten es ausbaden. Ferner haben Sie uns beispielsweise einen Anstieg bei den Versorgungsausgaben, der durch die Ausweitung der Personalausgaben in Ihrer Regierungszeit strukturell angelegt ist, hinterlassen. Im Vergleich zu den Personal- und Versorgungsausgaben, die uns heute noch aus Ihrer Regierungszeit belasten, sind diese 180 Stellen, die wir vorübergehend in den Ministerien geschaffen haben, ein Nasenwasser, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Auch bei diesem Punkt rate ich dazu: Verwechseln Sie nicht die Kategorien, wenn Sie über die Zahlen des Haushalts reden. Wir reden über viele Tausend Stellen, die uns jetzt bei dem Thema „Versorgungsausgaben und Personalkosten“ belasten. In Relation dazu sind diese 180 Stellen, die wir als künftig wegfallend – zum Jahr 2017 – geschaffen haben, die also für das Jahr 2020 gar keine Bedeutung mehr haben werden, Nasenwasser.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie einmal etwas dazu!)

Sie müssen einmal an die großen Blöcke heran, wenn Sie über die Haushaltskonsolidierung reden wollen. Das Thema Nationalpark oder das Thema „180 Stellen“ steht im Verhältnis völlig außerhalb der Herausforderungen, die wir bei der Konsolidierung vorfinden werden. Insofern bitte ich Sie, auch da einmal mit konkreten Vorschlägen anstatt mit billiger Polemik aufzuwarten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, ich glaube, das Grundproblem ist: Sie haben zwar die Grundgesetzänderung zur Einführung der Schuldenbremse mit beschlossen – Ihre Bundestagsfraktionen – und im Bundesrat mitgetragen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir hatten sogar eine Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung verankert! Sie haben sie wieder abgeschafft!)

aber Sie haben noch gar nicht verstanden, dass das einen Perspektivwechsel bedeutet, einen Perspektivwechsel weg von dem verständlichen Bemühen, eine Punktlandung mit einer Nullneuerschuldung in einem Jahr hinzubekommen, hin zu der Betrachtung des strukturellen Defizits. Es geht darum, den Haushalt strukturell in Ordnung zu bringen, sodass wir im Jahr 2020 mit einem strukturell ausgeglichenen Haushalt dastehen und nicht mit einem, der durch Einmaloperationen wie dem Verkauf von Landesimmobilien, der Sonderausschüttung der L-Bank oder mit dem Streichen von Sanierungsausgaben einmalig die Nullneuerschuldung erreicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das rechnen Sie doch alles hinein!)

Deshalb hat unsere Nullneuerschuldung, die wir im Jahr 2011 und im Jahr 2012 erreicht haben, einen deutlich höheren Wert als die,

(Zurufe von der CDU: Ah!)

die Sie 2008, 2009 erreicht haben. – Ja, ich darf Ihnen das einmal erläutern. Sie haben 2008 und 2009 die Nullneuerschuldung erreicht. Aber um welchen Preis haben Sie sie erreicht? Sie haben die in der Vermögensbilanz des Landes so wichtige L-Bank ausgeplündert, Sie haben die Ausgaben für den staatlichen Hochbau deutlich zurückgefahren und damit Lasten in die Zukunft verschoben und den Sanierungsstau erhöht. Deshalb sage ich Ihnen: Wer die Nullneuerschuldung in einem Jahr erreichen will, der muss auch schauen, dass wir sie so erreichen, dass es nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen geht.

Ich mache das einmal am Beispiel des staatlichen Hochbaus deutlich. Der Mittelwert im Ausgabenvolumen des staatlichen Hochbaus in den Jahren, in denen Sie die Nullneuerschuldung erreicht hatten, betrug 378 Millionen € und lag damit deutlich unter dem Betrag, der notwendig ist, um den Gebäudebestand des Landes aufrechtzuerhalten. In unserer Zeit, im Jahr 2011 und im Jahr 2012, betrug das Ausgabenvolumen in diesem Bereich 403 Millionen € und lag damit deutlich höher als zu der Zeit, in der Sie die Nullneuerschuldung erreicht hatten.

Das heißt, wir haben Folgendes gemacht: Wir haben zwar die Nullneuerschuldung wie Sie erreicht, aber wir haben gleich-

(Minister Dr. Nils Schmid)

zeitig saniert und damit die implizite Verschuldung des Landes abgebaut. Das ist der Unterschied zwischen einer Punktlandung und einer nachhaltigen Konsolidierungspolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo!)

Gleiches gilt beim Thema L-Bank. Sie haben im Jahr 2008 und im Jahr 2009 die Nullneverschuldung erreicht, indem Sie bei der L-Bank Sonderausschüttungen vorgenommen haben. Wir haben im Jahr 2011 und im Jahr 2012 die Nullneverschuldung erreicht und gleichzeitig das Eigenkapital der L-Bank um über 640 Millionen € gestärkt. Gestärkt!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Auch an diesem Beispiel sehen Sie: Es ist schön und begrüßenswert, wenn man einmal die Punktlandung schafft –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Einmal?)

oder auch zweimal.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Viermal!)

Aber wenn es auf Kosten der Substanz des Landes geht, wenn es zulasten des strukturellen Defizits des Landes geht, dann ist das nur eine kurzfristige Täuschung über den wahren Zustand des Landeshaushalts.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Deshalb kann ich nur raten: Weniger Polemik, mehr langer Atem in der Haushaltspolitik gerade dann, wenn der Wind rau wird, wenn die Zeiten schlechter werden. Deshalb haben wir darauf gesetzt, dass nachhaltiger Schuldenabbau eben mehr ist als die schwarze Null. Deshalb haben wir den Dreiklang von Sanieren, Konsolidieren und Investieren in unserem Haushalt untergebracht, deshalb bedarf es neben dem Schuldenabbau der Investitionen in die so lange vernachlässigte Infrastruktur, bedarf es der Rücklagen für die Bewältigung der Pensionslasten, bedarf es der Investitionen bei den Liegenschaften.

Übrigens: Wir gehören auch zu den Ländern, die kontinuierlich Vorsorge für zukünftige Pensionen treffen. Die Bayern haben die Zuführungen in den Pensionsfonds auf 100 Millionen € pro Jahr gedeckelt, während wir weiter die Zuführungen leisten, die wir brauchen, um halbwegs Vorsorge zu treffen. Das ist auch ein Unterschied zwischen dem, was Bayern tut, und dem, was wir tun.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat das denn eingeführt?)

Deshalb ist es gut, dass wir das weiterführen, und deshalb ist der Verweis auf Bayern an diesem Punkt auch schräg. Denn im Unterschied zu Bayern leisten wir Vorsorge für zukünftige Pensionen. Das liegt im Interesse des öffentlichen Dienstes und unserer Beamtinnen und Beamten, die lange Zeit darauf verzichten mussten, dass solche Vorsorge getroffen worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie sehen, dass all diese Anstrengungen zur Hälfte der Legislaturperiode Früchte getragen haben. Sie haben ja schon zu Recht darauf hingewiesen, dass wir die Hälfte des strukturellen Defizits abgebaut haben

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie haben neue Schulden aufgenommen!)

mit Maßnahmen, die Sie zu einem Großteil bekämpft haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, klar! Die Ausschüttung der L-Bank haben wir bekämpft!)

Das heißt, wenn es nach Ihnen ginge, würden wir noch mehr Schulden machen. Insofern glaube ich, Sie sollten einmal weg von der Hysterie über Momentaufnahmen in der BMF-Statistik hin zu einer Diskussion darüber, wie Sie es sich eigentlich vorstellen, wie Sie denn eigentlich den strukturell ausgeglichenen Haushalt hinbekommen wollen. Sie wollen ihn ja angeblich sogar schon vor 2020 hinbekommen. Aber alle konkreten Entscheidungen hier im Landtag gehen so aus, dass Sie jeden Konsolidierungsschritt ablehnen. Insofern sind Sie in der Pflicht, uns darzulegen, wie Sie bis 2020 oder davor die Nullneverschuldung strukturell erreichen wollen.

Wir sind auf einem guten Weg, und wir werden uns auch von diesen Statistiken des Bundesfinanzministeriums nicht beirren lassen. Wir haben Haushaltswahrheit und -klarheit in jeder Phase hergestellt. Das gilt auch gegenüber dem Bundesfinanzministerium. Wenn auch andere Länder so handeln würden, dann hätten wir einen reellen Tabellenstand. Abgerechnet wird 2020.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir haben schon vorher abgerechnet!)

Ich bin zuversichtlich: Wir gehören zu denen, die 2020 den strukturell ausgeglichenen Haushalt erreichen werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht noch einmal die Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Mack hat gerade wieder ausgeblendet, dass wir einen CDU-Schuldenberg haben, der 140 Milliarden € beträgt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

140 Milliarden € an Krediten, an versteckten Schulden, an zu wenig Rücklagen für Pensionsverpflichtungen, die wir haben. Das ist das Erbe, das wir, das alle Baden-Württembergern und Baden-Württemberger von Ihnen übernommen haben, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Wir stellen uns der Herausforderung – es ist eine große –, den Haushalt dennoch zu konsolidieren. Wie gesagt: Wenn Sie nicht nur auf die Momentaufnahme Kassenstatistik des Bundesministeriums für Finanzen schauen, sondern sich andere, tiefer greifende Untersuchungen wie die von PwC oder auch die heutige Wortmeldung von Frau Professorin Färber von der

(Edith Sitzmann)

Universität in Speyer anschauen, dann sehen Sie bestätigt, dass wir auf einem guten Kurs sind, meine Damen und Herren. Diesen Kurs werden wir fortführen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Das befürchten wir!)

Da hilft es auch nicht, dass Sie uns immer und immer wieder vorführen, dass Sie ein gravierendes Rechenproblem haben,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben doch die Debatte beantragt!)

dass Sie sich die Zahlen so zurechtrücken, wie es Ihnen gefällt. Der Finanzminister und auch der Kollege Schmiedel haben bereits einiges zurechtgerückt, was Sie an falschen Zahlen genannt haben.

Herr Kollege Rülke, Sie haben vorhin so ein schönes Schaubild mit dem Ranking in der Kassenstatistik gezeigt. Dazu würde ich gern einmal wissen, mit welchem Jahr Sie denn angefangen haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 2009 hat das Bundesfinanzministerium angefangen!)

– 2009. Hätten Sie 2006 angefangen, dann wäre Baden-Württemberg auf Platz 14 gewesen. Hätten Sie 2007 dazugenommen, wäre Baden-Württemberg auf Platz 16 gewesen. Sie haben also zwei kritische Jahre Ihrer Regierungszeit einfach weggelassen.

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

Also trau keiner Kurve, die du nicht selbst gemalt hast.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Gelber Engel der FDP/DVP!)

Jetzt lautet die entscheidende Frage: Wie sorgen wir für die Zukunft vor? Darum geht es. Wie können wir zukünftigen Generationen nicht nur CDU-Schuldenberge hinterlassen, sondern auch Gestaltungsspielräume eröffnen? Deshalb hat Baden-Württemberg als erstes Bundesland Orientierungspläne erstellt, Orientierungspläne, die eine verlässliche Grundlage dafür sind, wie viel – prozentual zum Haushaltsvolumen des jeweiligen Ministeriums – pro Jahr eingespart werden muss.

Das, meine Damen und Herren, ist ein transparenter und ein verlässlicher Weg, um die Einsparungen, die vorgenommen werden müssen, um das strukturelle Defizit auf null zu bringen, auf alle Ministerien gleichermaßen und fair zu verteilen.

In der letzten Zeit gab es ab und zu auch Presseberichte, in denen es Kritik daran gab. Daran möchte ich anknüpfen und Ihnen die entsprechende Größenordnung deutlich machen: Das Einsparvolumen in diesen Orientierungsplänen, die ab dem Haushalt 2015/2016 gelten, beträgt für das Jahr 2015 sage und schreibe 1,08 %. Das heißt, von 100 € müssen 1,08 € eingespart werden. Man muss also, wenn man die Zahlen betrachtet, auch immer die Relationen betrachten, Herr Kollege Hauk. Es nutzt dann nichts, wenn Sie oder Ihre Kolleginnen und Kollegen von der CDU unter der Woche täglich mehr Geld für die Justiz, mehr Geld für die Telemedizin, mehr Geld für das Schulobstprogramm, mehr Geld für den Tourismus

oder was auch immer fordern – die Liste ließe sich beliebig verlängern –,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

wenn dann am Wochenende Sie, Herr Hauk, oder der Exgeneralsekretär von Mappus darüber klagen, dass wir uns verschulden würden. Das ist einfach unglaublich und nicht ernst zu nehmen – Populismus hoch zehn.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Jetzt wurde hier noch behauptet, wir hätten irgendwie bei der Bildung die Ausgaben gesenkt. Herr Kollege Mack, das ist nicht wahr. Im Gegenteil, wir haben massiv in die Bildung und auch in die Schulen investiert. Wenn Sie sich die Mühe machen würden, auszurechnen, wie viel das Land pro Schüler bzw. pro Schülerin 2014 im Vergleich zu 2010 ausgibt, dann kommen Sie zu dem Ergebnis, dass wir pro Schüler bzw. Schülerin 2014 18 % mehr ausgeben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Können Sie das auch einmal nach Schularten aufsplitten? Das wäre interessant! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mit der Gemeinschaftsschule?)

Die Ausgaben, Herr Kollege, für die frühkindliche Bildung, für die Betreuung der unter Dreijährigen – wir geben den Kommunen hierfür über 300 Millionen € mehr – sind da noch nicht eingerechnet. Da ist noch keine Schulsozialarbeit, keine Sprachförderung, kein Ausbauprogramm für die Hochschulen drin. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben konsolidiert, wir haben investiert, und wir haben saniert. Das alles haben Sie nicht hinbekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Schluss möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass diese Landesregierung auch in der Bevölkerung sehr gut dasteht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und bei den Lehrern! Boah, brutal!)

Es gab erst jüngst ein Forschungsprojekt der Universität Mannheim zum Thema „Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie in Baden-Württemberg“. In diesem Zusammenhang wurde nach der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Landesregierung gefragt. Das Ergebnis lautet:

Der Wert bewegt sich seit dem Regierungswechsel 2001 auf einem ... stabilen und hohen Niveau.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Seit 2001? – Abg. Klaus Herrmann CDU: 2001 würde auch stimmen!)

– Seit 2011. – Ich bin zuversichtlich, meine Damen und Herren, dass wir mit unserem Konsolidierungskurs

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dem Kollisionskurs!)

sowie mit unserem Kurs des Investierens in wichtige Zukunftsbereiche und des Sanierens in eine vernachlässigte In-

(Edith Sitzmann)

frastruktur auch in Zukunft eine breite Zufriedenheit in der Bürgerschaft haben werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Schlüsselsatz des Finanzministers des Landes Baden-Württemberg in dieser Debatte lautet: „Wir sind auf einem guten Weg und werden uns von keiner Statistik beirren lassen.“

Stellt euch das einmal vor! Er hat jetzt 1,778 Milliarden € neue Schulden aufgenommen. Jetzt wurde er bezichtigt, er sei statistisch auf Platz 1 der Schuldenhitliste. Dann sagt er: „Nordrhein-Westfalen hat nachgemeldet. Die haben sogar 3,2 Milliarden € neue Schulden. Wir sind wieder die Zweitschlechtesten und nicht mehr die Schlechtesten.“ Hurra! Wir orientieren uns an Nordrhein-Westfalen. Ein solcher Finanzminister wäre bei uns beim Hinauslaufen entlassen worden, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir orientieren uns doch nicht an Nordrhein-Westfalen! Nordrhein-Westfalen ist pleite. Die Hälfte der Kommunen in Nordrhein-Westfalen bekommen von ihrer örtlichen Kreissparkasse keinen Kredit mehr, weil sie nicht mehr kreditwürdig sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Das ist doch kein Maßstab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben uns immer an Bayern orientiert, an Sachsen.

(Minister Dr. Nils Schmid: An Hessen!)

Das Land Baden-Württemberg ist nach Sachsen und Bayern auf Platz 3. Die Kommunen in Baden-Württemberg sind auf Platz 1. Die Kommunen in Baden-Württemberg haben die niedrigste Verschuldung. Das war schon immer so.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Daran orientieren wir uns. Wir können doch nicht stolz darauf sein, dass Baden-Württemberg diesen Platz aufgibt.

(Glocke des Präsidenten)

– Gibt es eine Zwischenfrage?

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Mack, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Sitzmann?

Abg. Winfried Mack CDU: Ja, gern. Sie hat ja ihre Redezeit heute nicht ausgeschöpft; sie hätte mehr sagen können. – Bitte schön.

(Heiterkeit bei der CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Inhaltlich! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Kollege Mack, ist Ihnen bekannt, dass die grün-rote Landesregierung eine faire und verlässliche Partnerschaft mit den Kommunen pflegt,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hat kein Mensch infrage gestellt!)

dass wir den Vorwegabzug im Finanzausgleich mit den Kommunen stufenweise absenken?

(Unruhe)

Ist Ihnen bekannt, dass wir über 300 Millionen € in den Ausbau der frühkindlichen Bildung investieren?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Den Hinweis kann man sich schenken!)

Ist Ihnen auch bekannt, dass von den 5 Milliarden € Mehrausgaben, die Sie genannt haben, die Kommunen einen großen Anteil erhalten – und das zu Recht –, damit sie die Infrastruktur vor Ort und die Daseinsvorsorge auf einen guten Weg bringen?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Haben wir doch gar nicht infrage gestellt!)

Abg. Winfried Mack CDU: Liebe Frau Kollegin Sitzmann, es ist eine gute Tradition in Baden-Württemberg, dass das Land die Kommunen gut bedient

(Lachen bei der SPD)

und dass die Kommunen in Baden-Württemberg gut dastehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was? Ausgerechnet Sie sagen das?)

Baden-Württemberg stand hier schon immer auf Platz 1.

(Unruhe)

Aber im Gegensatz zum Land bauten und bauen die Kommunen im Moment ihre Schulden ab. Beispielsweise haben die Kommunen im Jahr 2012 über 2 Milliarden € Schulden abgebaut.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Und warum? Weil wir sie gut ausstatten! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Und das ist auch gut so.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie haben immer gesagt, Ihnen sei ein Schuldenberg hinterlassen worden, Sie hätten bei Ihrem Antritt leider eine Erblast übernehmen müssen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber wie war es denn in den Neunzigerjahren und in den Zweitausenderjahren? In den Neunzigerjahren gab es in Baden-Württemberg eine massive Strukturkrise. Jedes Jahr gingen die Steuereinnahmen zurück.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein! 2001 bis 2010!)

(Winfried Mack)

Im Jahr 2000 und in den Folgejahren bis 2006 gingen die Steuereinnahmen meist auch zurück, u. a. weil die rot-grüne Bundesregierung damals entsprechende Beschlüsse gefasst hat.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Konkrete Belege bitte!)

– Das kann man alles darlegen.

Aber was für eine Politik haben wir gemacht, Herr Ministerpräsident?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das fragen wir uns auch!)

Wir haben gesagt: Wir sparen, und wir investieren. Wir haben in vielen Bereichen gespart, beispielsweise bei den Landesstraßen.

(Zuruf von den Grünen)

Aber wir haben nicht bei der Bildung gespart. Deswegen haben wir es beispielsweise geschafft, dass vier Universitäten in Baden-Württemberg den Titel „Eliteuniversität“ erhielten. Heute sind es noch drei. Wir haben es geschafft, dass die Menschen in ganz Deutschland nach Baden-Württemberg geschaut haben und gesagt haben: „Die haben ein gutes Schulsystem.“

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Und was lese ich gestern bei dpa, Herr Ministerpräsident? Sie sind jetzt darauf gekommen, dass es um das Vertrauen der Menschen im Land in die Schulen schlecht bestellt ist. Wörtlich sagte der Ministerpräsident gestern:

Alle Menschen können ihre Kinder vertrauensvoll in die Schulen schicken.

So weit ist es gekommen, dass ein Ministerpräsident so etwas sagen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Im Gegensatz zu Frau Sitzmann, die sagt, die Ausgaben pro Schüler seien gestiegen, sagen Sie, Herr Ministerpräsident, es gebe in Baden-Württemberg zu viele Lehrer pro Schüler, und deswegen müsse abgebaut werden. Wenn ich sehe, was Sie im Bildungsplanbereich tun, dass Sie z. B. bei den Fünft- und Sechstklässlern 202 „Einstellungen“ verlangen, wenn ich sehe, welche Broschüren die GEW in Baden-Württemberg an den Schulen verteilt, dann kann ich nur eines sagen: Da kommt etwas zusammen, was für dieses Land nicht gut ist. Die Menschen in diesem Land werden diesen staatlichen Schulen, wenn Sie so weitermachen, nicht mehr vertrauen, und Sie werden sehen, dass die Zahl der Privatschulen zunimmt und wir dann eine Spaltung in Privatschulen und öffentliche Schulen haben und dass Sie damit das Land Baden-Württemberg spalten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Lachen des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Präsident Guido Wolf: Kollege Mack, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Winfried Mack CDU: Deswegen, Herr Ministerpräsident: Kehren Sie in der Schulpolitik um, wenn Sie schon erkannt haben, dass das Vertrauen in die Schulen in Baden-Württemberg massiv sinkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe selten jemanden gehört, der das Land so schlechtredet wie Herr Mack.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Unglaublich! Wenn man Ihnen zuhört, meint man, man lebt auf einem anderen Stern. Wo haben Sie denn Ihre Augen?

(Unruhe)

Es ist unglaublich, welches Bild Sie hier zeichnen. Wenn Sie sagen, die Finanzpolitik des Finanzministers Schmid müsste zu einer Entlassung führen, und das wäre bei Ihnen der Fall gewesen: Ich habe Ihnen doch vorhin gezeigt, wie die Verhältnisse sind. Sie hätten Herrn Stratthaus jedes Jahr entlassen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jedes Jahr!)

– Jedes Jahr, weil Sie sich den strukturellen Herausforderungen nicht gestellt haben.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Gehen wir nun noch einmal ganz sachlich an das Thema heran. Wir haben im Jahr 2014 im Vergleich zu 2011 3,746 Milliarden € Bruttosteuererhöhungen. Dann werden die Umlagen abgezogen, und somit kommen 2014 2,184 Milliarden € Nettosteuererhöhungen in den Staatssäckel des Finanzministeriums. Wo ist das Geld geblieben? Sagen Sie mir, an welcher Position Sie streichen wollen. Wir haben eine Qualitätsoffensive Bildung zu finanzieren – das ist die Erblast von Ihnen, weil Sie es nicht finanziert haben – mit 230 Millionen €, Versorgungsausgaben: 547 Millionen €, Versorgungsrücklage: 121 Millionen €, Versorgungsfonds: 134 Millionen €, Tarif- und Besoldungserhöhungen: 448 Millionen €, erhöhte Förderung der Kleinkindbetreuung – die wollten Sie ja wohl auch nicht streichen –

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Man weiß es nicht!)

in den Kommunen: über 400 Millionen €, Anstieg der Zahl aufzunehmender Flüchtlinge: 166 Millionen €, Qualitätssicherungsmittel für die Hochschulen: 171 Millionen €, und anderes mehr. Das macht zusammen 2,218 Milliarden €. Das liegt also über dem, was netto mehr drin ist.

Wir kommen deshalb mit dem Haushalt hin, weil wir im Personalbereich Maßnahmen ergriffen haben, die heute schon Früchte tragen. 350 Millionen € Einsparungen im Personalbereich – das ist nicht einfach; das tut uns auch weh. Aber wenn man einen Haushalt strukturell ausgleichen muss, dann tut es an irgendeiner Stelle weh. Sie jedoch verweigern sich

(Claus Schmiedel)

an jeder Stelle. Im Gegenteil, Sie wollen immer noch drauflegen. Das ist Ihre wahre Politik.

Sie haben die Frage des Finanzministers nicht beantwortet: Wo sind denn Ihre konkreten Vorschläge?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Keine!)

Wo sind die konkreten Vorschläge? Wo sagen Sie: „Dort gehen wir richtig ran, um das strukturelle Defizit wirklich abzubauen“? Sie sagten, es gebe gar keines. Wenn man in Ihre mittelfristige Finanzplanung schaut, dann steht oben zwar immer

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Landesrechnungshof!)

null Schuldenaufnahme, aber unten, im Kleingedruckten, steht die Deckungslücke von 2,5 Milliarden €. Das sind Ihre Zahlen; die sind nicht von uns erfunden. Diese Deckungslücke strukturell abzubauen ist die große Herausforderung. Es einmal zu tun ist keine Kunst; das bekommt man hin, wenn man Belastungen in die Zukunft verschiebt. Das haben Sie getan.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wir wollen aber 2020 die Messlatte erreichen, dass wir sagen können: Strukturell kommt das Land Baden-Württemberg mit dem Geld aus, das jährlich hereinkommt – in normalen Zeiten. Das ist die Herausforderung und die Aufgabe, und dieser stellen wir uns – erfolgreich, wie man sieht, laut Beurteilung von Frau Professorin Färber und anderen – in guter Partnerschaft mit den Kommunen. Jetzt haben Sie gerade die Backen arg aufgeblasen, Herr Mack, als Sie sagten, dass Sie ein gutes Verhältnis zu den Kommunen gehabt hätten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Klebrige Hände!)

Ich erinnere mich an die Zeit vor der Wahl. Die Kommunen sagten: Eigentlich würden wir die Landesregierung jetzt verklagen. Aber jetzt ist Wahl, und wir warten einmal, was herauskommt und ob wir dann zu anständigen Verträgen mit dem Land kommen, die uns helfen, die großen Herausforderungen bei der Kleinkindbetreuung stemmen zu können.

Die Wahl ist gekommen. Eine neue Regierung ist gekommen und hat einen Pakt mit den Kommunen für die Familien geschlossen, und die Klage, die man Ihnen angedroht hatte, war daraufhin überflüssig. Das war Ihr Verhältnis zu den Kommunen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir setzen gerade den Pakt fort: Ausbau der Ganztagsgrundschulen. Das ist ebenfalls etwas, was wir von Ihnen geerbt haben: die geringste Anzahl von Ganztagsangeboten im Bereich der Grundschulen im ganzen Land. Der Ausbau kostet besonders viel, da das Stundendeputat in den Grundschulen kleiner ist als in den anderen Schulen. Also muss man die Zeit, die für die Ganztagschule benötigt wird, richtig ausbauen. Dem stellen wir uns, aber wir stellen uns dem nicht so wie Sie mit Ihrer Qualitätsoffensive. Sie haben einfach geschrieben: „Klassenteiler gesenkt“, aber nichts in die Kasse gelegt. Wir aber finanzieren das in der mittelfristigen Finanzplanung, in unserem verbindlichen Finanzplan durch.

Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns: Wir wollen verlässlich konsolidieren und nicht nur eine Einmalleistung

hinlegen und uns auf die Schultern klopfen, gleichzeitig aber zu Finanztricks greifen. Wir wollen verlässlich, planbar, offen und transparent agieren und die Schuldenbremse 2020 so einhalten, dass das Land weiterhin wettbewerbsfähig bleibt. Dort wollen wir das Land Baden-Württemberg im Leistungsvergleich sehen: an der Spitze bei der Lebensqualität, bei der Wohnqualität und bei der Bildung. Das sind die Herausforderungen. Was Sie dagegen machen, Herr Mack: Sie reden das Land schlecht, sodass einem selbst dabei übel wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die FDP/DVP-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Schmiedel sprach davon, dass einem übel werden könnte. Sie haben jetzt – genauso wie Ihre Kollegin Sitzmann – eine Frau Professorin Färber zitiert und behauptet, die Dame habe Sie gelobt, sie käme zu dem Ergebnis, in Baden-Württemberg mache man eine ganz tolle Haushaltspolitik. Normalerweise glaube ich es, wenn man mir im Landtag von Baden-Württemberg so etwas erklärt. Aber da es von Ihnen behauptet wird – ADAC, Gelber Engel –, habe ich mir gedacht, ich muss einmal nachschauen, was wirklich in der dpa-Meldung steht. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten Frau Professorin Färber wörtlich zitieren. Sie erklärte:

Soweit ich das sehe, werden die Steuermehreinnahmen in Baden-Württemberg fast vollständig für zusätzliche Ausgaben verwendet. ... Ich hätte es glücklicher gefunden, wenn man einen Teil davon für schlechtere Zeiten auf die hohe Kante gelegt hätte.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

ADAC, Gelber Engel, meine Damen und Herren! Es wird getäuscht, getrickst und getarnt. Die Realitäten werden so hingebogen, dass es Ihnen zu nützen scheint. Aber wenn man einmal genauer hinschaut, stellt man fest:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Unseriös!)

Es ist alles unseriös, es ist alles auf Kante genäht, es entspricht alles nicht den Realitäten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Dr. Rülke, gestatten Sie Zwischenfragen der Kollegen Schmiedel und Maier?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von wem?

Präsident Guido Wolf: Beide hatten sich gemeldet.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer hat sich alles gemeldet?

Präsident Guido Wolf: Kollege Schmiedel und Kollege Maier.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Beginnen wir einmal mit dem Kollegen Maier, er hat heute noch nichts sagen dürfen.

Abg. Klaus Maier SPD: Vielen Dank, Herr Rülke. – Ist Ihnen bekannt, dass wir im Nachtrag 2014, den wir erst vor wenigen Wochen beschlossen haben, einen Dreiklang gemacht haben?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schulden, Schulden, Schulden?

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Abg. Klaus Maier SPD: Investieren – verschiedene Projekte –, Sanieren; wir haben die Straßenbaumittel erhöht. Ist Ihnen außerdem bekannt, dass wir die Kreditermächtigung für 2014 abgesenkt haben?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mir ist bekannt, dass Sie bei diesem Nachtragshaushalt die Lasten für unser Land noch stärker ausgeweitet haben. Ich komme nachher noch auf diesen Nachtrag, beispielsweise bezüglich des Nationalparks, zu sprechen.

Nun gern der Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Kollege Rülke, Sie haben gerade Frau Professorin Färber zitiert.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, wörtlich.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie sagte, sie hätte sich gewünscht, dass wir Rücklagen für schlechtere Zeiten schaffen sollten.

Haben Sie uns nicht vorhin dafür kritisiert, dass wir genau diese Rücklagen haben?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben diese Rücklagen im Haushalt versteckt, und zwar so elegant, dass Frau Färber sie nicht sieht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Bitte.

Abg. Claus Schmiedel SPD: In den Haushalt kann man hineinschauen, und deshalb ist das transparent und offen. Frau Professorin Färber weist zu Recht darauf hin, dass die entscheidende Größe der Finanzierungssaldo ist, das heißt die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben. Die liegt in Baden-Württemberg ...

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Minus!

Abg. Claus Schmiedel SPD: ... pro Einwohner bei 20, ...

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Minus!

Abg. Claus Schmiedel SPD: ... minus 20 €. Das ist deutlich weniger als bei den meisten anderen Ländern. Deshalb sagt sie: „Das ist die eigentliche Messgröße.“ Da ist nichts versteckt. Das sind natürlich Rücklagen für Unsicherheiten im Steuerbereich, im EU-Bereich und in anderen Bereichen.

(Zurufe: Frage!)

Das sind natürlich Rücklagen, die uns die Sicherheit bieten, dass wir nicht gegebenenfalls – mit höheren Schulden – nach-

steuern müssen, weil wir den Finanzplan für verbindlich halten. – Haben Sie das verstanden?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, ich habe verstanden, dass Baden-Württemberg – selbst dann, wenn man den Parameter heranzieht, den Sie genannt haben – auch in dieser Statistik in der Abstiegszone spielt. Auch das ist nicht der Anspruch eines wirtschaftsstarken Bundeslands.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Jetzt kommen wir zu der immer gleichen Leier, die Opposition würde keine Konsolidierungsvorschläge machen. Der Finanzminister und auch Sie, Herr Kollege Schmiedel, haben vorhin sinngemäß unterstellt, in der Vergangenheit sei nicht investiert worden, sondern man hätte zu unserer Zeit die ganzen Ausgaben sozusagen konsumtiv angelegt. Als Beispiel haben Sie auf Personalstellen verwiesen, beispielsweise die Personalstellen im Bildungsbereich.

Das ist zunächst einmal eine bemerkenswerte Einsicht, die wir festhalten sollten: Die SPD geht davon aus, dass Personalstellen im Lehrerbereich keine Investitionen sind, sondern konsumtive Ausgaben. Aha! Schauen wir uns einmal an, was Sie machen – davon war ja schon die Rede –: personelle Ausdehnung – konsumtiver Bereich – in den Ministerien. Hat das zu mehr Exzellenz geführt? Nein. Jüngstes Beispiel ist das Staatsministerium; die Dilettanten dort haben bei der Einheitsfeier Millionen versenkt, ohne dass das irgendjemand gemerkt hätte – trotz Ausweitung der Personalstellen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es kommt eben auch darauf an, wen man einstellt!)

Dasselbe gilt für den Nationalpark: 100 neue Stellen für einen Nationalpark, den vor Ort niemand will und der keinen Sinn macht, meine Damen und Herren. Das sind konsumtive Ausgaben, die man einsparen könnte.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dann haben Sie sich selbst dafür gefeiert, dass die Bildungsausgaben kräftig in die Höhe gegangen sind. Das ist ja auch kein Wunder, so wie Sie die Gemeinschaftsschule privilegieren,

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

damit sich dieses ideologische Projekt im Land durchsetzt. Da müsste man einmal nach Schularten differenzieren

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Unruhe)

und beispielsweise einmal die Realschulen oder die beruflichen Schulen fragen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

ob auch die so begeistert sind von den Ausgabenausweitungen, die Sie da vornehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie finanzieren einseitig; auch das können Sie den Aussagen von Frau Professorin Färber entnehmen, die feststellt: In Baden-Württemberg hat es einen Regierungswechsel gegeben,

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

und es sei nicht ungewöhnlich, dass, wenn eine neue Regierung ins Amt kommt, diese ideologische Leuchtturmprojekte habe und dafür gewaltig Geld ausgegeben werde. – Das mag nicht außergewöhnlich sein, aber genau das ist das Haushaltsproblem, das in Baden-Württemberg entstanden ist: dass Sie Ihre ideologischen Leuchtturmprojekte haben, in die Sie Geld ohne Ende hineinstecken. Deshalb bekommen Sie den Haushalt in Baden-Württemberg nicht konsolidiert.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dasselbe gilt für andere Projekte, beispielsweise die Polizeireform des Innenministers: dilettantisch geplant, dilettantisch ausgeführt, beim Verwaltungsgericht um die Ohren geflogen. Das ist die Exzellenz Ihres Regierungshandelns in Baden-Württemberg.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was ist denn das für ein Niveau?)

Da können Sie, Herr Kollege Schmiedel, lange mit irgendwelchen Statistiken kommen – angeblich bis zum Jahr 2020 –, in denen die entscheidenden Parameter fehlen. Woher wissen Sie denn, wie die Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahr 2020 aussieht?

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Woher wissen Sie denn, wie sich bis zum Jahr 2020 die Zinsen entwickeln? Sie haben da eine Statistik auf die Zukunft angelegt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Finanzplan!)

Das ist hochinteressant: Eine Statistik aus der Vergangenheit wird mit einer Prognose für die Zukunft verglichen. Dann gehen Sie von den allergünstigsten Ausgangsbedingungen aus.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Verbindlicher Finanzplan!)

Wahrscheinlich ist die erste und wichtigste Bedingung dafür, dass die Statistik, die Sie vorgelegt haben, stimmt, dass Sie im Jahr 2016 abgewählt werden.

(Heiterkeit des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Das ist wahrscheinlich die wichtigste Voraussetzung dafür, dass die Prognosen eintreten können.

Die zweite Voraussetzung ist, dass die wirtschaftliche Entwicklung so bleibt, wovon Sie nicht ausgehen können.

Die dritte Voraussetzung ist, dass die Zinsen so bleiben wie derzeit.

Lassen Sie nur einmal die Konjunktur sich eintrüben. Was glauben Sie, wie schnell dann diese ganze Schmiedel-Statistik zur Makulatur wird! Das, was Sie machen, ist in keiner Weise solide, ist in keiner Weise nachhaltig. Wenn nur das kleinste Windchen kommt, wird dieses grün-rote Kartenhaus weggefegt wie nichts, meine Damen und Herren. Die Haushaltspolitik, die Sie machen, ist nicht tragfähig. Das führt das Land Baden-Württemberg in keine gute Zukunft.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Redebeitrag von Ihnen, Herr Dr. Rülke, ist der beste Beleg dafür, dass Sie bis heute noch nicht begriffen haben, was es heißt, das strukturelle Defizit in Baden-Württemberg abzubauen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das ist das beste Beispiel dafür, weil Sie mit Ihrer Rede den gesamten Konsolidierungspfad und die gesamte Perspektive, die wir gemeinsam in der Landespolitik brauchen, infrage stellen und nur auf Statistiken des Bundesfinanzministeriums mit vorläufigen Zahlen starren. Genau das ist der Fehler der Schuldenpolitik von Ihrer Partei und von der CDU in den vergangenen Jahrzehnten gewesen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Unser Plan bis zum Jahr 2020 beruht auf realistischen Annahmen. Er beruht insbesondere, was die Steuerentwicklung angeht, auf langjährigen Mittelwerten, mit denen genau das aufgegriffen wird, was es in der Vergangenheit an konjunkturellen Schwankungen gab. Insofern ist der Vorwurf, unser Abbaupfad sei nicht mit möglichen konjunkturellen Schwankungen vereinbar, völlig falsch. Denn die Schuldenbremse geht ja davon aus, dass es ein strukturelles Defizit geben kann und dass es im Fall eines konjunkturellen Abschwungs zusätzliche Verschuldungsmöglichkeiten gibt, um diesen konjunkturellen Abschwung auszugleichen. Dem haben Sie im Bundestag zugestimmt; alle hier vertretenen Fraktionen haben im Bundestag zugestimmt. Das war der Riesenfortschritt, dass wir wegkommen von einer Einmalbetrachtung und zu einer strukturellen Betrachtung gelangen.

2,5 Milliarden € Erblast von CDU und FDP/DVP sind das Ergebnis dessen, dass eine Betrachtung der strukturellen Belastung im Landeshaushalt vermieden wurde. Ihr Scherbenegericht, das Sie uns hinterlassen haben, haben Sie heute wieder aufleben lassen. Deshalb sage ich nur: Gnade Gott diesem Land Baden-Württemberg im Fall, dass Sie wieder an die Regierung kommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lieber Herr Mack, auch wenn Sie darauf verweisen, dass in den Neunziger- und Zweitausenderjahren die Steuereinnahmen des Landes rückläufig gewesen sind, so können Sie doch nicht sagen, das sei dauernd so gewesen. Das war vielleicht dreimal so. Insofern haben Sie in Ihrer Regierungszeit die Gunst erfahren, immer steigende Steuereinnahmen zu haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Zu Schröders Zeiten waren es Schrumpfungen!)

Während der tiefen Finanzkrise in den Jahren 2009 und 2010 ist zum ersten Mal auch bundesweit ein rapider Abfall bei den Steuereinnahmen zu verzeichnen gewesen. Aber ansonsten hatten Sie in Ihrer Regierungszeit von Jahr zu Jahr immer Rekordsteuereinnahmen,

(Zurufe der Abg. Peter Hauk und Dr. Reinhard Löffler CDU)

(Minister Dr. Nils Schmid)

weil die Wirtschaft zum Glück immer kontinuierlich gewachsen ist. Trotzdem haben Sie 43 Milliarden € Schulden angehäuft, weil Sie eben nicht die strukturellen Belastungen im Blick hatten, sondern immer kurzatmig versuchten, den Haushalt irgendwie auszugleichen: über die Veräußerung von Landesgrundstücken, über das Streichen von Sanierungsausgaben und über Sonderausschüttungen bei der L-Bank. Damit haben wir Schluss gemacht, weil wir den Haushalt ernsthaft konsolidieren wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gerhard Stratthaus?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Herr Minister, ich habe eine ganz sachliche Frage: Ist Ihnen bekannt, dass von 2000 bis 2007 der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt Jahr für Jahr zurückgegangen ist, und zwar in der ganzen Bundesrepublik Deutschland – zum Teil zurückzuführen auf die schlechte Wirtschaftslage und vor allem natürlich zurückzuführen auf die Steuersenkungen, die damals insbesondere im Bereich der Körperschaften vorgenommen worden sind?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Es ist also so: Die Steuern sind zurückgegangen. – Ich muss ja eine Frage stellen. Ist Ihnen das bekannt?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Stratthaus, wir sind uns völlig einig,

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

dass die Messziffer, die Sie genannt haben – –

(Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

– Nein! Herr Rülke, passen Sie einmal auf! Herr Rülke, genau das ist Ihr Problem: dass Sie nicht in der Lage sind, mit Zahlen umzugehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Stratthaus stellt ab auf den Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt. Ich stelle ähnlich wie Herr Mack ab auf die Steuereinnahmen, die im Landeshaushalt angekommen sind. Da ist es richtig: In den Neunzigerjahren und in den Zweitausenderjahren gab es drei Jahre oder vier Jahre, wenn man von Ende 2009/Anfang 2010 ausgeht, in denen es rückläufige Steuereinnahmen des Landes gab. Wir reden ja immer von Rekordsteuereinnahmen. Ich sage Ihnen: In Ihrer Regierungszeit hatten Sie mit wenigen Ausnahmen Rekordsteuereinnahmen, und trotzdem haben Sie Schulden angehäuft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lieber Kollege Rülke, wenn Sie einmal ausnahmsweise nicht nur herumpolemisieren würden, sondern wirklich auch auf die Sache eingingen, dann würden Sie bei den Äußerungen von Gisela Färber Folgendes feststellen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe sie wörtlich zitiert!)

– ja, man muss aber schon das Gesamte zitieren –: Die Grundaussage von Professorin Färber ist:

Ich halte die Einhaltung der Schuldenbremse für Baden-Württemberg für unproblematisch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht wegen Ihrer Politik! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Genau das haben wir auch aufgegriffen.

Dann hat sie darauf hingewiesen, dass der Finanzierungssaldo aussagekräftiger sei. Das ist richtig.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Jeder, der sich mit der Materie beschäftigt, weiß, dass der Finanzierungssaldo aussagekräftiger ist, weil die reinen Rohdaten aufgeführt sind und dies nicht manipulierbar ist durch die Frage, wann welches Bundesland Kreditaufnahmen verbucht, wie wir an den Beispielen Hessen oder Nordrhein-Westfalen gesehen haben. Beim Finanzierungssaldo

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da sind Sie immer noch im Minus! – Zuruf von der SPD)

liegen wir mit knapp 20 € pro Kopf im guten Mittelfeld. Das war auch schon besser, und zwar war das logischerweise dann der Fall, wenn die Nullneuerschuldung erreicht war. Der Finanzierungssaldo für das Jahr 2013 ist jedoch ein Wert, der jetzt nicht glänzend ist, mit dem man aber leben kann, wenn man sich anschaut, was wir für den Weg bis 2020 unternehmen.

Frau Färber sagt auch, es sei normal, dass Ausgaben erst einmal umgeschichtet würden, um andere Schwerpunkte zu setzen. Ich schätze, Sie würden das auch machen, wenn Sie an die Regierung kämen. Das entnehme ich jedenfalls Ihren Äußerungen.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Nun aber kommt das Entscheidende – auch hier liegt wieder Ihr Fehlschluss, Herr Rülke –: Schnelle Kürzungen sind nur schwer möglich – so Frau Färber –, der Finanzumbau braucht einfach Zeit. Dass es zunächst zu Mehrausgaben kommt, ist erst einmal normal. Bei Ihnen liegt auch hier wieder ein großes Missverständnis vor, nämlich beim Thema „Strukturelle Konsolidierung“. Genau das gehen wir an. Wir bauen den Landeshaushalt in seiner Struktur schrittweise um, damit wir bis 2020 den strukturell ausgeglichenen Haushalt hinkommen. Das ist unsere Aufgabe, und nicht hektische Aktionen, bei denen man sagt: „Jetzt können wir einmal ganz schnell Sanierungsausgaben zusammenstreichen oder bei der L-Bank etwas herausnehmen.“ Frau Färber gibt uns übrigens genau diese Vorgehensweise mit auf den Weg. Sie als Finanzwissenschaftlerin weiß genau, dass ein Landeshaushalt ein schwerer Tanker ist und in den Strukturen nicht so schnell umgebaut werden kann.

Laut dpa-Meldung verwies sie auch darauf, dass Baden-Württemberg versuche, den Investitionsstau anzugehen, und dafür Geld in die Hand nehme. Das ist doch großartig. Das ist eine

(Minister Dr. Nils Schmid)

großartige Bestätigung unseres Dreiklangs aus Sanieren, Investieren und Konsolidieren. Insofern hat Frau Professorin Färber bis zu diesem Abschnitt

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

der dpa-Aussagen genau die Regierungslinie bestätigt, auch wenn sie dies vielleicht nicht beabsichtigt hatte. Ihre Aussagen sind jedenfalls genau in Übereinstimmung zu bringen mit dem, was wir seit 2011 tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nun sagt sie auch – das ist das, was Sie zum Schluss herausgepickt haben –:

Ich hätte es glücklicher gefunden, wenn man einen Teil davon für schlechtere Zeiten auf die hohe Kante gelegt hätte.

Herr Rülke, Sie müssen sich jetzt schon entscheiden. Entweder Sie kritisieren uns,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Habe ich das gesagt oder Frau Professorin Färber?)

weil wir die Nettokreditaufnahme voll ausgeschöpft haben und dadurch einen Überschuss auflaufen lassen, oder Sie finden es ganz großartig, dass wir das getan haben, weil wir nämlich etwas auf die hohe Kante gelegt haben, um die Haushaltsrisiken für 2014 abzufedern.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe es doch nicht erklärt, sondern Frau Färber!)

Da müssen Sie sich entscheiden. Sie müssen sich entscheiden, Herr Rülke. Sie können nicht immer a und b gleichzeitig sagen; denn sonst verstehen wir überhaupt nicht mehr, was Sie wollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Genau das ist das Problem. Es ist völlig unklar, was eigentlich – abgesehen von überbordender Polemik und missglückten Wortbildern – die Haushaltspolitik der FDP/DVP in Baden-Württemberg ist. Herr Rülke, das ist Ihr Problem.

Noch ein Wort zum Schluss zu den verunglückten Wortbildern: Die Gelben Engel helfen bei Pannen. Ich glaube, die FDP/DVP braucht gelbe Engel für die Panne in ihrer Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Qualifizierte Zuwanderung als Chance verstehen – bei Integration punkten – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Die Gesamtredezeit beträgt 40 Minuten, wobei ich auch die Landesregierung bitte, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Tagen wurde viel über Ausländer, Migranten, über die Zuwanderung, über die Begrenzung der Zuwanderung gesprochen. Der Anlass hierfür war natürlich das Referendum in der Schweiz. Mit knapper Mehrheit haben die Schweizer entschieden, dass sie die Einwanderung beschränken möchten. Was dies konkret bedeutet, ist noch nicht ganz klar.

Ich möchte jedoch eine Anmerkung zum Thema „Direkte Demokratie“ machen. Ist es wirklich richtig, dass die Demokratieform die bessere ist, die ganz direkt ausgeübt wird? Auch ich bin der Meinung, dass wir mehr Elemente der direkten Demokratie brauchen. Ich glaube aber, dass sich an diesem Beispiel zeigt, dass die repräsentative Demokratie durchaus Vorteile hat. Ich möchte uns allen gern mit auf den Weg geben, dass wir unsere repräsentative Demokratie nicht schlechter reden, als sie ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf dieses Referendum in der Schweiz gab es natürlich Reaktionen. So wies z. B. die EU darauf hin, dass die Schweiz jetzt nicht erwarten könne, dass die Zusammenarbeit nur in den Bereichen stattfindet, in denen die Schweiz das gerade möchte, nicht aber in denen, in denen die Schweiz das nicht möchte. Diesen Hinweis halte ich für richtig.

Auch Europaminister Friedrich hat sich optimistisch zum Referendum geäußert. Er freue sich auf die Rückkehr von vielen Fachkräften. Herr Minister, ich glaube, diese Einschätzung ist ein bisschen weit hergeholt und sehr optimistisch.

Ein Fraktionsvorsitzender aus diesem Haus würde, wie er mitgeteilt hat, Teile des Referendums ebenfalls unterzeichnen. Er konstatiert, dass Ausländer eine größere Integrationsbereitschaft mitbringen müssten. Sehr geehrter Herr Hauk, ich würde hinsichtlich dieses Referendums – ich möchte nicht ausschließen, dass es in diesem Referendum auch den einen oder anderen richtigen Satz gibt – erst einmal gar nichts unterschreiben, und zwar aus folgendem Grund: Die Richtung des Referendums ist schlicht falsch. Wir sind schon einen Schritt weiter. Manchmal ist es eben nicht nur wichtig, wo man steht, sondern auch, in welche Richtung man sich bewegt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich möchte nicht verschweigen, dass es im Bereich der Integration natürlich auch Probleme und Herausforderungen gibt. Diese Probleme müssen wir gemeinsam irgendwie lösen. Ich glaube aber doch, unser größter Fehler ist es, dass wir immer über die missglückten Fälle reden, dass wir zu viel über die Fälle, über die Zuwanderer reden, die Probleme mit sich bringen. Wir reden zu wenig über die Zuwanderer, bei denen die Integration einfach ganz gut klappt, bei denen sie vielleicht so gut klappt, dass wir gar nicht auf die Idee kämen, dass es sich dabei um Menschen mit Migrationshintergrund handelt.

Dazu möchte ich Ihnen zwei Beispiele nennen: In meiner Straße gibt es einen jungen Mann mit einem schwäbischen Spitznamen, der jedoch einen offensichtlich türkischen Rufnamen hat. Er hat in der evangelischen Kirche unseres Dorfes gehei-

(Andreas Glück)

ratet, kam jedoch als Muslim auf die Welt. Ich wage zu behaupten: Ein Großteil seines Umfelds hat nicht auf dem Schirm, dass er einen Migrationshintergrund hat.

Ich kann Ihnen auch ein Beispiel aus einem Krankenhaus nennen: ein syrischer Kollege, entsprechend mit syrischem Namen; er hat in Deutschland studiert. Am Anfang waren wir alle etwas kritisch, wie denn die Patienten auf der Schwäbischen Alb reagieren würden, wenn ein syrischer Arzt mit einem schwer aussprechbaren syrischen Namen kommt. Ich sage Ihnen jedoch: Das klappt hervorragend. Die Kollegen und – ganz wichtig – die Patienten mögen ihn, weil er ein guter Arzt ist. Er ist perfekt integriert.

Das sind die Themen. Wir müssen viel mehr über diejenigen reden, bei denen die Integration funktioniert. Wir müssen Mut machen und aufklären, wir dürfen nicht Ängste schüren und schon gar nicht zündeln.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ich weiß nicht, wer von Ihnen insgeheim ein kleiner Fan von Christian Lindner ist; möglicherweise sind dies mehr als die, die das jetzt offen zugeben können. Ein ganz zentraler Bestandteil der Dreikönigsrede von Christian Lindner – nicht weit weg von hier – war, dass wir Integration zukünftig mehr an den Chancen messen und unter diesem Aspekt verstehen sollten. Ich möchte Ihnen einmal erläutern, warum Integration für uns eine Chance bedeutet: Selbst wenn wir in Deutschland jedes Jahr 100 000 Zuwanderer hätten, also selbst wenn wir eine Zahl von 100 000 pro Jahr ansetzten, hätten wir in Deutschland im Jahr 2050 20 Millionen Einwohner weniger.

Übrigens – noch einmal zu dieser Angstdebatte –: Wir haben die Möglichkeit, schon jetzt auch EU-Ausländer auszuweisen, wenn sie es nur auf unsere Sozialsysteme abgesehen haben. Wenn EU-Ausländer nicht arbeitswillig sind, haben wir bis zu fünf Jahre lang die Möglichkeit, sie in ihre Heimatländer zu schicken. Dieses Instrumentarium haben wir bereits jetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Wir brauchen diese Zuwanderung. Baden-Württemberg muss ein Einwanderungsland sein, um zukünftig überleben zu können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland, und das ist gut so.

Ich fordere an dieser Stelle ganz klare Regeln. Schade, dass die Ministerin gerade telefoniert. – Ach nein, das tut sie gar nicht. Sie hört doch zu.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist eine Kamera! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wie kann sie denn telefonieren? Hier darf man gar nicht telefonieren!)

– Ach so. Es ist gut, dass Sie das wissen, Herr Vizepräsident.

An dieser Stelle fordere ich die Gesetzgeber in Land und Bund auf, auch klare Regeln für Baden-Württemberg als Zuwanderungsland zu schaffen. Wir leisten uns in Baden-Württemberg

ein eigenständiges Integrationsministerium. Da würde ich mir manches Mal noch ein bisschen mehr – wie soll ich sagen? – Drive wünschen, Frau Ministerin.

Ich wünsche, dass wir heute als Parlament ein gemeinsames Zeichen setzen: Wir wollen aufklären, wir wollen Mut machen, was Integration angeht, wir möchten nicht Ängste schüren, denn wir brauchen qualifizierte Zuwanderer. Dann können wir auch bei der Integration punkten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! 2014 ist ein Gedenkjahr, ein denkwürdiges Jahr. Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg, vor 75 Jahren begann der Zweite Weltkrieg.

Vor 25 Jahren fiel der Eiserne Vorhang. Zuvor gab es Freiheitsbewegungen im Osten Deutschlands, in Ungarn, in Polen. Aufgrund der Freiheitsbewegungen und des Freiheitsgedankens kam dann auch die europäische Einigung voran, sodass sich Europa, Kerneuropa, wenn man so will, heute vom Atlantik nahezu bis zum Schwarzen Meer erstreckt.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Die kommunistischen und die realsozialistischen Diktaturen sind zu Fall gebracht worden. Das war die Voraussetzung für das heutige Europa.

Europa ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Europa ist eine Freiheitsgemeinschaft, eine Wertegemeinschaft. Mit der Freiheit in Europa ist untrennbar die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union verbunden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist auch die Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft.

Wir haben aufgrund der demografischen Entwicklung bei uns einen aktuellen Bedarf auch an Fachkräften. Die Lösung hierfür besteht aus drei Punkten – ich will sie kurz skizzieren –:

Erstens: Wir müssen zunächst einmal die eigenen Potenziale nutzen. Ich habe erhebliche Bedenken, dass diese Landesregierung mit ihrer Schulpolitik in der Lage ist, die eigenen Potenziale zu nutzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Zweitens: Wir müssen auch das im Vergleich zu Nachbarländern brachliegende Potenzial von Frauen heben, die im erwerbsfähigen Alter sind. Da bedarf es mehr als nur Kinderbetreuung. Diese ist eine Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber ich würde schon erwarten, dass die Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft, den beruflichen Schulen, den Verbänden, Volkshochschulen etc. Anstrengungen unternimmt, um wieder mehr Frauen in das Be-

(Peter Hauk)

rufsleben einzugliedern und somit auch einen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels zu leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Drittens: Wir brauchen Zuwanderung. Baden-Württemberg und Deutschland waren, sind ein Zuwanderungsland. Ohne Italiener, ohne Spanier, ohne Portugiesen, ohne Kroaten, ohne Türken, ohne Russlanddeutsche

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ohne Vertriebene!)

wäre Baden-Württemberg nicht das Wirtschaftsland Nummer 1 in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb haben wir von der CDU in Land und Bund auch auf eine funktionierende Integrationspolitik stets großen Wert gelegt.

In Baden-Württemberg ist Integration gelungen – übrigens auch, bevor es hier ein Integrationsministerium gab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die Volksabstimmung in der Schweiz, deren Ergebnis wir bedauern, hat gezeigt, wie sich Menschen entscheiden, wenn sie von der Politik nicht mitgenommen werden. Integration bedarf daher eben auch der Akzeptanz der hiesigen Bevölkerung und der Menschen in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Freizügigkeit und freier Warenverkehr sind die Grundpfeiler der europäischen Integration. Die Menschen und die Wirtschaft profitieren hiervon in hohem Maß. Sie ist auch die Chance, den Fachkräftemangel zu beheben – eine Chance für die Menschen in Europa, eine Chance für die Wirtschaft in Deutschland.

Der Fachkräftemangel darf auf keinen Fall zu einer Wirtschaftsbremse in Deutschland und in Baden-Württemberg werden. Deshalb ist die Freizügigkeit in der Europäischen Union eine Chance, und niemand will sie einschränken. Freizügigkeit heißt aber nicht, Armutszuwanderungen in die jeweils besten Sozialsysteme zuzulassen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! So ist es! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Freizügigkeit heißt freie Wahl seines Wohn- und seines Arbeitsorts und die Möglichkeit, sich niederzulassen und vom eigenen Einkommen zu leben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wie soll das funktionieren?)

Daher fordern wir auch eine konsequente Umsetzung des europäischen Rechts, damit die Freizügigkeit nicht ausgehöhlt wird.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Es gibt einem schon zu denken, wenn in Belgien, diesem kleinen Land mit elf Millionen Einwohnern, jährlich 5 000 Menschen – darunter auch Unionsbürger – in ihre Heimat zurückgeführt werden, weil sie sich nicht an europäisches Recht halten. In Deutschland sind es gerade einmal 1 000. Es müssten aber, wenn man einen Größenvergleich anstellt – Deutschland ist achtmal so groß wie Belgien –, 40 000 sein. Das deutet doch darauf hin, dass wir keine Rechtsdefizite haben. Vielmehr haben wir Vollzugsdefizite in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das hat auch etwas mit dem Gutmenschentum der SPD und der Grünen zu tun, die in den meisten Ländern in Deutschland regieren und es offensichtlich nicht schaffen, diese Vollzugsdefizite zu bereinigen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie wissen aber schon, dass das Aufenthaltsrecht Bundesangelegenheit ist, Herr Hauk? Sollen wir Ihnen das noch einmal erklären? – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Das Gutmenschentum sichert nicht, sondern es belastet das Recht auf Freizügigkeit. Es belastet die Akzeptanz, wenn der Missbrauch nicht abgestellt wird.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Darüber muss man auch sprechen dürfen.

Aussichtslose Asylfolgeanträge, Hartz-IV-Aufstockungen, Scheinselbstständigkeiten etc. führen doch schon heute zu menschenunwürdigen Situationen für die Einwanderer, für die Zuwanderer, die darunter leiden müssen.

Mit Menschenwürde hat es auch nichts zu tun, wenn sich Asylverfahren ewig hinziehen. Frau Öney und Herr Ministerpräsident, ich kann Sie nur ermuntern: Bereiten Sie diesen ewig langen Asylverfahren endlich ein Ende!

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Auch Bundesangelegenheit!)

Die Menschen in diesem Land brauchen Sicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist aber Aufgabe des Vollzugs. Da besteht ein Vollzugsdefizit, und dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie erzählen das Blaue vom Himmel!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen darüber hinaus auch eine moderne Einwanderungspolitik.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Klassische Einwanderungsländer wie Kanada und Australien haben ein qualifiziertes Punktesystem. Damit haben sie gute Erfahrungen gemacht; es werden gezielt Fachkräfte angeworben und gezielt Fachkräfte in das Land geholt. Hierzu gehört auch die schnelle Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen. Da kann ich nur sagen: Wir brauchen den

(Peter Hauk)

Mut, auch Einwanderung ein Stück weit nach Bedarf mitzusteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dazu kann ich Sie – Sie verweigern sich da nämlich – nur aufordern. Einwanderung und Zuwanderung dürfen nicht dem Zufall überlassen werden oder vom Zufall abhängen; diese Prozesse müssen gesteuert sein.

Wir brauchen gute Arbeitskräfte, wir brauchen gute Ingenieure, wir brauchen gute Pflegekräfte. Unsere Krankenhäuser würden doch schon heute zum Teil gar nicht mehr funktionieren, wenn es nicht gelungen wäre, gute Pflegekräfte anzuheuern, anzuwerben, die sich in unserem Land auch wohlfühlen.

Das Thema Wohlfühlen hängt nicht nur vom Arbeitseinkommen ab. Zum Thema Wohlfühlen gehört auch, dass wir in Baden-Württemberg eine Willkommenskultur verstärkt ausbauen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Andrea Lindlohr und Muhterem Aras GRÜNE)

Dafür müssen nicht nur die finanziellen und die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

sondern muss auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Zuwanderung hergestellt werden. Das ist doch der Punkt. Das beginnt im Ehrenamt – die Kollegin Gurr-Hirsch ist hierzu parlamentarisch initiativ geworden –, das beginnt beim bürgerschaftlichen Engagement.

Es gibt viele Bereiche außerhalb des beruflichen Spektrums, in denen das Thema Willkommenskultur angegangen werden muss. Aber das muss man auch aktiv tun. Dieses Thema muss man aktiv fördern. Da haben wir vonseiten der Politik die Aufgabe, die Menschen, die sich entscheiden, hier leben und arbeiten zu wollen, aufzunehmen und sie in die Gesellschaft zu integrieren.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Diesen Satz können Sie sich einrahmen!)

Die Schweizer haben auf die Frage reagiert: Was passiert, wenn die Politik offensichtlich keine Antworten liefert? Deshalb war die Volksabstimmung in der Schweiz auch in Deutschland ein Warnschuss – und zwar gerade für uns als Politiker.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist Ihre Schwesterpartei!)

Es ist nicht etwa so, dass wir Ressentiments pflegen würden – überhaupt nicht. Es geht vielmehr darum, dass wir als Politiker aufgefordert sind, unsere Gesellschaft auf dem Weg der Zuwanderung und der Integration mitzunehmen. Das ist die entscheidende Botschaft; da darf es keine Lücken geben, und es darf keine Defizite geben. Das müssen auch SPD und Grüne endlich einsehen.

Es geht nicht nur darum, sich gegenüber denjenigen, die kommen, als Gutmenschen zu zeigen, sondern es geht auch darum, dass diejenigen, die bereits hier sind, ebenfalls einen Beitrag dazu leisten müssen, dass Menschen gut aufgenommen

werden. Wir müssen auf diesem Weg auch die Bevölkerung in unserem Land mitnehmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, es ist doch nicht unwahr, dass es Sorgen und Unsicherheiten auch bei den Menschen in unserem Land gibt. Dies auszusprechen ist doch kein Tabubruch. Ich wehre mich dagegen, dass jeder, der dies ausspricht, sofort in eine rechte Ecke gestellt wird. Das muss man auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Wir dürfen meines Erachtens nicht nur fragen: „Was kann der Staat tun, damit sich Menschen engagieren?“, sondern wir müssen auch unsere Erwartungen an die Menschen, die zu uns kommen, formulieren. Zu diesen Erwartungen gehört der Wille, die Sprache zu erlernen. Eine weitere Voraussetzung ist die, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und unsere Gesetze zu achten, sie zu akzeptieren und zu respektieren. Außerdem gehört dazu die Bereitschaft, sich nicht abzuschotten und keine Parallelgesellschaften aufzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dies sind die drei entscheidenden Punkte, die wir erwarten. Es ist doch nicht falsch, wenn man solche Erwartungshaltungen auch gegenüber Zuwanderern formuliert. Die meisten von ihnen halten sich ohnehin daran.

Herr Kollege Glück hat vollkommen recht: Wir reden viel zu wenig über die Dinge, die geglückt sind, und wir reden viel zu viel über Missstände, und zwar deshalb, weil es der Regierung nicht gelingt, die Vollzugsdefizite abzubauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Bemühen muss von allen Seiten aus erfolgen. Es ist die Aufgabe der Politik, die Diskussion über Rahmenbedingungen zu führen, wenn dies geboten ist. Eine freiheitliche Gesellschaft muss eine solche Diskussion auch aushalten – offen und ohne Vorurteile. Wir kommen in der Integrationspolitik nicht voran, wenn kritische Wortmeldungen sofort bewertet und über sie geurteilt wird und wenn solche Wortmeldungen abqualifiziert werden.

Die CDU-Fraktion ist die einzige Fraktion, die sich für die Zuwanderung und für die Integrationspolitik klare Leitlinien gegeben hat.

(Widerspruch bei den Grünen)

– Sorry, von Ihnen fehlt da jegliche Spur. Wir wissen nur, dass die Integrationsministerin die Asylbewerber verwaltet. Von Gestaltung ist keine Rede.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Deshalb fordern wir Sie auf: Handeln Sie endlich! Sie sind die Adressaten; Sie haben die Verantwortung. Handeln Sie endlich! Nehmen Sie die Menschen im Land mit. Nehmen Sie

(Peter Hauk)

die Menschen im Land ernst. Zeigen Sie endlich Lösungen auf. Am besten wäre es, wenn Sie unsere Vorschläge übernehmen. Dann wird es gut.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Lede Abal.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der FDP/DVP – Entschuldigung, es sind ja nur Kollegen – für diese Aktuelle Debatte zu integrationspolitischen Fragen. Dabei hat dieses Thema ja ausdrücklich nicht nur integrationspolitische, sondern auch wirtschaftspolitische und europapolitische Bezüge.

Herr Hauk, ich weiß nicht genau, welchen Ihrer Vorschläge wir denn aufnehmen sollen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Jeden!)

Ist es der Vorschlag, Teile des zur Abstimmung gestellten Referendums in der Schweiz zu unterschreiben? Ist das Ihr Ernst? Ich tue mich auch wirklich schwer, Ihren Auftritt hier einzuordnen. Denn Sie haben sich als einer von wenigen positiv auf diese Abstimmung in der Schweiz bezogen, anders als Ihre Kollegen in der CDU, anders als Kollegen der CDU hier im Land, und auch ganz anders als die Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion im Integrationsausschuss, so, wie wir sie bisher wahrgenommen haben. Wir fragen daher, aus welchen taktischen oder strategischen Überlegungen heraus Sie nun diese Nummer gezogen haben.

Wir hatten in den vergangenen Jahren bei allen Unterschieden in der Sache hier im Landtag einen Konsens darüber, wie wir mit Fragen von Einwanderung, Migration und Integration umgehen. Wir waren dabei gemeinsam der Auffassung, dass wir integrationspolitische Versäumnisse vieler Jahre aufzuarbeiten haben. Einig waren wir uns auch darin, welche große Bedeutung die Einwanderung für uns hat. Denn wir sind eine offene Gesellschaft; Einwanderung hilft uns bei unserer demografischen Entwicklung, und unsere Sozialsysteme und ganz besonders auch unsere Wirtschaft, die Unternehmen hier im Land sind darauf angewiesen.

Wir können mit Recht darauf verweisen, dass Integrationspolitik in Baden-Württemberg seit vielen Jahren erfolgreich ist, beginnend mit der Zeit der Eingliederung der Vertriebenen, fortsetzend mit der nachfolgenden Generation von Gastarbeitern, Asylbewerbern etc. Dies gilt bis heute mit Blick auf die Zuwanderung, wie wir sie jetzt aktuell haben. Wir können mit Recht darauf verweisen, dass wir hier sehr gute Rahmenbedingungen haben.

Sie, Herr Hauk, haben diesen Konsens verlassen. Sie haben ganz bewusst mit markigen Sprüchen versucht, Stimmungen zu bedienen, so, wie es auch die CSU tut. Sie haben hier nicht etwa irgendwelche Dinge ausgesprochen. Sie haben unterschrieben. Sie haben sozusagen verbal unterschrieben. Sie haben verbal das unterschrieben, was in der Schweiz zur Abstimmung stand – ganz im Gegensatz beispielsweise zu Ihrer Kollegin in Rheinland-Pfalz, Julia Klöckner.

Es lohnt sich, glaube ich, schon einmal, Ihre Motive in dieser Sache zu beleuchten. Sie sind angeblich ja der Vormann des liberalen Flügels in der Union – der sich nun aber der nationalistischen Sache der Schweizerischen Volkspartei andient.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ein Schwachsinn!
– Abg. Peter Hauk CDU: So ein Blödsinn!)

Das nehmen wir zur Kenntnis. Sie, Herr Hauk, haben kurz vor knapp und vor der Neuwahl zum Fraktionsvorsitzenden offensichtlich mit Blick auf die 2016 anstehende Landtagswahl einmal Bilanz gezogen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ein völliger Schwachsinn, was Sie da erzählen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Setzen, Sechs!)

Strobl hat sein Projekt „Frauen im Fokus“. Wolf hat sein Projekt „Landtag vor Ort“. Da braucht Herr Hauk nun auch ein Profilthema. Sie haben eine solche Profilbildung schon einmal versucht; Sie hatten dies „Nationalpark im Visier“ genannt.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das war ein Griff ins Klo. Das muss man zu der Art und Weise sagen, wie Sie das gemacht haben. Dann musste dringend ein neues Thema her. Dabei war es egal, dass dieses Thema etwas anrühlich war und von der SVP kam.

(Abg. Peter Hauk CDU: So ein Blödsinn! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Also, Leute! – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Es reicht jetzt!)

Nun heißt das Thema: „Ausländer im Fokus“. Das ist nun das Thema, das Sie sich für Ihre Profilbildung gesetzt haben. Ich glaube, wir werden gut daran tun – auch die CDU wird sehr gut daran tun –, diesen Pfad sehr schnell wieder zu verlassen und uns, auch im Interesse der Wirtschaft, auf Fragen der Integration und der Einwanderung einzulassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir erfahren aus der Wirtschaft, aus den Reihen von Handwerk und Verbänden, vonseiten der Betriebe, dringende Appelle, uns dieser Sache nicht anzudienen und keinen solchen Zungenschlag, keine solche schrille Note hineinzubringen. Herr Hauk, Sie haben dieser Versuchung nicht widerstehen können. Ich würde mir von Ihnen in der zweiten Runde wünschen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hat keine mehr!)

dass Sie von dieser Position deutlicher abrücken, als Sie dies bisher getan haben. Denn ich glaube, Sie haben sich damit keinen Gefallen getan.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Kolleginnen und Kollegen! Ich darf ein paar Gedanken zum Thema des heutigen Vormittags äußern. Dieses Thema ist, wie man auch an den Redebeiträgen gemerkt hat, nicht ganz ein-

(Peter Hofelich)

fach zu fassen. Denn dabei kommen ganz unterschiedliche Aspekte hoch. Am Anfang ist man also schon gezwungen, auf das einzugehen, was dabei nun so angekommen ist.

Herr Hauk, ich will Ihnen einmal Folgendes sagen: Ich habe Ihre Rede als ein Hin- und Herschwanken zwischen ökonomischer Einsicht und politischen Ressentiments empfunden. Sie finden Ihre eigene Position nicht. Ich meine, die Position muss die sein, dass die gesellschaftliche Einsicht bestehen muss, dass das, was wir hier besprechen, notwendig ist. Ich sage Ihnen auch: Wir sind hier keine Gutmenschen, sondern wir sind Realisten. Das ist es, worum es hier geht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir tun hier im Land die Dinge, die notwendig sind; auch das will ich sagen. Wenn Sie sagen, die Potenziale würden nicht erschlossen, und das mit einem kurzen Seitenhieb auf die Schulpolitik verbinden, frage ich Sie: Haben Sie jemals von der Fachkräfteallianz gehört, Herr Kollege Hauk? Haben Sie schon einmal davon gehört, dass es über 3 000 Ausbildungsbotschafter gibt? Haben Sie gehört, dass wir die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ stärken? Haben Sie gehört, dass wir im Ausland gezielte Werbeaktionen machen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wissen wir alles! Aber es bleiben viele Fragen übrig! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sind Sachen, die wir eingeführt haben!)

Wir tun etwas für die Förderung der Potenziale. – Es gibt noch viel mehr, Herr Röhm. Versuchen Sie doch gar nicht erst, dazwischenzureden.

Es passiert vieles – übrigens gemeinsam –, es passiert etwas. Das darf nicht in Abrede gestellt werden. Wir heben die Potenziale hier im Land. Das ist das Wichtigste; das ist die erste Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da bleiben noch welche übrig!)

Baden-Württemberg ist, meine Damen und Herren – ich finde, das sollten wir hier einmal gemeinsam feststellen –, ein wirtschaftsstarkes Land, und Baden-Württemberg ist ein weltoffenes Land. Dies beides kann nicht gegeneinander in Stellung gebracht werden; vielmehr bedingt sich beides gegenseitig. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn man diese Einsicht hat und dies umsetzen will, muss man die Köpfe und die Herzen der Menschen erreichen. Da darf man nicht damit anfangen, Kopf und Bauch gegeneinander auszuspielen. Darum geht es; das will ich Ihnen an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Unser Land wird keine Rosinenpickerei machen können. Das mag ein Bergvolk versuchen; Deutschland ist die größte Ökonomie in Europa, und Baden-Württemberg ist das wirtschaftsstärkste Bundesland, die wirtschaftsstärkste Region in Europa – jedenfalls strengen wir uns an, das zu sein. Wir können keine Rosinenpickerei machen.

Ich finde es toll, dass die FDP/DVP eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema für die heutige Sitzung beantragt hat. Das ist mutig. Es gibt auch gute Aussagen. Aber es ist ein bisschen rührend, wenn man dann sieht, wie sozusagen das Zentralorgan, der Leuchtturm des Schweizer Freisinns, die „Neue Zürcher Zeitung“, fragt: „Warum seid ihr unseren rationalen Argumenten nicht gefolgt?“ So etwas kann man hören. Wenn ich Kolumnist wäre, würde ich sagen: Die Pfeffersäcke haben die Spießbürger verloren.

An den Ereignissen in der Schweiz sieht man – das ist die Erkenntnis –, dass man seine Überzeugungen nicht allein darauf gründen kann, dass sich das ökonomisch rechnen muss. Vielmehr ist klar: Wir brauchen in unseren hiesigen europäischen Ökonomien auch soziale Mindeststandards. Wir brauchen einen Mindestlohn, wir brauchen ein Tarifreuegesetz, wie wir es gemacht haben. Das schafft Sicherheit, um sich als Individuum in dieser offener gewordenen Welt tatsächlich gut bewegen zu können. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt komme ich in wenigen Sätzen noch einmal auf die Fakten zu sprechen, damit wir das Thema vielleicht auch einmal eingrenzen können. Der Fachkräftemangel in Baden-Württemberg ist im Vergleich mit dem im gesamten Bundesgebiet überdurchschnittlich groß. Was wir vor allem brauchen, sind dual ausgebildete technische Facharbeiter. Deswegen noch einmal das Lob der dualen Ausbildung. Auf diese kommt es an, auch mit Blick auf die Werbung im Ausland. Potenzial aus dem Ausland steht als zweite Säule neben dem einheimischen Potenzial zur Debatte. Wir brauchen Ingenieure, Informatiker, Pflegekräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher.

Deswegen freue ich mich über diese Debatte. Ich freue mich auch darüber, dass der Ausschuss für Europa und Internationales morgen als gemeinsame Initiative über die Mobilität und Mobilisierung von Fachkräften in Europa reden wird. Ich freue mich, dass der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft in der vorvergangenen Woche in Spanien war und sich diese Themen vorgenommen hat.

Das, was wir derzeit an Fachkräftemangel spüren, mag eine Folge der starken, der guten Konjunktur sein. Aber es scheint schon auf, dass wir uns irgendwann, etwa ab 2020 – Stichwort Demografie –, natürlich mit der strukturellen Frage beschäftigen müssen: Wie können wir es schaffen, einen attraktiven Standort für Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, zu bieten?

Deswegen ist alles, was wir heute tun, nicht nur ein reines Bedienen von Arbeitspotenzialen. Vielmehr ist es eine wichtige Weichenstellung, welches Signal das weltoffene Baden-Württemberg nach außen sendet, wie wir selbst sind, damit wir für andere attraktiv sind. Glaubt denn jemand, alle sitzen auf gepackten Koffern, um nach Baden-Württemberg zu kommen? Das ist nicht unbedingt der Fall. Die Frage ist, wie attraktiv Baden-Württemberg ist. Darum geht es im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Zwischen 2000 und 2009 hatten wir einen Rückgang der Zahl der Beschäftigten, die zugewandert sind, zu verzeichnen. Zwi-

(Peter Hofelich)

schen 2010 und 2013 hatten wir einen Zuwachs von 30 000 Menschen im Jahr. Es sind vor allem Polen, Ungarn und Rumänen. Die meisten dieser Zuwanderer sind qualifiziert. Ein Zuwachs, Herr Hauk und alle anderen, liegt auch darin, dass unter denen, die im Jahr 2000 zu uns gekommen sind, erst 60 % Fachkräfte waren, während es im Jahr 2013 fast 80 % Fachkräfte sind, Personen, die einen Bildungsabschluss haben, der sich in diese Richtung deuten lässt.

Deswegen: Es gibt keine nennenswerte Zuwanderung in die Sozialsysteme. Es gibt eine attraktive Anziehungskraft hier bei uns in Deutschland und in Baden-Württemberg für Fachkräfte, die etwas können. Wir wollen auch, dass sie bei uns sind; denn wir sind auf einen Austausch angewiesen.

Für Baden-Württemberg gilt zudem, dass die Arbeitslosenquote bei den hier lebenden Migrantinnen und Migranten von 8,2 % im Jahr 2010 auf 5,5 % im Jahr 2012 zurückgegangen ist.

Das sind die nackten Zahlen, mit denen wir umgehen müssen. Diese Zahlen taugen nicht dazu, dass jemand – weil in Bayern bald Kommunalwahlen stattfinden – einfach sagen kann: „Wer betrügt, der fliegt.“ Es ist besser, wenn wir hier in Baden-Württemberg sagen: Wir wollen alle Menschen bei uns haben, die sich selbst mit ihrer Arbeit verwirklichen wollen – übrigens nicht „rosinengepickt“ nach Berufen; denn ich glaube, dass wir auf Dauer für relativ viele Berufe Personen anziehen müssen. Das darf man auch nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen will ich Ihnen einfach nur sagen, was auf dem Weg ist, was man tun kann. Wir haben, denke ich, auf der Gesetzgebungsseite keine Defizite mehr. Das Zuwanderungsrecht für Fachkräfte von außerhalb der EU ist in Deutschland geregelt. Die Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Berufsabschlüsse wurden im Bund im Jahr 2012 geregelt. Bezogen auf die landesrechtlich zu regelnden Berufe wurde dies, Frau Ministerin, Ende 2013 hier im Landtag vollzogen. Wir haben hier die Hausaufgaben gemacht.

Das Nächste, was zu tun ist, betrifft die Willkommenskultur. Ich freue mich, dass der Innenminister einen Leitfaden für eine Willkommenskultur im Verwaltungsalltag herausgegeben hat. Das ist das, was viele der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die zu uns kommen, sozusagen als erste Station sehen.

Ich freue mich, dass sich der dritte Sektor – z. B. alles, was zu Wohlfahrtsverbänden gehört – tatsächlich anstrengt, etwa die Beratungsstellen, wenn es um die Berufsqualifizierung geht.

Die Landesregierung und die sie tragende Koalition machen Pilotprojekte. Wir versuchen, ausländische Studierende in Baden-Württemberg zu halten; derzeit verlassen 60 % dieser Studierenden das Land nach ihrem Studium wieder. Wir versuchen, qualifizierte Menschen, die das Land bereits kennen, die die Sprache kennen, hier zu halten. Wir führen Rekrutierungsmaßnahmen im Ausland durch, etwa für Ingenieure oder Facharbeiter, durch die regionalen Fachkräfteallianzen. Es ist wichtig, dass man dabei so früh wie möglich die Sprache, aber auch die kulturelle Annäherung einbezieht.

Wir haben jetzt die große Initiative in Bezug auf die Welcome Center, die es in ganz Baden-Württemberg geben wird. Wir sind ja gemeinsam der Meinung, dass dies eine gute Sache ist. Die Welcome Center verfolgen sozusagen einen ganzheitlichen Ansatz: Von der Wohnung über die Arbeit bis hin auch zur Schule wird alles gemeinsam betrachtet. Die Welcome Center sind eine wichtige Sache.

Ich sage an dieser Stelle, meine Damen und Herren: Für uns ist wichtig, dass wir das gesamte Bündel von Maßnahmen, das sich auch noch weiterentwickeln wird, in einem Klima der Weltoffenheit in Baden-Württemberg vorantreiben. Die Zukunft Baden-Württembergs wird nicht allein, Kolleginnen und Kollegen, die sein, dass Menschen in aller Welt sagen: „Na ja, das ist die Exportnation, die die Autos verkauft“, und sie gelegentlich zu uns kommen – Monteure, Personen, die auf Montage sind oder etwas verkaufen wollen. Die Zukunft Baden-Württembergs ist nicht das Exportland.

Die Zukunft Baden-Württembergs ist das Land der internationalen Wirtschaft. Hier bei uns wird vieles passieren, was sich auf Export und Import bezieht. Wir sind auf dem Weltmarkt unterwegs und haben Anziehungskraft für Menschen unterschiedlicher Kulturen, an den Hochschulen oder auch in den Berufsstätten, die es in Baden-Württemberg gibt. Baden-Württemberg wird weltweit eine der stärksten Regionen für den internationalen Austausch sein.

Es gibt einen alten Witz von Erwin Teufel: Ein schwäbischer oder badischer Unternehmer, der in Australien Geschäfte macht und am Freitag nicht mehr zurückfliegen kann, sitzt im Hotel in Sydney und jammert: „Jetzt hocke ich hier in Sydney; ich müsste zu Hause eigentlich Bäume schneiden.“

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Dieser Witz kommt immer wieder gut an. Aber er entspricht leider nicht mehr der Realität für die Zukunft. Die Realität ist eine ganz andere, nämlich die, dass wir weltoffen sind, dass wir Menschen sind, die sich auch in anderen Teilen der Welt gern bewegen. Dieses Signal auszusenden ist wahnsinnig wichtig. Es ist aber auch wichtig, dies im Selbstverständnis zu haben. Wir werben dafür, Herr Hauk und alle anderen, dass wir nicht das, was unsere ureigenste Führungsaufgabe ist, versäumen, sondern dass wir die Menschen tatsächlich mitnehmen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, das ist Ihre Aufgabe!)

– Das ist unsere Aufgabe. – Das Mitnehmen heißt: Wir machen konkrete Projekte, die Mut machen, die anstecken. Wir haben eine klare politische Haltung, was Toleranz und Weltoffenheit in diesem Land angeht. Das ist die wichtigste Voraussetzung dafür, ein wirtschaftsstarkes Land zu sein. Meine Damen und Herren, ich glaube, das sollte unsere gemeinsame Überzeugung sein.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Öney.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns offenbar darin einig, dass wir Zuwanderung brauchen. Das ist gut; denn dann können wir unsere Energie darauf verwenden, Zuwanderer in Baden-Württemberg willkommen zu heißen, zu integrieren und uns auch darum zu kümmern, dass das Zusammenleben in dieser vielfältigen Gesellschaft funktioniert, Herr Hauk.

Hoch qualifizierte Fachkräfte sind weltweit begehrt und gesucht – auch hier; das ist klar. Deshalb muss Baden-Württemberg für diese Menschen ein attraktiver Standort sein. Das macht sich nicht nur am Verdienst fest; denn da gibt es offenbar auch attraktivere Standorte wie z. B. die Schweiz.

Wichtig ist aber auch das Umfeld, das offen für Zuwanderer sein muss. Da müssen wir, glaube ich, nicht in die Schweiz schauen; da haben wir auch hier im Land schon einiges auf den Weg gebracht.

Dass qualifizierte Zuwanderer rasch eine passende Stelle finden, liegt nicht nur in ihrem eigenen Interesse; es liegt auch im Interesse der Wirtschaft und im Interesse des Landes. Mit dem Landesenerkennungsgesetz haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Migrantinnen und Migranten hier noch schneller in ihrem ursprünglichen Beruf tätig werden können. Jetzt gibt es einen Anspruch auf Prüfung der Gleichwertigkeit ausländischer Abschlüsse. Der Bescheid muss innerhalb von drei Monaten erfolgen.

Wir haben darüber hinaus die Zuständigkeiten gebündelt, um die komplizierte Suche nach der zuständigen Stelle zu erleichtern. Zusätzlich waren uns eine gute Beratungsstruktur und ein flächendeckendes Beratungsnetzwerk wichtig.

Da Baden-Württemberg aufgrund der hohen Industriedichte bereits heute stärker als andere Länder vom Fachkräftemangel betroffen ist, müssen wir Fachkräftereserven mobilisieren, also auch ältere Arbeitnehmer, mehr Frauen und natürlich auch mehr Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte. Genau zu diesem Zweck wurde Ende 2011 die Fachkräfteallianz ins Leben gerufen; sie wurde hier auch schon angesprochen. Sie bringt all diejenigen zusammen, die einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten können.

Im Rahmen der Fachkräfteallianz fördert das Land auch den Aufbau von insgesamt elf Welcome Centern für internationale Fachkräfte. Das Pilotprojekt umfasst Welcome Center in zehn Regionen Baden-Württembergs und ein landesweites Welcome Center speziell für den Pflegebereich und das Erziehungswesen, also auch Mangelberufe und Berufe, bei denen wir unbedingt auf Fachkräfte angewiesen sind. Zuwanderer und Interessierte bekommen dort eine erste Orientierung zum Leben und zum Arbeiten und können schnell an die richtigen Stellen weitergeleitet werden.

Aber es lohnt sich auch, auf den Flüchtlingsbereich zu schauen. Die Verkürzung der Asylverfahren ist auch in unserem Interesse. Das hat nichts mit Gutmenschentum zu tun.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann machen Sie doch etwas! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Er hat es immer noch nicht verstanden!)

Da ist aber die Bundesregierung gefragt, weil die Bundesregierung für die Asylverfahrensgesetzgebung zuständig ist.

Auch das BAMF fällt nicht in meine Zuständigkeit. Aber so, wie ich gehört habe, arbeitet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge daran, die Zahl der Entscheider zu erhöhen. Zudem will die neue Bundesregierung laut Koalitionsvertrag Asylbewerbern und Geduldeten bereits nach drei Monaten den Zugang zum Arbeitsmarkt erlauben. Daher ist es wichtig, dass man auch dieser Personengruppe den frühen Spracherwerb ermöglicht. Denn niemand wird ohne Deutschkenntnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß fassen.

Der Koalitionsvertrag sieht die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern beim Spracherwerb vor. In Baden-Württemberg rennt der Bund damit offene Türen ein. Denn wir haben das bereits im Flüchtlingsaufnahmegesetz geregelt. Wir möchten, dass die Flüchtlinge während der vorläufigen Unterbringung Gelegenheit bekommen, unentgeltlich Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu erwerben.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wenn der Bund hier länderübergreifende Konzepte entwickeln möchte und auch bereit ist, diese solide zu finanzieren, freuen wir uns natürlich auf die Zusammenarbeit.

Zuwanderung – auch von Fachkräften – zieht allerdings nicht automatisch Integrationserfolge nach sich. Da sind wir uns auch einig. Zuwanderung ist zunächst auch mit Herausforderungen verbunden. Daher ist es wichtig, die Akteure klar zu benennen, die Spielregeln zu definieren und die Zielrichtung vorzugeben. Das kann ein Partizipationsgesetz leisten.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, qualifizierte Zuwanderung als Chance zu begreifen und bei der Integration als Land insgesamt zu punkten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Glück.

(Zuruf von der SPD: Er kann es kurz machen! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Kurz oder gar nicht!)

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Es gab nun von allen Seiten positive Worte zu dem Thema Integration. Es gab von allen Seiten das Bekenntnis zu Baden-Württemberg als Einwanderungsland. In diesem Sinn halte ich die Aktuelle Debatte, die von uns beantragt wurde, für einen vollen Erfolg.

Was mich natürlich ganz besonders gefreut hat, ist, dass Sie, werter Kollege Lede Abal, sagten, Integration sei in Baden-Württemberg bereits seit vielen Jahren erfolgreich. Das ist in der Tat so. Sie haben da die Neunzigerjahre angesprochen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nein, ich habe vorher gemeint!)

– Noch früher. Dann ist es ja umso besser und umso großzügiger von Ihnen, dass Sie das so positiv erwähnen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Gell? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war auch proaktiv für die Vertriebenen! – Gegenruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: „Proaktiv“!)

(Andreas Glück)

Frau Ministerin, klar ist, dass wir hier noch einen langen Weg vor uns haben. Sie haben gerade gesagt, das Landesanererkennungsgesetz wäre ein Beispiel. Das ist insofern ein schönes Beispiel, als ich Ihnen daran aufzeigen kann, was ich meine, wenn ich fordere, man müsste etwas mehr Power an den Tag legen. Es hat unheimlich lange gebraucht, das Landesanererkennungsgesetz einzuführen.

Es ist aber auch nicht mit dem Landesanererkennungsgesetz als solchem getan. Vielmehr ist es erforderlich, dass nicht nur die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse, sondern die Zuwanderung nach Deutschland insgesamt klar geregelt wird. Wir brauchen klare Regeln. Wir brauchen meinetwegen auch eine gewisse Steuerbarkeit. Wenn manche Berufsgruppen bei uns besonders gefragt sind, muss man mit Sicherheit über ein Verfahren nachdenken, wie man es aus Kanada kennt, mit einem Punktesystem mit unterschiedlichen Gewichtungsfaktoren.

Tatsache ist aber, dass wir bei der Integrationspolitik nicht weiter mit angezogener Handbremse fahren dürfen, sondern richtig Gas geben müssen. Frau Ministerin, es hat sich ja nun in Berlin ein bisschen was verändert. Sie sagen, die Bundesregierung sei dafür verantwortlich. Möglicherweise haben Sie nun einen besseren Draht zum BAMF, seit in Berlin eine neue Koalition an der Regierung ist. Ganz kommen Sie da nicht heraus. Auch Ihre Partei ist an der Bundesregierung beteiligt.

Am Schluss möchte ich noch ein Beispiel geben, das aufzeigt, warum es unglaublich wichtig ist, dass man das Positive an der Integration in den Vordergrund stellt. Sie wissen vielleicht, dass ich im „richtigen Leben“ Chirurg bin.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Martin Rivoir SPD: Da sollten Sie einmal einen Eingriff machen!)

Da macht es keinen Sinn, wenn ich bei einem Aufklärungsgespräch vor einer Operation nur auf die Risiken hinweise, die ein operativer Eingriff mit sich bringt, wenn ich verpasse, zu sagen, dass die Operation vielleicht auch einen Nutzen und einen Sinn hat.

(Abg. Manfred Groh CDU: „Vielleicht“! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: „Vielleicht“ ist gut!)

Es ist ganz wichtig, das hervorzuheben. Das Gleiche gilt für den Bereich der Integration.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Lede Abal.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wir sollten doch noch einen Blick darauf werfen, wie die Einwanderung nach Baden-Württemberg funktioniert, um zu verstehen, welche Menschen zu uns kommen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Vertreter der heimischen Wirtschaft werben Absolventinnen und Absolventen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im

Ausland aktiv an. Sie treffen gerade in den Krisenländern Europas – Spanien, Griechenland, Portugal – auf einen Arbeitsmarkt, der am Boden liegt, der die am besten ausgebildete Generation, die in diesen Ländern jemals zur Verfügung stand, nicht aufgreifen kann. Diese Menschen hangeln sich dort in Praktika – teils bezahlt, teils unbezahlt – durch, halten sich im Niedriglohnssektor über Wasser, ziehen wieder bei ihren Eltern ein, sind über Jahre hinweg arbeitslos und schaffen nie einen richtigen Einstieg ins Erwerbsleben. Für diese Menschen ist es eine große Chance, nach Deutschland zu kommen.

Aber das bringt natürlich auch Notwendigkeiten mit sich, beispielsweise beim Spracherwerb. Die Ausbildung, die diese Personen mitbringen – Kollege Hofelich hat vorhin in seiner Rede auf den Wert und die Bedeutung der dualen Ausbildung explizit hingewiesen – Wenn diese Menschen hier nicht „andocken“ können, weil sie die nötigen Sprachkenntnisse nicht haben – der Spracherwerb ist in diesen Ländern deutlich schwieriger, auch weil es dort in den Schulen nicht diese Tradition des Fremdspracherwerbs gibt wie beispielsweise hier in Deutschland –, dann fallen diese Menschen hier durchs Raster, relativ gleichgültig, ob es Ingenieure, Krankenpfleger, Altenpfleger, Ärzte, Techniker oder Angestellte in der Gastronomie sind. Wenn sie hierherkommen, brauchen sie sprachliche Schulung, teilweise auch fachliche Schulung, weil die Ausbildungsgänge nicht kongruent sind. Wir haben mit dem vom Integrationsministerium erarbeiteten Landesanererkennungsgesetz ein wertvolles Mittel geschaffen, um daran zu arbeiten.

Die Firmen, die diese Leute anwerben, investieren in erheblichem Maß in diese Menschen, etwa in die sprachliche Ausbildung, die fachliche Schulung, auch in die Weiterbildung. Sie setzen diese Menschen ein. Viele machen dann auch internationale Karrieren. Es ist vor einigen Jahren schon ein Phänomen gewesen, dass in der dualen Ausbildung ganz gezielt Jugendliche mit einem binationalen Hintergrund für diese Ausbildungsgänge angeworben wurden, um sie dann in internationalen Niederlassungen einsetzen zu können, einfach um die kulturelle Anbindung und die sprachlichen Fähigkeiten dieser Personen vor Ort zu nutzen.

Es gibt aber – das müssen wir uns genauso vor Augen führen; das ist für unsere Wirtschaftsbetriebe auch das Gefährliche daran – keinen exklusiven Drang nach Deutschland. Deutschland ist nicht dieses große, wunderbare Ziel. Auch Baden-Württemberg ist nur ein Standort unter vielen, an dem sich Möglichkeiten für Menschen bieten. Wir werden uns deshalb schon strecken müssen, damit diese Leute hierherkommen. Wir werden uns strecken müssen, und wir werden verändern müssen.

Das betrifft zum einen den heute schon viel zitierten Begriff der Willkommenskultur. Denn die Menschen sind mittlerweile nicht mehr bereit, es hinzunehmen, wenn sie den Eindruck haben, sie werden von Ämtern gegängelt oder hingehalten. Wir brauchen hier klare, einfache und für die Menschen, die von außen kommen, nachvollziehbare Strukturen. Es darf keine Tortur werden, bei der man zu fünf, sechs verschiedenen Ämtern muss, um alle Bescheinigungen beieinander zu haben.

Ich glaube, mit solchen Wegen schrecken wir Menschen ab. Hier haben wir einen großen Veränderungsbedarf. Es gibt jetzt

(Daniel Andreas Lede Abal)

über die Welcome Center den ersten Ansatz, hier in Baden-Württemberg auch Veränderungen herbeizuführen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte auch noch etwas zur sogenannten Armutszuwanderung sagen. Das ist ein irreführender Begriff, denn er suggeriert, dass aus Rumänien und Bulgarien oder als Asylbewerberinnen und -bewerber Menschen zu uns kommen, die komplett am Arbeitsmarkt vorbeiziehen. Das ist aber durch überhaupt keine Statistik belegt. Es ist sogar so – das können Sie beispielsweise in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 11. Februar dieses Jahres nachlesen –, dass diese Menschen einen hohen Grad an Ausbildung haben und viele Akademikerinnen und Akademiker darunter sind. Auch entspricht der Anteil der Menschen, die vom Arbeitsmarkt aufgenommen worden sind, ungefähr dem bei anderen Nichtdeutschen und liegt nur geringfügig über dem Arbeitslosenanteil von Menschen deutscher Nationalität.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Diese Gruppe hat sehr wohl Perspektiven in Deutschland.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Beispielsweise kommt die größte Gruppe ausländischer Ärzte inzwischen aus Rumänien. Das zeigt einfach, welche Veränderungen sich ergeben haben. Diese Gruppe, die aus Rumänien kommt, ist übrigens insofern interessant, als Mediziner aus Rumänien die Lücke schließen, die bei uns durch Abwanderung von Medizinern in die Schweiz entsteht.

Das führt die Absurdität dieser Schweizer Entscheidung vor Augen. Denn die Schweiz ist weit entfernt davon, auf Einwanderung verzichten zu können, weil die Schweiz in ganz erheblichem Umfang Fachkräfte anwirbt. Diese absurde Entscheidung war auch eine Entscheidung genau der Landstriche, die am wenigsten von Migration betroffen sind. Wenn Sie sich das Abstimmungsverhalten in der Schweiz anschauen, dann sehen Sie, dass die Regionen, in denen es internationale Betriebe und internationalen Austausch gibt, Regionen, die wirklich von Migration und ihren Folgen, durchaus auch von Problemen betroffen sind, für die Zuwanderung und damit gegen die Vorlage der Populisten gestimmt haben, während gerade die ländlichen Regionen, die Regionen, die nicht diesen Migrationsdruck haben, für diese Vorlage gestimmt haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist halt so bei Volksabstimmungen!)

Deshalb ist es auch notwendig, dass wir uns hier sehr deutlich positionieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Widerspruch)

– Entschuldigung, das habe ich nicht gesehen. – Bitte schön, Herr Minister.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die europäische Sicht!)

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will zu den europäischen politischen Themen noch etwas sagen.

Ich möchte eindeutig auch für die Landesregierung erklären: Wir bedauern den Ausgang der Schweizer Volksabstimmung. Wir halten die Entscheidung für falsch. Sie ist zu respektieren als Ergebnis einer demokratischen Volksabstimmung. Trotzdem glauben wir, dass die Entscheidung falsch ist. Wir sehen sie auch als sehr problematisch für Baden-Württemberg an, weil wir aufs Engste mit der Schweiz zusammenarbeiten, weil beide Länder wirtschaftlich eng miteinander verflochten sind und die Debatte in der Schweiz, die diesem Entscheid voranging, auch sehr problematische Züge trug. Denn mitnichten ging es im Kern der Debatte um die Frage der Integrationsbereitschaft der Zuwanderer oder Grenzgänger in der Schweiz. Vielmehr wurden für ganz viele Fragen, die in einer globalisierten Wirtschaft, in einer Digitalisierung, in einer Modernisierung der Gesellschaft die Gesellschaft verändern, sehr einseitig Zuwanderer und Grenzgänger verantwortlich gemacht.

Herr Hauk, es ist, finde ich, auch das Problem bei Ihren Äußerungen, dass Sie auch genau auf diese Argumentation abgestellt haben. Denn ganz viele Entwicklungen in unserer Gesellschaft, vor denen sich die Menschen, für die sie Veränderungen bedeuten, fürchten, dürfen wir eben gerade nicht Zuwanderinnen und Zuwanderern zuschieben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das macht doch niemand! Das behaupten Sie!)

– So habe ich Ihre Wortmeldung verstanden.

(Abg. Peter Hauk CDU: So war sie aber nicht!)

Wenn Sie sagen, Sie könnten Teile unterschreiben, dann erklären Sie uns doch bitte einmal, welche Teile genau Sie unterschrieben hätten. Was sollen denn eigentlich die 50 000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger denken, die aus dem Südbadischen jeden Tag über die Grenze pendeln,

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

die mit diesem Entscheid das Gefühl bekommen, dass sie in der Schweiz nicht mehr willkommen sind? Das ist etwas, was Sie im Alltag übrigens bisweilen auch erleben können, aber in der Regel nicht erleben. Vielmehr findet dort eine sehr gute Zusammenarbeit statt. Was sollen denn die eigentlich von dieser Botschaft denken, wenn Sie sagen, Sie könnten Teile unterschreiben, und wenn Sie dann sagen, Sie erwarteten eine erhöhte Integrationsbereitschaft, und wenn man dann all die Themen, die uns im Hinblick auf unseren Arbeitsmarkt, die Frage der Siedlungsentwicklung etc. selbst massiv beschäftigen, einseitig dem Bereich der Zuwanderinnen und Zuwanderer zuschiebt?

Um es ganz deutlich zu sagen: Die Menschen, die auf der Basis der EU-Freizügigkeitsregelungen zu uns kommen, sind überdurchschnittlich häufig in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Über die reden wir nicht!)

Deswegen leisten sie einen großen Beitrag zur Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme.

(Minister Peter Friedrich)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Über diese Menschen reden wir nicht!)

Deswegen ist es auch völlig falsch, davon zu reden – so, wie das in Wildbad Kreuth bei den „Festspielen zur Willkommenskultur“ getan wurde; „wer betrügt, der fliegt“ –, dass die Zuwanderung durch die EU-Freizügigkeitsregelungen unsere Sozialsysteme in Unwucht bringen würde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Reden Sie doch über die anderen, Herr Minister!)

Das Gegenteil ist der Fall: die unterdurchschnittliche Inanspruchnahme von sozialer Sicherung durch die Menschen, die über die EU-Freizügigkeitsregelungen zu uns kommen.

Bei Ihnen ging das ja munter durcheinander, was EU-Freizügigkeitsregelungen und was Flüchtlinge sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie doch etwas zu den anderen 20 %!)

– Dazu sage ich gern etwas. Ein Teil kommt über die Familienzusammenführung zu uns, ein Teil kommt zu uns, um hier tatsächlich eine Ausbildung aufzunehmen, sodass der Anteil derer, die tatsächlich unter die soziale Sicherung fallen, ganz gering ist. Dort, wo es Missbrauch gibt, müssen wir diesen tätig bekämpfen. Da stimmen wir überein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt sind wir beim Punkt!)

Ich sage Ihnen auch: Dafür ist es dringend notwendig, dass wir endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn bekommen, damit es klare Regeln auf dem Arbeitsmarkt gibt und Menschen eben nicht zu uns kommen, weil sie arbeiten wollen und hier unter Ausbeutung schufteten müssen, weil sie keine vernünftigen sozialen Sicherungen haben. Unser Arbeitsmarkt in Deutschland ist aufgrund fehlender Gesetzgebung in diesem Bereich noch nicht voll europatauglich.

Die Debatte in der Schweiz, wo eben der Mangel an flankierenden Maßnahmen für die Zuwanderung dazu geführt hat, dass jetzt viele mit Nein gegen die Freizügigkeit gestimmt haben, zeigt uns: Wir müssen schauen, dass wir unseren vielfältigen europäischen Austausch begleiten mit einer aktiven Sozialpolitik, mit gut gestalteten Regeln auf dem Arbeitsmarkt, übrigens auch mit einer guten Nutzung der Mittel aus dem ESF und anderen europäischen Fonds, damit wir auch die Ursachen für Armutswanderung dort, wo sie bestehen, in den Herkunftsländern bekämpfen. Dort helfen wir, die Landesregierung, übrigens.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da machen Sie gar nichts!)

– Doch, da helfen wir, die Landesregierung, in der Donauraumstrategie. Da haben Sie vielleicht, Herr Zimmermann, in der letzten Sitzung nicht aufgepasst,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Uns sagen die Botschaften, da seien ihnen die Hände gebunden!)

als wir darüber diskutiert haben, wie wir die Absorptionsquote z. B. von EU-Fördermitteln genau in diesen Ländern erhöhen können. Das machen wir. Mir scheint ohnehin, Sie haben

den Großteil dessen, was wir zur Stärkung der beruflichen Bildung, zur Gewinnung von Fachkräften aus dem In- und Ausland machen, schlicht und ergreifend verschlafen. Deswegen lesen Sie es noch einmal nach. Vielleicht wird Ihr Debattenbeitrag dann das nächste Mal auch ein bisschen näher an der Aktualität dessen liegen, was im Land Baden-Württemberg politisch geschieht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Kurve haben Sie gerade noch gekriegt! Sie wollten etwas ganz anderes zum Schluss sagen!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes – Drucksache 15/4421

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/4750

Berichterstatter: Abg. Thomas Blenke

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Maximal!)

wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Blenke das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Blenke, denke!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die baden-württembergische Sicherheitspolitik, eine unserer Kernaufgaben, ruht seit jeher auf mehreren Säulen. Die wichtigste und zuerst zu nennende ist der Mensch, sind die hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Sicherheitsbehörden, die tagtäglich rund um die Uhr dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sicher leben können.

Damit korrespondiert als zweite Säule die technische Ausstattung, die die Mitarbeiter brauchen, um ihre Aufgabe ordnungsgemäß und auch kraftvoll verrichten zu können.

Die dritte Säule – damit kommen wir in die Belange des Rechtsstaats hinein – sind die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen, die im Rechtsstaat erforderlich sind, um ein rechtssicheres Handeln zu garantieren und den Rechtsstaat vom Polizeistaat abzugrenzen. So ist gewährleistet, dass auf rechtsstaatlicher Grundlage der Schutz der Bevölkerung sichergestellt werden kann.

Diese rechtlichen Rahmenbedingungen sind immer wieder, laufend an aktuelle Entwicklungen anzupassen. Jedes Mal gilt es, die Belange von Sicherheit und Freiheit neu auszutarieren und auszubalancieren.

(Thomas Blenke)

Darum geht es auch heute. Wir debattieren über einen Gesetzesentwurf, den wir seitens der CDU-Landtagsfraktion mittragen. Es geht hier vor allem um eine Normenkonkretisierung, die das Bundesverfassungsgericht mit einem Urteil von Anfang 2012 gefordert hat.

Dabei geht es konkret um den Umgang mit den sogenannten Bestandsdaten im Bereich der Telekommunikation und darum, diese rechtskonform zum Datenschutz, zum Fernmeldegeheimnis und zum Telekommunikationsgesetz zu regeln. Es geht um die sogenannten Bestandsdaten. Das sind beispielsweise Name, Anschrift und Inhaber eines Telefon- oder Internetanschlusses. Wir müssen hier Rechtsklarheit schaffen, denn der Bund hat dies für seinen Bereich bereits innerhalb der vom Bundesverfassungsgericht bestimmten Umsetzungsfrist zum 30. Juni 2013 – bis dahin war das Gerichtsurteil umzusetzen – getan.

Die Landesregierung hat jetzt mit Verspätung – ein Dreivierteljahr nach Fristablauf – diesen Gesetzesentwurf vorgelegt. Wir können froh sein, dass das Bundesverfassungsgericht kein Ordnungsgeld für ein Fristversäumnis angeordnet hat, sonst müssten wir jetzt noch zahlen. Ich will aber nicht auf dieser Formalie herumreiten. Es ist gut, dass die Gesetzesanpassung jetzt kommt. Aber die Frage stellt sich schon, warum sie nicht rechtzeitig kam.

Die Erhebung von Bestandsdaten ist keine reine Formalie, sie kann in besonderen Not- und Gefahrenlagen lebensrettend sein. Das muss man einfach sehen. Denken Sie an die Ermittlung eines suizidgefährdeten Menschen. Ein konkretes Beispiel: In einem Internetchat kündigt jemand unter seinem Nicknamen einen Suizid an. Dann brauchen Sie Bestandsdaten, um an die wahre Person heranzukommen. Hier kann eine solche Auskunft eben Menschenleben retten.

Neben dieser Ermächtigungsgrundlage schafft das Gesetz auch noch Dokumentations- und Benachrichtigungspflichten gegenüber den Betroffenen. Auch diese Regelung halten wir für sinnvoll. Deshalb werden wir seitens der CDU-Fraktion dem Gesetzesentwurf zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Salomon das Wort.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Gesetz ist eine Konkretisierung, die wir – das hat Herr Blenke schon gesagt – aufgrund eines Bundesverfassungsgerichtsurteils durchführen. Benötigt wird eine Ermächtigungsgrundlage für die Erhebung der Bestandsdaten.

Ich glaube, es muss festgehalten werden – ohne dass ich die in der Ersten Beratung geführte Debatte wiederhole –, dass es eine Regelung mit Augenmaß ist, die die Rechte der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt. Es war uns sehr wichtig, dass sich das in dieser Regelung wiederfindet.

Darüber hinaus haben wir immer darauf zu schauen, welche Daten erhoben werden müssen. Der Datenschutz darf auch in

Zukunft nicht ausgehöhlt werden. Aber es geht auch darum, gerade hilfsbedürftigen und in Not geratenen Menschen Hilfe zu leisten. Das ist wichtig. Dem stimmen wir alle zu, und darüber bin ich froh. Aus diesem Grund sage ich nur: Kommen wir zur Abstimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde ist alles gesagt,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

nur nicht von mir. Es ist, rechtlich gesehen, tatsächlich so, dass wir eine qualifizierte Rechtsgrundlage für die Auskunftspflicht von Telekommunikationsunternehmen bieten müssen. Diese Grundlage wird hiermit geschaffen.

Wir haben seit über sieben Monaten ein Übergangsrecht. Es gab natürlich kein Ordnungsgeld. Dafür wäre auch gar kein Anlass gegeben, denn wir haben ja noch die allgemeine polizeiliche Generalklausel nach den §§ 1 und 3 des Polizeigesetzes. Mit dieser Generalklausel kommen wir immer dazu, helfen zu können.

Die Beispielfälle sind genannt worden: die Nickname-Geschichten, die Spitznamen. Es geht um die Klarnamenerfassung oder darum, die PIN- oder PUK-Nummer herauszufiltern, um auf diese Art und Weise die letzten Kommunikationsdaten von Personen, die einen Suizid oder eine Amoktat angekündigt haben, oder auch von vermissten Personen herauszufinden. Wichtig ist aber auch die Ermächtigung des Verfassungsschutzes, dass dieser, wenn im Internet mit extremistischen Waren Handel betrieben wird, in die Lage versetzt wird, solche Leute zu identifizieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie verträgt sich das mit der Forderung nach Abschaffung von 50 % des Personals?)

– Habe ich jemals die Abschaffung von Personal gefordert? Nehmen Sie das also zurück, Herr Zimmermann.

Auf diese Art und Weise versetzen wir den Verfassungsschutz beispielsweise in die Lage, wenn im Internet Spendenaufrufe für extremistische Organisationen stattfinden, auch dieser Personen habhaft zu werden, damit wir dem Artikel-10-Gesetz überhaupt Wirkung verleihen können. Denn wenn wir nicht wissen, wer es ist, können wir ihn auch nicht überwachen und auch nicht in die Netzwerke hineinschauen.

Klug ist auch, die Benachrichtigungspflichten zu regeln und nach fünf Jahren eine Evaluation durchzuführen.

Es ist ein gutes Gesetz, das hier auch einstimmig verabschiedet werden wird, was ich sehr begrüße.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben über diesen Gesetzentwurf in der Ersten Beratung und im Ausschuss ausführlich diskutiert. Es zeichnet sich auch ab, dass das Gesetz hier einstimmig verabschiedet wird. Insbesondere die Kollegen Blenke und Sakellariou haben dankenswerterweise alle Beispiele genannt, damit noch einmal anschaulich wurde, worum es eigentlich geht. Insofern kann ich mich auf wenige Kernpunkte beschränken.

Es geht um die Abwehr erheblicher Gefahren für Leib, Leben, Gesundheit und die Gemeinschaft überhaupt, und es geht um die Nutzung vorhandener Daten im Telekommunikations- und Telemedienbereich. Warum betone ich das? Wir bewegen uns nicht im umstrittenen Bereich der Vorratsdatenspeicherung. Es wird keine weitere Speichervorschrift geschaffen, sondern es geht um die Nutzung vorhandener Daten. Es bestand und besteht Konsens, dass man bei entsprechenden erheblichen Gefahren an diese Daten herankommen muss, um der Gefahr zu begegnen. Es geht also nicht um Vorschläge zur Speicherung – nur damit das sauber abgegrenzt ist.

Noch ein Punkt, der wichtig ist: Es darf auch nicht vorsorglich abgefragt werden. Es darf nur abgefragt werden, wenn auch die Voraussetzungen für die Nutzung der Daten gegeben sind.

Insofern ist es eine vernünftige Regelung, die man im Sinne der betroffenen Menschen und der Gemeinschaft, der einmal Gefahren drohen könnten – das muss man sehen –, angesichts dieser Gesichtspunkte mittragen kann.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Werte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zuerst für die signalisierte und schon im Vorhinein erkennbare breite Zustimmung bedanken, die unser Entwurf bereits in der Ersten Beratung und dann auch bei der Behandlung im Ständigen Ausschuss und im Innenausschuss erfahren hat. Das zeigt, dass uns der Spagat zwischen den Bedürfnissen der Polizei und des Verfassungsschutzes zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, um die Sicherheit im Land zu gewährleisten, einerseits und den Belangen des Datenschutzes andererseits, der auch seine Berechtigung hat, gelungen ist. Beide Aspekte finden Berücksichtigung.

Sie alle haben ausgeführt, was die Grundlage für die angestrebte Veränderung war, nämlich ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thema Datenerhebung, die sich bislang immer nur auf die allgemeinen Rechtsgrundsätze zur Erhebung von Daten gestützt hat. Das haben wir jetzt geändert.

Herr Kollege Blenke, wir wären den erforderlichen Anpassungen natürlich gern – ich glaube, etwas anderes unterstellen Sie uns auch nicht – schon im letzten Jahr nachgekommen. Aber es war nun einmal so, dass der Bund eben nicht innerhalb des Korridors, sondern auf den letzten Drücker – wenn auch noch innerhalb der Frist – seine gesetzlichen Änderungen auf den Weg gebracht und verabschiedet hat.

Wir haben ja auch immer angedeutet: Wir wollten abwarten, was diese Diskussion dort ergibt. Wir haben auch beobachtet, wie in anderen Ländern diskutiert worden ist, die sich in der gleichen Situation wie wir befinden. Wir sind auch bei Weitem nicht die Letzten, die dies entsprechend umsetzen.

Keine Frage: Wir schließen eine Regelungslücke. Darüber brauchen wir auch nicht in Streit zu geraten. Das ist einfach so.

Die Gründe, weshalb wir die Regelungen nicht nur treffen wollen, sondern meines Erachtens auch treffen müssen, sind von meinen Vorrednern genannt worden.

Mir ist es wichtig, noch einmal zu sagen: Wir schaffen keine neuen Befugnisse. Herr Goll, deshalb war auch der Hinweis diesbezüglich richtig, dass es ausschließlich um Bestandsdaten geht. Ich will das mit der Abfrage von Kraftfahrzeughalterbestandsdaten vergleichen. Es geht nicht um Nutzungsdaten, es geht nicht um Nutzungsinhalte, es geht nicht um Verbindungsdaten, sondern – wie gesagt – wir schaffen in diesen Themenbereichen eine neue Rechtsgrundlage, wir schaffen eine neue Normenklarheit.

Wirklich neu ist – daher, denke ich, haben sich das Zuwarten und die Diskussion schon gelohnt –: Wir schaffen mehr Datensicherheit, wir schaffen mehr Informationsrechte für die Betroffenen – quasi eine Informationspflicht für uns –, und wir machen durch diese gesetzgeberischen Maßnahmen und die rechtlichen Grundlagen letztlich deutlich, dass die Balance zwischen dem Gewährleisten von Sicherheit und von Freiheit, was das Thema Datenschutz angeht, was die Informationspflicht anbelangt, hergestellt ist.

In diesem Sinn bedanke ich mich ganz herzlich für die Unterstützung. Dass wir spätestens nach fünf Jahren evaluieren wollen, liegt bei dieser Problematik auf der Hand. Dort ändert sich vieles rasant. Deshalb werden wir, jedenfalls mittelfristig, schon wieder über neue Veränderungen diskutieren müssen.

Noch einmal ganz herzlichen Dank für die kooperative Diskussion, für die Zusammenarbeit und für Ihre Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/4421. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 15/4750. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Polizeigesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Einschränkungen von Grundrechten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 4 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 19. Februar 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit wurde dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Sckerl hat gar nicht gewusst, wie er reagieren soll! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war okay!)

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz – 3. HRÄG) – Drucksache 15/4684

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Ministerin Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine verehrten

Abgeordneten! Mit dem Dritten Hochschulrechtsänderungsgesetz legt die Landesregierung heute den Entwurf eines neuen Landeshochschulgesetzes für Baden-Württemberg vor. Wir legen damit den Entwurf für eine neue Verfassung für unsere Hochschulen vor.

Mit diesem Gesetz gewähren wir unseren Hochschulen die Freiheiten, die sie brauchen, um kreativ und innovativ zu sein. Brauchen wir eine solche Novelle? Ja, wir brauchen sie dringend, weil wir unsere Hochschulen leistungsfähig halten wollen und ihre Leistungsfähigkeit steigern wollen. Denn wir müssen uns klarmachen: Unser Wohlstand in Baden-Württemberg gründet auf Innovation, auf Technologie. Deshalb sind Forschung und Wissenschaft die beste Zukunftsvorsorge, die wir betreiben können und betreiben müssen.

Der Wettbewerb um Innovationen, um die besten Ideen, um die klügsten Köpfe wird schärfer – zwischen den Bundesländern, aber auch international. Deswegen ist es wichtig, wenn wir über Wissenschaft und über Hochschulen reden, uns immer klarzumachen: Wir müssen den Blick über den Tellerrand hinaus richten, denn neue Weltregionen werden zu Wissensstandorten, und wir müssen deswegen die Zentren unseres Innovationssystems in diesem Wettbewerb weiter stärken. Die Zentren sind unsere Universitäten und unsere Hochschulen selbst. Sie entwickeln zusammen mit Wirtschaft und Gesellschaft die Ideen für morgen, sie bilden die akademischen Fachkräfte der Zukunft aus.

Mit dem neuen Landeshochschulgesetz trägt die Landesregierung dazu bei, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gut arbeiten können und dass die Studierenden beste Studienbedingungen vorfinden. Das Gesetz sieht dafür neue Strukturen vor, die die Handlungsspielräume erweitern.

Wir haben im intensiven Dialog mit den Beteiligten für passgenaue Lösungen für unsere Hochschulen gesorgt. Im Vergleich dazu hatte es sich die Vorgängerregierung in gewisser Weise einfacher gemacht. Denn sie hat dem Gesetz ein relativ einfaches Rezept zugrunde gelegt und so getan, als wären Hochschulen Unternehmen. Sie hat versucht, auf die Hochschulen Konzernstrukturen zu übertragen. Dieses Korsett hat bekanntermaßen nie gepasst, und das Leitbild der unternehmerischen Hochschule wurde nie angenommen. Die Hochschulen haben es nicht gelebt, und auch die Wirtschaft selbst weiß, dass die Hochschulen gerade deshalb wertvoll sind, weil sie anders als Unternehmen agieren können.

Hochschulen sind keine Unternehmen, aber ich möchte betonen: Wir wollen durchaus unternehmungslustige Hochschulen.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Schönes Bild!)

Wir unterstützen sie dabei, entscheidungsstark und handlungsfähig zu sein und an den Lösungen für morgen zu arbeiten. Dafür sorgt das neue Landeshochschulgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir haben dieses Gesetz mit den Beteiligten gemeinsam erarbeitet und im Vorfeld zahlreiche Gespräche geführt. Mehrere Runden zum Thema „Weiterentwicklung der Leitungs-

(Ministerin Theresia Bauer)

strukturen“ mündeten bereits frühzeitig, im Februar 2013 in ein gemeinsames Eckpunktepapier des Ministerrats. Wir haben zum Bereich der Qualitätssicherung im Promotionsverfahren viele Gespräche mit Universitätsrektoren und mit Promovierenden geführt, ergänzt durch ein Onlinebeteiligungsverfahren. Weiter haben wir mit Beteiligten und mit unseren Hochschulen Gespräche zum Thema „Wissenschaftlicher Nachwuchs und Mittelbau“ geführt, und wir haben aus dem öffentlichen Anhörungsverfahren in den letzten Wochen viele Anregungen erhalten, von denen wir in diesem Prozess einige aufgegriffen und in den Entwurf, wie er heute vorliegt, eingearbeitet haben. 50 substantielle Änderungen sind in dieser Phase aufgegriffen worden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um auch den Regierungsfractionen zu danken, die ebenfalls zwei sehr wertvolle und gut besuchte Fachgespräche durchgeführt haben und die sich sehr konstruktiv in die weitere Entwicklung dieses Gesetzentwurfs, wie er heute vorliegt, eingebracht haben.

Nicht vergessen möchte ich auch ein Lob vom Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, Herrn Hippler, der das Beteiligungsverfahren bei diesem Gesetzeswerk als vorbildlich bezeichnet hat. Auch das nehmen wir gern zur Kenntnis, dass wahrgenommen wurde, dass wir dieses Gesetz eben nicht hinter verschlossenen Türen, sondern im Prozess mit allen Beteiligten vorangebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der Aufwand hat sich meines Erachtens gelohnt; denn wir haben mit diesem Gesetzentwurf ein Vorhaben, das auf breite Akzeptanz stößt.

Das neue Landeshochschulgesetz gewährt den Hochschulen Freiheit; der Sinn dieser Freiheit ist die Qualität. Lassen Sie mich deswegen an ein paar Punkten verdeutlichen, in welchem Sinn die Neuregelungen die Qualität im Hochschulbereich befördern sollen.

Erstens zum Thema Promotionen: Wir sichern die Qualität der Promotionen. Dabei geht es nicht nur um die Verhinderung von Plagiaten. Denn es ist klar: Plagiate sind Ausnahmen. Sie haben aber den Ruf der Wissenschaft beschädigt. Deswegen ist die Qualitätssicherung eine wichtige Forderung.

Wir gehen hier in Baden-Württemberg mit dem neuen Landeshochschulgesetz voran, indem wir erstens verpflichtende, individuelle Promotionsvereinbarungen über das jeweilige Promotionsprojekt und die Betreuung vorsehen, zweitens Ombudspersonen als Ansprechpartner für Doktorandinnen und Doktoranden einführen und drittens Konvente für Doktorandinnen und Doktoranden schaffen wollen, um ihnen eine gemeinsame Stimme an den Hochschulen zu geben.

Auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben hervorragende Absolventen. Wir wollen diesen den Zugang zur Promotion erleichtern. Das werden wir mit verschiedenen Maßnahmen erreichen. So werden wir die Kooperationen zwischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken durch gemeinsame Promotionskollegs, durch die Möglichkeit der Kooptation und zusätzlich durch eine Experimentierklausel, die die Möglichkeit einräumt, dass Zusammenschlüsse von HAWs zeitlich und thematisch begrenzt das Promotionsrecht erhalten.

Zum Stichwort „Qualität in der Forschung“: Wir wollen die Qualität in der Forschung weiter stärken; denn Forschung hängt vor allem von den klugen Köpfen in unseren Hochschulen ab. Deswegen setzen wir in erster Linie an der Verbesserung der Perspektiven für den akademischen Nachwuchs an. Wir werden die Karrierewege zur Professur attraktiver machen, indem wir die Juniorprofessur weiterentwickeln und Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlerinnen, die sich bewähren, eine klare Perspektive auf eine Dauerprofessur durch ein Tenure-Track einräumen.

Die Qualität der Forschung entsteht – das wissen wir sehr gut – heute oft an Schnittstellen zwischen den Disziplinen. Deswegen werden wir künftig die Einrichtung von fakultätsübergreifenden Zentren für Forschung und Lehre erleichtern. So entsteht eine zeitgemäßere Organisationsform für Einrichtungen wie z. B. Graduate Schools oder Exzellenzcluster, die fakultätsübergreifend in Forschung und Lehre tätig sind.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Diese Möglichkeit der Kooperation wollen wir auch zwischen Hochschulen und zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker unterstützen; denn wir setzen auf die Fähigkeit zur Kooperation. Künftig können sich Einrichtungen zu rechtsfähigen Verbänden zusammenschließen – etwa Schools of Education oder gemeinsam betriebene Rechenzentren.

Ein weiterer Aspekt: Der Fortschritt der Wissenschaft beruht darauf, dass wissenschaftliche Arbeit rezipiert wird, dass sie kritisiert wird und dass sie weiterentwickelt wird. Deswegen ist die freie und ungehinderte Verfügbarkeit wissenschaftlicher Forschungsergebnisse ein erfolgskritischer Faktor. Deshalb stärkt das Gesetz den Open Access.

Wir sehen in dem neuen Landeshochschulgesetz vor, nach einer Karenzfrist von einem Jahr Wissenschaftler darin zu bestärken, ihr Zweitveröffentlichungsrecht wahrzunehmen. Wir geben den Hochschulen die Möglichkeit, dies verpflichtend vorzusehen. Dabei ist auch vorgesehen, Ausnahmefälle zu regeln, Fälle, in denen von der Erfüllung dieser Pflicht abgesehen werden kann. Es gab einige Presseberichte zu diesem Thema. Deswegen möchte ich hier ausdrücklich unterstreichen: Wir werden mit der Regelung, die wir vorsehen, niemanden in seiner Freiheit zu publizieren einschränken.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir werden durch all diese Weiterentwicklungen des Landeshochschulgesetzes aber neue Spielräume für exzellente Forschung schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das ist wichtig!)

Drittes Stichwort zum Thema Qualität ist die Qualität des Studiums selbst. Wir werden die Qualität des Studiums weiterentwickeln. Dazu mussten wir zunächst einmal das bestehende Landeshochschulgesetz ein Stück weit entrümpeln. Denn viele der Regelungen im alten Landeshochschulgesetz haben nicht mehr zu den heutigen Verhältnissen gepasst. Wir haben im Gesetzentwurf beispielsweise Zwischenprüfungen gestrichen und die Vorgaben damit an die Realität der gestuften Studiengänge angepasst.

(Ministerin Theresia Bauer)

Wir haben darüber hinaus die verpflichtende Orientierungsprüfung aus dem Gesetz gestrichen. Damit bauen wir den gesetzlich verpflichtenden Prüfungsdruck ab, über den viele Studierende zu Recht klagen, und wir legen die richtige Dimensionierung und Ausgestaltung von Prüfungsfragen in die Hände der Hochschulen; sie sollen dies entlang ihrer Fächer und Fachkulturen selbst gestalten können.

Wir tragen damit dazu bei, dass Studiengänge in der vorgesehenen Zeit absolviert werden können, und schaffen den allzu engen Rahmen von Prüfungsvorgaben durch den Gesetzgeber ab.

Ein weiteres Stichwort in diesem Zusammenhang: Wir schaffen neue attraktive Studienangebote. Insbesondere durch den neuen weiterbildenden Bachelor adressieren wir erstmals Studierende mit Berufsausbildung im sekundären Bereich, ein grundständiges Weiterbildungsstudium neben dem Beruf zu absolvieren.

Das ist eine Konsequenz aus den Erfordernissen der Wissensgesellschaft insgesamt. Wir wollen, dass unsere Hochschulen erste Adressen sind, um den Prozess des lebenslangen Lernens zu begleiten und qualitativ hochwertige Angebote zu unterbreiten. Ich bin überzeugt: Dieser weiterbildende Bachelor wird die Durchlässigkeit der Bildungssysteme weiter erhöhen.

Es geht uns um Qualität, aber wir wissen sehr genau: Gute Wissenschaft kann die Politik nicht verordnen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr wichtig!)

Es ist Aufgabe der Politik, die richtigen Rahmenbedingungen dafür zu setzen, dass sich gute Wissenschaft entwickeln kann. Das ist der Geist, den das neue Hochschulgesetz atmet. Wir haben deswegen an vielen Stellen auch die Detailregelungen des Gesetzes zurückgenommen und den Hochschulen Gestaltungsfreiräume gegeben, Möglichkeiten, eigene, passgenaue Lösungen zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Beispielsweise die Zahl der Wahlmitglieder im Senat, die Amtszeitenregelungen, die Regelungen zur Frage der Öffentlichkeit von Sitzungen, zur Zahl der hauptamtlichen Rektorsmitglieder – das alles kann man je nach Hochschulart, je nach eigener Tradition in der Grundordnung künftig selbst festlegen.

Es gibt andere Stellen im Gesetzentwurf, an denen wir Regelmodelle vorsehen, aber den Hochschulen explizit die Möglichkeit einräumen, davon abzuweichen, für sich eine andere Lösung zu erarbeiten und in der Grundordnung festzulegen. Auch das ist ein Instrument, mit dem es ermöglicht werden soll, Lösungen zu erarbeiten, die vor Ort am besten passen – beispielsweise in Bezug auf den Hochschulrat oder in Bezug auf Gleichstellungsbeauftragte; in diesem Zusammenhang steht auch mit das Instrument einer allgemeinen Weiterentwicklungsklausel.

Ich bin überzeugt: Stark sind unsere Hochschulen nur dann, wenn sie sich als eine gemeinsame Unternehmung von allen Beteiligten begreifen. Diese Überzeugung durchzieht die Novelle. Denn die Neujustierung der Leitungsstrukturen an den

Hochschulen spricht dafür, dass gute Hochschule nur dann gelingen wird, wenn die Leitungsstrukturen von Rektorat, Hochschulrat und Senat von einer klaren Abgrenzung ihrer Rollen und ihrer Zuständigkeiten geprägt sind und die Beteiligten dennoch gut miteinander kooperieren und harmonieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir wollen, dass Rektorat, Hochschulrat und Senat in ihrer Verantwortlichkeit gestärkt – durch klare Abgrenzung voneinander und die Notwendigkeit zur Kooperation – aus dieser Novelle hervorgehen: der Hochschulrat in seiner Verantwortung für strategische Entwicklungsplanung und Entscheidung, der Senat als Ort der akademischen Selbstbestimmung, der neue Rechte erhält, z. B. Auskunftsrechte, und das Rektorat, das entscheidungsfähig bleiben muss, um eine so komplexe Einrichtung wie eine Hochschule steuern zu können.

Die Neujustierung der Leitungsstrukturen führt zu einem Modell von Gremien mit klaren Zuständigkeiten auf der einen Seite, aber mit der Notwendigkeit auf der anderen Seite, zusammenzuwirken. Am stärksten kommt das in der Wahl des Rektors oder der Rektorin zum Ausdruck, die künftig in einem gemeinsam getragenen und verantworteten Gremium auf Augenhöhe zu leisten sein wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir legen heute den Entwurf einer neuen Verfassung für unsere Hochschulen vor. Er wurde intensiv mit allen Beteiligten erarbeitet. Wir haben passgenaue und wissenschaftsadäquate Regelungen erarbeitet und setzen nicht auf mehr staatliche Steuerung, sondern auf mehr Handlungsfähigkeit. Hochschulen brauchen Freiräume, um kreativ und innovativ sein zu können, und diese gewährt ihnen das neue Landeshochschulgesetz.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ministerin hat eine Novelle zum Landeshochschulgesetz vorgelegt, und für die CDU-Fraktion kann ich eigentlich gleich vorweg sagen: Wir halten sie für völlig überflüssig.

(Beifall bei der CDU)

Unserer Ansicht nach ist diese Gesetzesänderung nicht nötig. Das meiste von dem, was Sie vorlegen, ließe sich unterhalb einer Gesetzesänderung regeln, und was darüber hinausgeht, ist überflüssig und teuer. Im Prinzip geht es wieder einmal nur darum, ein grün-rotes Füllhorn auszugießen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Oh Jesus!)

Kosten soll das Ganze überhaupt nichts. Alle Neuerungen sollen von den Hochschulen kostenneutral umgesetzt werden.

(Sabine Kurtz)

Sie sind nicht bereit, den Hochschulen für die zusätzlichen Aufgaben, die Sie vorsehen, auch die entsprechenden Mittel zu geben. Wir finden, das wirft ein schlechtes Licht auf die Verhandlungen zum Solidarpakt III. Wir können für die CDU nur sagen, dass wir Wert darauf legen, dass Sie diese Neuerungen, die Sie einführen, auch in den Solidarpakt einbringen und sauber ausfinanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, wirtschaftliches Denken ist Ihnen ja fremd.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Dies zeigt sich ganz eindeutig an der grundsätzlichen und tief greifenden Änderung, die Sie an diesem Landeshochschulgesetz vornehmen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Zuerst einmal verabschieden Sie sich nämlich von dem Leitbild der unternehmerischen Hochschule, Herr Dr. Schmidt-Eisenlohr. Ich darf einmal an das Leitbild der unternehmerischen Hochschule erinnern. Dabei ging es uns darum, die Autonomie der Hochschule zu stärken, in den Hochschulen unternehmerisches und strategisches Denken zu verankern und sie für den Wettbewerb zu stärken, den die Frau Ministerin gerade ansprach. Genau davon wollen Sie sich jetzt verabschieden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Richtig! – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Was sagen die Hochschulen dazu?)

Dass die Hochschulen bei unserer Wirtschaft wirklich viel Vertrauen genossen haben, sehen Sie z. B. an der Höhe der Drittmittel, die eingeworben wurden. Sie sind in den letzten Jahren eklatant gestiegen, und in Baden-Württemberg rühmen wir uns, dass 5,1 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung fließen. Sie wissen ganz genau, wer diese Mittel investiert: Das sind die Unternehmen im Land. Wenn Sie im Vergleich sehen, dass die Europäische Union das Ziel nannte, dass 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden sollen, und die Bundesregierung dieses Ziel in ihrem Koalitionsvertrag nochmals bestätigt hat und dafür Steigerungen im Bundeshaushalt ankündigt, dann stellen Sie fest, dass wir in Baden-Württemberg überdurchschnittlich gut aufgestellt sind. Das fällt nicht vom Himmel, sondern es wird von den Unternehmen der Wirtschaft geleistet.

(Beifall bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war der alte Rahmen!)

Daher müssten auch Sie ein Interesse daran haben, dass die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft dialogisch und harmonisch ausgestaltet wird. Denn es ist genau die Wirtschaft, die die Absolventen der Hochschulen dann aufnehmen und beschäftigen soll, und dabei wäre es sinnvoll, eng zusammenzuwirken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Deshalb dürfen die Hochschulen nicht am Gängelband des Ministeriums geführt werden. Vielmehr muss ein Hochschulrat mit externen, selbstständigen Persönlichkeiten das Rektorat bei seinem Denken, Handeln und Entscheiden beraten. Genau das schaffen Sie jetzt ab.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Was? – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie haben den Entwurf nicht gelesen!)

Sie wollen den Hochschulrat in seiner Zusammensetzung und seinen Entscheidungsbefugnissen völlig verändern, und Sie wollen sämtliche gesellschaftlichen Gruppen darin vertreten haben. Alle Verbände sollen sich darin widerspiegeln. Aber das ist genau das, was keinen Sinn macht. Wir brauchen dort starke Einzelpersonlichkeiten, und diese gewinnen Sie nur, wenn Sie ihnen auch Entscheidungsbefugnisse einräumen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und ihnen keinen Klotz ans Bein binden. Sie entmachten den bisherigen Hochschulrat; das ist ganz klar ablesbar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Sie scheinen wirklich keine Ahnung zu haben, wie die Wirtschaft tickt; denn sonst würden Sie nicht vorschreiben, dass Forschungsvorhaben, die durch Drittmittel finanziert werden, jetzt offengelegt werden müssen. Welches Unternehmen will sich denn in einer Liste wiederfinden, die die Konkurrenz einsehen kann, in der man dann erkennen kann, wer gerade woran forscht? Mit diesen Transparenzanforderungen schießen Sie völlig über das Ziel hinaus.

Etwas Ähnliches werfen wir Ihnen auch vor, wenn es um die Verpflichtung zur Zweitveröffentlichung geht, Frau Ministerin. Sie haben das eben ziemlich abgeschwächt, aber die Stellungnahmen, die Ihr Haus bekommen hat, sagen doch, dass das alles nicht so harmlos ist, wie Sie es darstellen. Sie wollen die Wissenschaftler verpflichten, ihre Forschungsergebnisse auf einem universitätseigenen Server zur Verfügung zu stellen. Das ist unserer Ansicht nach eine Überdehnung des Open-Access-Gedankens, und das können Sie nicht so herunterspielen.

Man kann auch annehmen, dass Sie sich hier in eine Gesetzgebungskompetenz einmischen, die überhaupt nicht beim Land liegt. Die Gesetzgebungskompetenz liegt eigentlich beim Bund, und Sie wissen, dass das Urheberrecht seit dem 1. Januar 2014 vorsieht, dass es dafür bereits Regelungen gibt. Aber im Unterschied zu dem, was Sie hier auf den Weg bringen, beruht es auf Freiwilligkeit, und bei Ihnen wird es zur Pflicht.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen auch – ich finde, das müssen Sie sehr ernst nehmen –, dass manche so weit gehen und Ihnen vorwerfen, dass Sie gegen Artikel 5 des Grundgesetzes und damit gegen die Wissenschaftsfreiheit verstoßen. Das ist ein schwerwiegender Vorwurf, den man im Ministerium, denke ich, sehr ernst nehmen muss. Die Forderung, dass man bei diesem international bedeutsamen Thema keine Insellösung für Baden-Württemberg schaffen kann, sondern einen europaweiten Schulter-

(Sabine Kurtz)

schluss suchen muss, nehmen wir, die CDU, sehr ernst, und es macht uns Sorgen, wie fahrlässig Sie mit dem Verlagswesen umgehen, das gerade im Wissenschaftsbereich eine sehr große Bedeutung hat. Auch darin zeigt sich wieder Ihre Wirtschaftsfeindlichkeit.

Meine Damen und Herren, wir machen uns insgesamt große Sorgen um den Hochschulstandort Baden-Württemberg. Sie wissen selbst: Wir waren ein Leuchtturm in Deutschland. Nun besteht die Gefahr, dass wir diese Vorreiterrolle verlieren. Denn alle Worthülsen nützen nichts, wenn sie nicht auch unterlegt werden. Zu einem vorbildlichen Wissenschaftsstandort gehören Qualität und Exzellenz sowie hervorragende Promotionen. Dabei können wir durchaus begrüßen, was Sie tun, um die Qualität der Promotionen zu sichern. Daran will ich überhaupt nichts kritisieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Aber, Frau Ministerin, was hat Sie eigentlich dazu gebracht, diese mit heißer Nadel gestrickte Weiterentwicklungs- bzw. Experimentierklausel hinten in § 76 ans Gesetz anzuhängen? Sie haben geschwind im Laufe des Prozesses noch diese neue Regelung drangeklebt. Sie wollen den Hochschulen für angewandte Wissenschaften ein eigenständiges Promotionsrecht zusprechen. Bisher war dieses den Universitäten vorbehalten, aber Sie sprachen es selbst an: Schon bisher gab es im Sinne eines durchlässigen Zugangs zur Promotion auch für die Absolventen der Fachhochschulen die Möglichkeit der Kooperation zwischen Universitäten und Fachhochschulen. Sie haben selbst darauf hingewiesen und haben es als Königsweg der Promotion für FH-Absolventen bezeichnet.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Was kritisieren Sie?)

Wir verstehen überhaupt nicht, warum Sie diese Möglichkeit, die erst seit drei Jahren existiert, nicht erst einmal in Ruhe evaluieren und prüfen wollen, wo man diesen Weg verbessern könnte, bevor man jetzt ein neues Fass aufmacht.

Eine solche Neuerung eben einmal kurz und schnell an das Gesetz anzukleben und da ein bisschen herumzuzperimentieren, halten wir für nicht verantwortungsbewusst. Eine solche Neuerung muss an klare Kriterien geknüpft werden. Diese müssen Sie zunächst einmal entwickeln und vorlegen. Dazu gibt es bisher überhaupt noch nichts.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Genau! Sie kritisieren etwas, was noch gar nicht da ist!)

Das wichtigste Ziel für uns ist, Qualität und Exzellenz sicherzustellen. Es darf keine Inflation von Promotionen geben, es darf keine „Promotion light“ geben. Wenn Sie die Fachhochschulen, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, nicht finanziell seriös und ihrer Infrastruktur entsprechend ausstatten, damit sie tatsächlich in der Lage sind, die Experimente, die Sie hier vorschlagen, durchzuführen, ist das wirklich leichtsinnig. Sie bekommen das nie und nimmer kostenneutral hin, wie Sie in dem Gesetzentwurf schreiben.

Deswegen gibt es noch einige Fragen, die wir hier zu stellen haben und die auch Sie sauber prüfen sollten, z. B. die Frage, was mit den privaten Hochschulen ist, ob auch die ein eigenes Promotionsrecht erhalten, was mit den außeruniversitären

Forschungseinrichtungen – Fraunhofer, Leibniz, Helmholtz – ist, die bisher auch kein eigenes Promotionsrecht haben, sondern nur im Verbund mit Universitäten Promotionen durchführen können. Was passiert, wenn diese Bundesforschungseinrichtungen in Baden-Württemberg ein eigenes Promotionsrecht haben,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und wie wirkt sich das auf unsere landeseigenen Universitäten aus? Das sind Fragen, die Sie noch seriös prüfen müssen. Da gibt es noch einiges zu tun.

Wir schlagen Ihnen vor: Evaluieren Sie zunächst einmal sauber die bisherigen Möglichkeiten, um diesen – wie die Frau Ministerin das nennt – Königsweg gangbarer zu gestalten, damit er häufiger und leichter genutzt wird. Wenn er sich wirklich als zu holprig und zu steinig erweisen sollte, sind wir gern bereit, gemeinsam mit Ihnen über weitere Maßnahmen nachzudenken.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Vorläufig müssen wir Ihrem Gesetzentwurf leider bescheinigen, dass er nicht gründlich durchdacht, nicht sauber ausfinanziert, dass er bürokratielastig und wirtschaftsfeindlich ist. Das müssen wir Ihnen dazu ins Stammbuch schreiben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr das Wort.

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Heute beginnen wir den parlamentarischen Teil der Beratungen zu dem Dritten Hochschulrechtsänderungsgesetz, der Überarbeitung und der dringenden Modernisierung des Landeshochschulgesetzes. Die parlamentarische Beratung beginnt, aber der Prozess fängt nicht erst heute an, sondern läuft schon sehr, sehr lange. Wenn ich die Ausführungen meiner Vorrednerin höre, habe ich das Gefühl, dass er an manchen Leuten komplett vorbeigegangen ist. Frau Kurtz, Sie haben anscheinend weder den Gesetzentwurf gelesen noch den Prozess im letzten Jahr verfolgt. Das ist erschreckend, muss ich sagen. Das ist sehr erschreckend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Sabine Kurtz CDU: Es freut mich, dass es Sie erschreckt!)

Im Herbst 2013 gab es hier einen Anhörungsentwurf. Über diesen wurde intensiv öffentlich diskutiert. Ich möchte mich an dieser Stelle zunächst einmal ausdrücklich bei all denen bedanken, die sich daran beteiligt haben und die Kritik und Anregungen eingebracht haben. Ich muss an dieser Stelle einfach auch noch einmal sagen: Das war insofern gut, als wir sehr viele gute Anregungen erhalten haben und gehört haben, was für Ideen es gab und was für Bedenken es gab. Diese haben wir auch aufgenommen; ich werde das nachher anhand von ein paar Beispielen belegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

Es ist ganz wichtig, dass wir in diesem Prozess ein Feedback aller Teilnehmer erhalten haben, egal, ob sie aus Hochschulräten kamen, aus Hochschulleitungen, aus den Reihen der Studierenden, aus dem Mittelbau, woher auch immer. Wir haben mit allen gesprochen, und alle haben gesagt: So wurden sie noch nie eingebunden, so wurden sie noch nie gehört, das sei einmalig, das hätten sie bei der vorherigen Regierung nie erlebt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ein Leitmotiv, das aus meiner Sicht den Geist der Novelle wiedergibt, könnte lauten: Wissenschaft braucht Freiheit, und Freiheit ist auf Verantwortung angewiesen. Der beste Weg dafür ist Offenheit im Wege der Beteiligung und Partizipation.

(Zuruf von den Grünen: Sehr richtig!)

Mit der Gesetzesnovelle gehen wir hier einen mutigen Weg. Wir tun das mit Augenmaß und vor allem mit dem Sinn für das Mögliche. Ich stelle das auch deshalb an den Anfang, weil es mir wichtig ist, zu betonen, dass wir uns bei der Novellierung eines so umfangreichen Gesetzes dieser besonderen Verantwortung für das Land bewusst sind.

Baden-Württemberg ist ein exzellenter Wissenschaftsstandort. Hier gibt es international renommierte Universitäten, sehr gut aufgestellte Hochschulen für angewandte Wissenschaften; Kunst- und Musikhochschulen bereichern unser Land. Die Duale Hochschule ist eine sehr erfolgreiche baden-württembergische Erfindung. Auch der Weg, Pädagogische Hochschulen als eigenständige bildungswissenschaftliche Hochschulen beizubehalten, hat sich als richtig erwiesen.

Diese gewachsene, ausdifferenzierte Hochschullandschaft mit ihren Standorten überall im Land ist gut für uns und gut für die Wirtschaft. Unsere herausragende Innovationskraft, von der wir hier immer sprechen, kommt genau aus dieser Vielfalt in der Hochschullandschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Unser Ziel ist es deswegen, diese Landschaft zu erhalten, zu pflegen und in Maßen auch zu düngen, aber eben auch diese Hochschullandschaft immer wieder weiterzuentwickeln und an neue Gegebenheiten anzupassen.

Zu dieser Verantwortung gehört zudem, sich immer wieder klarzumachen, dass in Baden-Württemberg rund 350 000 Studierende und mehrere Zehntausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Hochschulen und den Universitätskliniken arbeiten. Für all diese Menschen tragen wir als Gesetzgeber Verantwortung und müssen, wenn es Veränderungen in der Gesellschaft gibt, diese in den Gesetzen dann auch entsprechend nachvollziehen.

Deswegen – das möchte ich deutlich betonen – war und ist unsere Leitlinie bei der Modernisierung des Landeshochschulgesetzes nicht der radikale Umsturz, wie Sie das an ein paar Beispielen hier zu zeigen versucht haben. Das, was Sie da gebracht haben, war ja schier absurd. Das Justieren von Stellschrauben klingt nach einer Kleinigkeit, kann aber – Sie kennen das – im Maschinenraum zum Kraftakt werden, wenn bei-

spielsweise Stellschrauben eingerostet sind und nur mit Mut und Mühe bewegt werden können.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wer sich etwas mit Mechanik auskennt, weiß, dass mit kleinen Drehungen an kleinen Rädern in komplexen Räderwerken große Veränderungen und Weichenstellungen bewirkt werden können. Eines greift ins andere, und so kommt mit Mut und Möglichkeitssinn, die wir hier gezeigt haben, denke ich, ein gutes Ergebnis heraus, das man durchaus als sehr gelungen bezeichnen kann.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun anhand von ein paar Beispielen, die in verschiedener Form schon angesprochen wurden, kurz zeigen, wo ich beispielhaft Schwerpunkte sehen würde. Für mich ist zentral, dass die Universitäten und die anderen Hochschulen mit der Novelle mehr Freiräume und mehr Verantwortung erhalten.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wo denn?)

Denn wir halten es für richtig, das vor Ort zu entscheiden, was vor Ort besser entschieden werden kann als in einem Landesgesetz. Deswegen ist es richtig, in der Novelle die Orientierungs- und Zwischenprüfungen – das wurde schon angesprochen – zu streichen und stattdessen den Hochschulen den Auftrag zu geben, die Studieneingangsphasen zu gestalten. Ähnliches gilt für die Prüfungsfristen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Damit geben wir den Hochschulen die Instrumente an die Hand, um gut studierbare Studiengänge auf die Beine zu stellen. Freiheit und Verantwortung betreffen in großem Maß die Strukturen der Hochschulen. Ein Beispiel ist die Gleichstellung. Hochschulen können selbst entscheiden, ob es eine gemeinsame Gleichstellungsbeauftragte gibt. Auch das war ein wichtiges Feedback im Rahmen des Verfahrens.

Ein weiteres Beispiel ist der Hochschulrat. Wir fordern Perspektivenvielfalt, keine verbandsfesten Plätze oder Ähnliches. Das, was Sie da gesagt haben, stimmt schlichtweg nicht. Wie dies aber erreicht wird, ist Sache der Hochschule. Auch die Frage, ob es interne Mitglieder gibt oder nicht, können die Hochschulen selbst entscheiden. Da ist nichts vorgeschrieben worden – auch das haben wir gehört –, weil es an verschiedenen Standorten sehr unterschiedliche Bedingungen gibt. Auch das ist im Gesetz genau so vorgesehen.

Wie groß der Senat sein soll, ob es Sprecher gibt, welche Sitzungen öffentlich sind, welche Ausschüsse es gibt, all dies kann am besten vor Ort entschieden werden. Diese Freiheit geben wir den Hochschulen zukünftig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

Freiräume schaffen und erhalten wir auch in der Forschung. So regeln Hochschulen – das wurde schon angesprochen –, wie das Open-Access-Prinzip vor Ort umgesetzt wird. Selbstverständlich verzichten wir darauf, Vorgaben dazu zu machen, was erforscht werden darf. Vielmehr setzen wir auf mehr Transparenz und auf einen offenen Diskurs vor Ort. Ich kann nicht verstehen, wie man daraus eine Wirtschaftsfeindlichkeit

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

ableiten kann, wenn man über Transparenz und einen offenen Austausch unter allen Beteiligten an einer Hochschule spricht. Sie haben anscheinend schon lange keine Erinnerung mehr daran, wie es an einer Hochschule zugeht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein zweites Thema, das mir bei der Novelle besonders am Herzen liegt, ist der wissenschaftliche Nachwuchs. Auch darauf ist die Ministerin schon eingegangen. Dabei geht es zum einen um die Schritte, die wir unternehmen, um die Qualität der Promotion sicherzustellen. Da haben wir die Themen Betreuungvereinbarung, Ombudssystem und Konvent. Wir haben sehr umfangreiche Fachgespräche geführt, und das Feedback zu diesen Vorschlägen ist durchweg positiv.

Wir gehen da in Deutschland weit voran. Wir sind da beispielgebend. Das hat auch die bundesdeutsche Presse gezeigt. Man schaut auf Baden-Württemberg, weil wir die Promotion stärken und weil wir die Rolle des wissenschaftlichen Nachwuchses stärken. Ich denke, man sollte einmal ganz positiv herausstellen, dass wir da mutig sind und uns auf einem sehr guten Weg befinden. Wir stärken an dieser Stelle unseren wissenschaftlichen Nachwuchs.

Hierzu gehört auch das Thema Karriereweg bzw. das Thema Tenure-Track. Das wurde schon ausgeführt. Deswegen möchte ich das an dieser Stelle einfach nur erwähnt haben. Wir haben im Landeshochschulgesetz Wege geöffnet, um dort Neues zu machen, was einfach auch internationalen Standards entspricht. Das war im alten Landeshochschulgesetz stark reglementiert, und deswegen war es wichtig, dass wir das an dieser Stelle verändern.

Drittens das Thema „Hochschulen für angewandte Wissenschaften“: Ich bin bisher davon ausgegangen, dass die Wertschätzung für die HAWs von allen hier im Haus geteilt wird. Halten wir uns noch einmal vor Augen, wie sich die ehemaligen Fachhochschulen entwickelt haben. Diese sind heute starke Hochschulen, die in engem Kontakt mit der lokalen Wirtschaft stehen. Gerade diese ehemaligen Fachhochschulen sind eng mit der Wirtschaft verbunden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist sachlich richtig!)

Sie haben in ihrer Profilbildung als Orte angewandter Lehre und Forschung große Fortschritte gemacht. Die Novelle spiegelt diese Entwicklung wider. Angewandte Forschung ist keine Forschung zweiter Klasse, sondern neben der universitären Grundlagenforschung ein bedeutender Faktor für den Innovationsstandort Baden-Württemberg.

Frau Kurtz, ich bin schon überrascht über das, was man über Sie in der Zeitung liest und was Sie heute wieder gesagt haben. Sie distanzieren sich sozusagen von den HAWs, wenn Sie sagen: Das trauen wir denen nicht zu.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie müssen ihnen das nötige Geld dafür geben! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo haben sie das Geld für die Forschung? Sagen Sie es einmal!)

Sie haben auch gesagt, im Gesetzentwurf stünde, HAWs erhielten ein eigenes Promotionsrecht. Das ist schlichtweg falsch.

Keine HAW soll ein eigenes Promotionsrecht erhalten. Es gibt eine Experimentierklausel, damit in Verbänden für ein bestimmtes Thema in einer bestimmten Frist unter Einhaltung von Qualitätssicherungskriterien die Möglichkeit zu einer Promotion besteht.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Das ist etwas vollkommen anderes als das, was Sie vorhin gesagt haben.

Die HAWs haben sich dies erarbeitet. Es wird eine Diskussion darüber geben, wie man das organisiert.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist das Wichtige! Darum geht es doch! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber grundsätzlich zu unterstellen, dass die Hochschulen dies nicht könnten, dass es nicht funktioniere, das ist vollkommener Quatsch und diskreditiert die HAWs.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Nein, ich diskreditiere Ihr Vorgehen!)

Herr Birk hätte hier niemals so etwas gesagt. Ich bin wirklich irritiert darüber, was aus Ihrer Fraktion kommt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr gut! Dem werden wir noch lange nachtrauern!)

Wir wollen Baden-Württemberg voranbringen. Wir wollen, dass unsere Heimat ein exzellenter Ort von Forschung und Lehre bleibt. Denn Zukunftsfähigkeit braucht eine stetige Weiterentwicklung des Wissenschaftsbetriebs.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie müssen auch die Mittel bereitstellen!)

Wir setzen dabei auf Vertrauen und Verantwortung. Wir setzen auf Hochschulen, an denen vieles eigenständig entschieden wird,

(Abg. Winfried Mack CDU: Bla, bla, bla!)

die sich aber nicht in den akademischen Elfenbeinturm zurückziehen, sondern mitten in der Gesellschaft stehen. Wir wissen, dass Hochschulen nur in einer Kultur von Freiheit und Anerkennung aufblühen. Die Rahmenbedingungen herzustellen, um diese Kultur zu ermöglichen, das ist unsere Aufgabe, der wir mit diesem Gesetzentwurf gerecht werden wollen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Schön!)

Ich freue mich auf die Diskussion. Wenn ich hier aus den Reichen Ausdrücke wie „bla, bla, bla“ und „schön“ höre, dann muss ich schon die Anspielungen, dass wir nicht wüssten, wie Wirtschaft und wie Kooperation zwischen Hochschulen funktioniert, zurückweisen. Ich habe auf der Seite der Uni als Doktorand Wirtschaftsprojekte begleitet; in der Industrie habe ich Projekte von der Uni, von der Fachhochschule und auch von der DHBW begleitet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie waren ein Exot!)

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

Ich lasse mir von Ihnen nicht vorwerfen, dass wir nicht wüssten, was Kooperation ist und wie sie funktioniert. Ich kenne das sehr gut. Von den Vertretern der Hochschulen und auch den Vertretern der Unternehmen, mit denen wir reihenweise gesprochen haben,

(Zurufe der Abg. Winfried Mack CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

kam niemals die Kritik, wie sie Frau Kurtz geäußert hat. Deshalb weise ich sie als falsch zurück. Dieser Gesetzentwurf ist gut. Wir diskutieren in der Anhörung und im Ausschuss über ihn. Dann werden wir Baden-Württemberg mit dieser Novelle nach vorn bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Rivoir.

Abg. Martin Rivoir SPD: Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungsfractionen und die Regierung sind stolz auf die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg und das, was sich hier in den letzten Jahren entwickelt hat. Wir haben erkannt, dass diese Hochschullandschaft weiterentwickelt werden muss, dass wir modernisieren müssen. So müssen wir beispielsweise den Hochschulen die Freiheit, die durch das frankenbergsche Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ eingeschränkt worden ist, zurückgeben. Deswegen gehen wir an diese Punkte heran und versuchen – ich denke, der vorliegende Gesetzentwurf ermöglicht dies –, ein modernes, ein zukunftsgerichtetes Landeshochschulgesetz auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, ich behaupte, dass in den letzten 60 Jahren kein Gesetz im Hochschulbereich so intensiv und so nachhaltig mit allen Betroffenen diskutiert worden ist wie der Entwurf, der jetzt hier vorliegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Verantwortlichen an den Hochschulen, aber auch im Ministerium haben feststellen müssen, dass die Politik des Gehörtwerdens durchaus anstrengend sein kann. So haben wir uns in vielen Diskussionsrunden ausgetauscht und haben viele der Anregungen, die im Laufe des Prozesses eingespeist worden sind, aufgegriffen.

Frau Kollegin Kurtz, wenn Sie sagen, es sei etwas vorgegeben worden, ohne die Betroffenen einzubeziehen, so ist dies eine Missachtung derjenigen, die über Monate hinweg gearbeitet haben, sich intensiv mit all den Vorschlägen und Änderungen befasst haben und die von uns vorgeschlagenen Änderungen in den allermeisten Bereichen gutgeheißen haben, für richtig gehalten haben und auch für den richtigen Weg zur Weiterentwicklung der Hochschullandschaft in Baden-Württemberg halten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Meine Damen und Herren, ich möchte ein paar Punkte herausgreifen. Vieles wurde bereits gesagt. Ein Punkt, der uns

wichtig ist, ist die Neujustierung der Leitungsstrukturen. Es geht uns darum, eine klare Abgrenzung der Aufgaben, die Stärkung der jeweiligen Aufgabenbereiche und die Stärkung der Verantwortung der Gremien durchzusetzen.

Wir stärken den Senat in seiner Zuständigkeit für die akademische Selbstbestimmung.

Die Hochschulräte sollen sich zukünftig darauf konzentrieren, sich die Strategie der jeweiligen Hochschule zu überlegen und diese zu kontrollieren. Im Gegensatz zu dem, was Sie gerade gesagt haben, behalten die Hochschulräte ihre Entscheidungsbefugnisse. Wir haben schon sehr früh deutlich gemacht: Hochschulräte haben auch zukünftig an den Hochschulen in Baden-Württemberg Mitspracherecht und Entscheidungsbefugnisse. Das ist wichtig.

(Zurufe der Abg. Sabine Kurtz und Andreas Deuschle CDU)

Die operative Steuerung der Hochschule bleibt auch zukünftig die Aufgabe der Rektorate.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass sich zukünftig bei der Wahl des Rektors einer Hochschule Senat und Hochschulrat auf Augenhöhe begegnen und sich nicht gegenseitig ausspielen oder blockieren. Wir geben vielmehr einen vernünftigen und praktikablen Weg vor, auf dem ein Rektor gewählt werden kann.

Sehr wichtig ist uns auch, dass zukünftig eine Frauenquote von 40 % in den Hochschulräten gesetzlich vorgeschrieben sein wird. Ich glaube, dass dies einen neuen und wichtigen Impuls an die Hochschulen bringt.

Als zweiten Punkt möchte ich das Thema „Promotionsrecht für Zusammenschlüsse von HAWs“ ansprechen. Es ist in der Tat erstaunlich, dass Sie versucht haben, hier die Qualität der HAWs in Baden-Württemberg kleinzureden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau das tut niemand! Das ist doch Quatsch! Wir wollen, dass Sie die Forschungsmittel bringen!)

Die HAWs haben sich in den letzten Jahren fantastisch entwickelt. Sie sind Partner des Mittelstands in Baden-Württemberg. Die Landesregierung und die Regierungsfractionen haben im Haushalt erstmalig Mittel in Höhe von 8 Millionen € für die Forschung an den HAWs vorgesehen. Das gab es früher nicht. Während früher schön geredet wurde, haben wir jetzt Tatsachen geschaffen. Deswegen ist es nur eine konsequente Weiterentwicklung, Stärkung der HAWs, dass wir ihnen – zunächst in einem bestimmten Ausmaß – die Chance geben, in Zusammenschlüssen Promotionen zu begleiten.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das müssen Sie ausfinanzieren, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Ich glaube, dass dies gerade in dem Mittelstandsland Baden-Württemberg wichtig ist, weil, wie ich schon sagte, die HAWs Partner des Mittelstands sind und dort Qualität gesichert werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Martin Rivoir)

Ich sage in aller Deutlichkeit: Wir haben in Baden-Württemberg ein sehr ausdifferenziertes Hochschulsystem mit einer Aufgabenverteilung. Daran soll auch grundsätzlich nicht gerüttelt werden. Die Gewährung des Promotionsrechts für diese Zusammenschlüsse ist jedoch ein richtiger Schritt, der auch bundesweit Beachtung findet. Wir sind hier im bundesweiten Vergleich vorn. Ich bin mir sicher, dass hier andere Länder in der nächsten Zeit nachfolgen werden.

So habe ich gerade in der Ulmer Lokalpresse gelesen, dass der bayerische Hochschulminister bei seinem Besuch der Fachhochschule in Neu-Ulm sehr genau beobachtet hat, was wir hier in Baden-Württemberg machen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Die lehnen aber genau das ab, was Sie machen!)

Es wurde in Aussicht gestellt, dass man in Bayern unter Umständen über ähnliche Wege nachdenke.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist wohl ein Missverständnis!)

Der dritte Punkt, den ich im Rahmen meiner Redezeit noch ansprechen möchte, ist das Thema „Weiterbildender Bachelor“. Lebenslanges Lernen und damit auch lebenslange Weiterbildung wird in allen Bereichen und in allen Berufen immer wichtiger. Deswegen müssen wir uns auch hier neue Antworten überlegen. Für uns ist daher die Weiterbildung eine neue Aufgabe für die Hochschulen. Hochschulen sollen zukünftig nicht nur für eine berufliche Tätigkeit vorbereiten, sondern sie sollen auch innerhalb der beruflichen Tätigkeit weiterqualifizieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist vernünftig!)

Die Antwort auf diese Frage ist eben die Einführung eines weiterbildenden Bachelors, der sich ausdrücklich und ausschließlich an diejenigen richtet, die bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, die also über diesen Weg berufsbegleitend neu an die Hochschule geführt werden. Da haben die Hochschulen die Chance, ein umfassendes Angebot für Berufsvorbereitung und Berufsbildung zu machen.

Weil diese neuen Studiengänge mit viel Aufwand für die Hochschulen verbunden sind, sind wir der Meinung, dass für diese Studiengänge auch Gebühren verlangt werden können. Wir setzen dabei sehr stark darauf, dass gerade im Kampf um qualifizierte Kräfte in diesem Land und in dieser Republik – so nenne ich es jetzt einmal – auch die Firmen, die die entsprechenden Studierenden an die Hochschulen entsenden, für diese Kosten zumindest mit aufkommen.

Meine Damen und Herren, ein vierter Punkt – er wurde hier auch schon angesprochen, aber ich will ihn noch einmal hervorheben –: Es geht auch darum, verlässliche Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs an unseren Hochschulen zu schaffen. Im Rahmen der demografischen Entwicklung unterliegen auch die Hochschulen einem Konkurrenzkampf. Nicht jeder, der gut forscht, geht automatisch an die Hochschule, sondern er bekommt womöglich gut dotierte Angebote aus der Wirtschaft. Da muss eine Hochschule dagegenhalten können – zum einen mit Geld, aber eben auch mit Karri-

ereperspektiven. Heute wird kaum mehr ein guter Ingenieur in der Wirtschaft mit einem befristeten Arbeitsvertrag angestellt – alles unbefristete Verträge. Darauf muss unsere Hochschullandschaft reagieren.

Deswegen – das Stichwort Tenure-Track ist schon genannt worden – werden wir es ermöglichen, dass gut ausgebildete Wissenschaftler eine Perspektive haben, in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu kommen. Dies ist wegen der Planungssicherheit wichtig. Das hat auch etwas mit dem Begriff „Gute Arbeit“ zu tun. Unbefristete Arbeitsverhältnisse, Perspektiven, familienfreundliche Perspektiven: Dies sind wichtige Aspekte, die wir in dem vorliegenden Gesetzentwurf mit durchgesetzt haben.

Einen weiteren Punkt möchte ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben: Es geht um die Gebühren. Uns von der SPD ist es sehr wichtig, dass ein Studium, eine berufliche Entwicklung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Deswegen haben wir gleich zu Beginn unserer Regierungszeit die Studiengebühren abgeschafft. Sie haben es in der Diskussion über dieses Gesetzesvorhaben mitbekommen: Wir konnten dann auch durchsetzen, dass in diesem Gesetz keinerlei verpflichtende Gebühren – für Eignungstests oder irgendwelche anderen außercurricularen Angebote – festgeschrieben werden.

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Transparenz bei der Drittmittelforschung. Das ist ein sehr, sehr schwieriges Thema, weil hier – das wurde schon beleuchtet – ein grundsätzlicher Widerspruch besteht.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Auf der einen Seite haben diejenigen, die an den Hochschulen arbeiten und forschen, meine ich, durchaus ein berechtigtes Interesse, zu wissen, wofür sie arbeiten. Auf der anderen Seite wollen Firmen, die Geld an die Hochschule geben, auch sicher sein, dass nicht Konkurrenten davon erfahren.

Ich denke, der vorliegende Gesetzentwurf und der Weg mit der Vertrauenskommission, die wir vorschlagen, ist ein guter, ein vernünftiger, ein ausgleichender Weg, um den beiden Ansprüchen, die ich gerade genannt habe, gerecht zu werden.

Auch die Bürokratie, die sich an der einen oder anderen Stelle vielleicht etwas zusätzlich aufbaut, ist verkraftbar. Jedenfalls war die Rückmeldung, die wir aus den Hochschulen bekommen haben, dass man mit dieser Regelung durchaus leben kann.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auch auf die Anhörung, die jetzt ansteht, und auf die Diskussion im Wissenschaftsausschuss.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme Frau Kollegin Kurtz in fast allen Punkten zu.

(Dr. Friedrich Bullinger)

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE und Martin Rivoir SPD)

Ich habe die 373 Seiten, die der Gesetzentwurf umfasst und die ich vor wenigen Tagen erhalten habe, nicht auswendig gelernt. Aber die 480 Seiten der Einbringungsfassung wurden im Vorfeld auch von den Beteiligten sehr breit diskutiert, und das ist positiv.

Leider ist nicht so viel berücksichtigt worden, wie es erforderlich wäre. Ich bin der Auffassung, dass man diese doch fast etwas übertriebene Lobhudelei des Entwurfs, Herr Kollege, an dem einen oder anderen Punkt einmal kritisch hinterfragen muss.

Denn, meine Damen und Herren, es geht hier um eine existenzielle Frage. Der Hochschulstandort, der Hightechstandort, der Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg muss natürlich weiterentwickelt werden. Deshalb ist es wichtig, dass man diesen exzellenten Forschungsstandort,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

diesen exzellenten Hochschulstandort mit der Vielfalt der Universitäten, der Hochschulen für angewandte Wissenschaften, aber auch mit der Erfolgsstory der Dualen Hochschule im Gesetzestext sehr behutsam berücksichtigt.

Die Stärke des Landes Baden-Württemberg sind nicht Massenhochschulen wie in anderen Bundesländern. Vielmehr gilt es, den richtigen Weg der Vergangenheit – die Dezentralität und die Flächendeckung – zu bewahren. Es ist wichtig, auch dies in dem Gesetz zu berücksichtigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Das lässt sich durch die Gründungen in den Siebzigerjahren nachvollziehen. Denken Sie nur an die Standorte Konstanz und Ulm. Das lässt sich durch den Umbau der ehemaligen Ingenieurschulen zu Fachhochschulen – den heutigen Hochschulen für angewandte Wissenschaften –,

(Zuruf: Sehr gute Hochschulen!)

aber auch durch die Weiterentwicklung der Berufsakademien zur Dualen Hochschule nachvollziehen. Deshalb steht viel auf dem Spiel.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns noch mehr Zeit für die Beratungen nehmen – nicht nur im Vorfeld, sondern vor allem auch nach der Anhörung am kommenden Freitag, bei der viele Gruppen noch einmal ihre Bedenken und ihre Wünsche vortragen werden. Diese Stellungnahmen sollten wir – und sei es in mehreren Ausschusssitzungen; man darf die Regelungen nicht hoppla hopp verabschieden, darüberstülpen und durchsetzen – noch einmal hinterfragen, und wir sollten uns die Zeit nehmen, das eine oder andere zu korrigieren.

Die Veränderungen der Gesellschaft, die Internationalität der Wissenschaft, der hohe Globalisierungsgrad in der Wirtschaft und die demografischen Veränderungen – da bin ich auf Ihrer Seite – sind sicherlich ein Anlass, bestimmte Dinge zu ändern. Da sind wir uns einig. Dieser Auffassung bin ich auch.

Nur: Die Einbringungsfassung des Gesetzentwurfs hat doch gezeigt, dass man noch einiges ändern muss. Einiges wurde nachgebessert, aber das ist mir zu wenig.

Der Gesetzentwurf bedarf, wie gesagt, noch einer ausgiebigen Nachbearbeitung und einer gründlichen Aufarbeitung. Das gilt vor allem für das, was wir am Freitag noch hören werden, und insbesondere auch für die privaten Hochschulen, die hier meines Erachtens zu wenig Berücksichtigung erfahren haben.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Hierzu sollten auch abschnittsweise die Themenkomplexe – so wie Sie, Frau Ministerin, sie bei der Pressekonferenz nach dem Beschluss der Anhörungsfassung angekündigt haben – mit der nötigen Zeit hinterfragt und erst dann in einem Gesetz verabschiedet werden.

Im Interesse der Wissenschaft und des Standorts Baden-Württemberg sollten wir uns, wie gesagt, damit befassen – wenn erforderlich, auch in mehreren Sitzungen.

Die jetzige Fassung des Gesetzentwurfs schadet meines Erachtens dem Wissenschafts- und Hochschulstandort Baden-Württemberg.

(Zurufe der Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr und Alexander Salomon GRÜNE)

Ich werde das in der Kürze der Zeit an vier Beispielen andiskutieren.

Erstens: Wie ein grüner Faden zieht sich der ausgeprägte Hang – im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben – zur Bevormundung und Besserwisseri durch den Gesetzentwurf.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Selbstständigkeit der Hochschulen ist genau das, was unser Land so stark gemacht hat. Das, was hier angeblich alles an Freiheit gegeben wird, stellt eher, wenn man es genau hinterfragt, Bevormundung und Einmischung dar.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Beispiele!)

– Beispielsweise will das Wissenschaftsministerium künftig darüber wachen, dass im Hochschulrat der jeweiligen Hochschule „Perspektivenvielfalt“ herrscht; das riecht nach Einflussnahme – um nur ein Beispiel zu nennen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Die ist nicht definiert!)

– Das ist ja noch schlimmer, dass Sie einen Freibrief wollen, meine Damen und Herren.

(Zurufe der Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr und Alexander Salomon GRÜNE)

Wir Liberalen sind der Auffassung, dass die Hochschulen selbst am besten wissen, welche Personen sie in ihrem Hochschulrat haben wollen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das steht drin! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Auch die Registrierung aller Forschungsvorhaben – so, wie wir es erst kürzlich gehört haben – zeigt doch, dass Sie ein

(Dr. Friedrich Bullinger)

Misstrauen gegenüber der Wissenschaft und der Wirtschaft haben. Das ist für mich realitätsfern.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Angesichts des Anteils an Drittmitteln und der Mittel, die von der Wirtschaft investiert werden, sollte man den Freiraum belassen und sich nicht einmischen. Einmischen heißt für mich auch: Man kann Forschung nicht auf dem Marktplatz machen, sondern muss das eingesetzte Kapital der Wirtschaft auch bei der Umsetzung rückspiegeln.

Das ist ein Punkt, an dem ich große Gefahren sehe, nämlich die Gefahr, dass von der Wirtschaft eher weniger Geld kommt, wenn man so vorgeht. Das ist für mich in der Drittmitteldiskussion sehr verräterisch.

Aus liberaler Sicht entsteht hier durch die Art und Weise des Vorgehens ein bürokratisches Monstrum; hierdurch wird meines Erachtens auch in die Forschungsfreiheit eingegriffen. Um zu Forschungserfolgen – wie es sie derzeit in unzähliger Menge gibt – gelangen zu können, sind die Hochschulen, wie gesagt, auf solche Kooperationen angewiesen.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP-Fraktion lehnt den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung ab. Die darin vorgesehene Einmischung zeugt nämlich eigentlich eher von Misstrauen als von Vertrauen. Wir brauchen, wenn es um unsere Unternehmen als Kooperationspartner in der Forschung geht, Vertrauen.

Auch das Motto der sogenannten „Perspektivenvielfalt“ im Hochschulrat ist meines Erachtens nur ein weiterer Versuch einer gewissen Einflussnahme. Auch das ist nach unserer Auffassung der Sache nicht dienlich.

Eine Frauenquote von 40 %, wie sie vom Kollegen der SPD gerade angesprochen wurde, ist für mich so, wie sie im Entwurf steht, nichts anderes als eine grün-rote Symbolpolitik. Viel sinnvoller wäre es, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Karriere an den Hochschulen durch flexiblere Kinderbetreuungsangebote gefördert würde. Vor allem aber sollte man die Promotions- und Habilitationsprogramme viel stärker auf die Bedürfnisse von Frauen zuschneiden. Das wäre ein echter Beitrag dazu, dass Frauen an den Hochschulen bessere Chancen erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Was hat denn das eine mit dem anderen zu tun?)

Drittens: Ohne Not bringen Sie, Frau Ministerin, die Duale Hochschule in gewisse Schwierigkeiten. Die Duale Hochschule hat ja deshalb solche Stärken entwickelt, weil die Einrichtungen inzwischen unter einem gemeinsamen Dach arbeiten, gemäß der Konzeption, die seinerzeit von Herrn Minister Dr. Frankenberg auf den Weg gebracht wurde. Erst dies hat diese Hochschulen in die Lage versetzt, die Akkreditierung zu bekommen und zu gewährleisten, dass die dort erworbenen Abschlüsse international anerkannt werden. Das ist entscheidend; es ist wichtig, die Dezentralität in den Vordergrund zu stellen – unter Beibehaltung der Dachorganisation.

Diese Konstruktion darf aber tatsächlich nicht mehr sein als ein reines Dach, da andernfalls die Autonomie der ehemaligen Berufsakademien vor Ort geschwächt würde. Daher ist

das, was Sie hier vorhaben, ein Spaltpilz, der sich nachteilig auf dieses Erfolgsmodell Duale Hochschule Baden-Württemberg auswirken würde.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich möchte als vierten Punkt noch etwas zum Thema Promotionsrecht sagen. Der verbesserte Zugang von Absolventen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie der Dualen Hochschule zur Promotion ist grundsätzlich eine ehrenwerte Absicht. Aber wir müssen sehr genau darauf achten, dass die Qualität gewährleistet bleibt. Es wurde vorhin ebenfalls schon darauf hingewiesen: Dies soll – nach einer Experimentierphase – offenbar auf dem Verordnungsweg geregelt werden. Wir sollten aber hier im Parlament keinen diesbezüglichen Freibrief für das Ministerium ausstellen. Ich will nicht die Katze im Sack kaufen. Vielmehr sollten wir hier wirklich die Möglichkeit nutzen, dies jemandem in die Hand zu geben, z. B. dem Wissenschaftsrat, der mit der Feststellung von Exzellenz Erfahrungen hat. Dieses Gremium sollte man in Bezug auf die Weiterentwicklung des Promotionsrechts einbinden.

Abschließend möchte ich nochmals die Bitte an Sie alle, meine Damen und Herren, richten – damit wende ich mich vor allem an die Mitglieder des Wissenschaftsausschusses –, das, was wir in der Anhörung am kommenden Freitag vorgetragen bekommen, nochmals mit dem abzugleichen, was im vorliegenden Gesetzentwurf steht. Auf diese Art und Weise könnte es uns gelingen, nach ausgiebiger Beratung – möglicherweise dauert dies dann bis kurz vor der Sommerpause – einen Gesetzentwurf zu verabschieden, der tatsächlich zukunftsträchtig ist. Eine solche gründliche Überarbeitung fordere ich von allen ein, die im Ausschuss mitwirken und die hier im Parlament sind.

Meine Damen und Herren, der jetzige Entwurf ist nach meinem Dafürhalten freiheitsfeindlich, aber sehr bevormundungsfreundlich.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Er ist vielfaltsfeindlich, aber bürokratiefreundlich.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Eine Büttendrede!)

Er ist sehr theoretisch, aber ideologisch geprägt. Er ist zu wenig innovativ, und er geht in vielen Punkten an den Bedürfnissen der Wirtschaft und damit an der Wirklichkeit vorbei. Dadurch ist er auch unpraktikabel.

Deshalb nochmals meine herzliche Bitte: Machen Sie aus diesem Entwurf etwas Ordentliches. Überarbeiten Sie mit uns zusammen im Ausschuss nach der Anhörung diesen Gesetzentwurf nochmals.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Beate Böhlen und Manfred Lucha GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

(Unruhe)

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/4684 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
– Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit – Drucksache 15/4661**

Meine Damen und Herren, die Landesregierung verzichtet auf eine mündliche Begründung. Das Präsidium hat festgelegt, dass in der Ersten Beratung keine Aussprache geführt wird.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/4661 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen und Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Bevor ich die Sitzung schließe, weise ich die Mitglieder des Ständigen Ausschusses darauf hin, dass in zehn Minuten die Sitzung des Ständigen Ausschusses im Königin-Olga-Bau, Raum 433, beginnt.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 26. Februar 2014, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss 12:36 Uhr

Anlage

Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE

Nachwahl einer Vertreterin des Landtags für die Entsendung in den Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

Zur Wahl als ordentliches Mitglied wird vorgeschlagen:

Frau Abg. Bärbl Mielich

19. 02. 2014

Edith Sitzmann und Fraktion